

EUROPA WÄHLT MITGEFÜHL

UNSER
UMSETZUNGSPROGRAMM
ZUR EUROPAAWAHL
2024



**PARTEI MENSCH
UMWELT TIERSCHUTZ**
TIERSCHUTZPARTEI

Europa wählt Mitgefühl.

Empathie und Fürsorge für alle Lebewesen auf unserem Planeten. Das ist das Leitprinzip, welches uns, die PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ - Tierschutzpartei - antreibt. In einer Zeit, in der unsere individuellen und die globalen Herausforderungen immer vielfältiger werden, stehen wir für ein solidarisches Miteinander, für sozialen Zusammenhalt und für Respekt gegenüber unseren Mitmenschen, der Natur und den Tieren. Wir möchten ein nachhaltiges und lebenswertes Europa schaffen, in dem jede Einzelne in Würde leben kann und die Rechte aller Lebewesen geachtet werden.

Europa braucht uns. Eine Partei, frei von Ideologien, frei von dem Einfluss der Wirtschaftslobby, mit dem Auftrag, Nachhaltigkeit, Rechtsstaatlichkeit und Zusammenhalt zu fördern. Eine Stimme für Vielfalt, Offenheit und Fairness. Für Entschleunigung, Frieden und Konstruktivität. Für langfristigen Wohlstand statt kurzfristigen Gewinnen. In diesem Geist des Fortschritts und der Hoffnung müssen wir uns einer besorgniserregenden Entwicklung in unserem Kontinent entgegenstellen: Demokratie und Freiheit sind in Europa bedroht. Das Aufkommen und Erstarren rechter sowie antidemokratischer Tendenzen und Gruppierungen überall in Europa zeigen, wie wichtig es ist, dass wir uns zu Freiheit und Demokratie bekennen, wenn wir unsere hart erkämpften Werte nicht verlieren möchten. Als Partei treten wir entschlossen gegen Nationalismus, Diskriminierung und Spaltung ein. Wir glauben, dass nur ein vereintes Europa, das auf den Prinzipien der Toleranz und des gegenseitigen Respekts basiert, die Herausforderungen unserer Zeit bewältigen kann.

#TeamPlanet! Unser Engagement gilt einem Europa, das seine Verantwortung für den Planeten und seine Bewohnerinnen ernst nimmt und aktiv für den Schutz der Umwelt, die Erhaltung der biologischen Vielfalt und die Sicherstellung von Tierrechten eintritt. Das grausame Leid von Tieren, die seit jeher ausgebeutet werden, können und wollen wir nicht länger hinnehmen. Wir fordern einen konsequenten Wandel hin zu einer Gesellschaft, die die Rechte und das Wohl aller Lebewesen in den Mittelpunkt stellt. Unsere Politik zielt darauf ab, die Nutzung von Tieren in der Industrie, Landwirtschaft und Unterhaltung kritisch zu hinterfragen und Alternativen zu fördern, die ethisch vertretbar, gewaltfrei und nachhaltig sind. Gegen Macht- und Gewaltstrukturen vorzugehen, bedeutet für uns, eine Gesellschaft zu gestalten, in der Gleichberechtigung und Gerechtigkeit die Grundpfeiler bilden.

Europa für alle! Wir setzen uns ein für die Überwindung von Ungleichheit, sowohl innerhalb Europas als auch in unserer globalen Gemeinschaft. Unser Ansatz für ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum setzt auf die Unterstützung sozialer Unternehmen, die Umstellung auf erneuerbare Energien und darauf, Arbeitsplätze zu schaffen, die umweltfreundlich sind und allen Menschen offenstehen.

Bildung und Kultur verbinden! Bildung und Kultur sind essenziell für ein zukunftsfähiges Europa. Wir befürworten ein Bildungssystem, das Toleranz, Mitgefühl und Nachhaltigkeit lehrt, zugänglich für alle ist und somit die Basis für eine gerechte Gesellschaft legt. Die Förderung von Umweltbildung, sozialer Verantwortung, Tierethik und digitalen Fähigkeiten rüstet kommende Generationen für ein aktives Mitgestalten unseres Kontinents. Die Förderung von Kultur stärkt unsere gemeinsame Identität und fördert den Austausch und Zusammenhalt Europas, indem sie unser kulturelles Erbe bewahrt und kreative Innovationen vorantreibt. Wir setzen uns für die Unterstützung von Kunst und Kultur ein, um eine vielfältige, inklusive Gemeinschaft zu fördern und die kreative Entfaltung und persönliche Entwicklung aller Bürgerinnen zu ermöglichen.

Schutz als Pflicht! Europas Asyl- und Migrationspolitik muss menschlich und offenherzig sein. Europa trägt eine besondere Verantwortung als Mitverursacher von Fluchtursachen, sei es durch unseren Beitrag zum Klimawandel oder durch wirtschaftliche Ausbeutung. Es ist unsere Pflicht, Schutz zu bieten und gleichzeitig an den Ursachen zu arbeiten, die Menschen zur Flucht zwingen. Wir setzen uns für eine Politik ein, die auf Mitgefühl, Fairness und internationale Solidarität baut.

Einer neuen Zeit entgegen. Es ist Zeit für Veränderung, für Mut und für eine Vision von Europa, die alle einschließt und schützt. Wir stehen an der Schwelle zu einer neuen Ära, in der Mitgefühl, Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit die Leitsterne unserer gemeinsamen Reise sind. Wir freuen uns, wenn auch du diese Reise gemeinsam mit uns antrittst.

Wir möchten uns bedanken bei allen Unterstützerinnen, bei den Parteimitgliedern und unseren Spitzenkandidierenden, die unsere Vision vertreten und sie mit Leidenschaft in die Öffentlichkeit bringen. Unser Glaube an eine bessere Zukunft ist die Grundlage, auf denen unser gemeinsamer Einsatz für ein mitfühlendes Europa ruht.

Europa wählt Mitgefühl! Was wählst du?

Inhaltsverzeichnis

MENSCH	7
Menschenrechte - solidarisch und umfassend betrachten!	8
Diversität - gemeinsam Vielfalt leben!.....	9
Herzensangelegenheit LGBTQIA+ in Europa und weltweit: Schutz, Aufklärung und Gleichberechtigung	10
Seenotrettungsprogramm: Das Mittelmeer darf kein Massengrab mehr sein	12
Ein Europa der Menschlichkeit: Gemeinsam für eine faire Asyl- und Migrationspolitik	13
Europäische Außenpolitik im Einsatz für Frieden, Schutz von Umwelt und Klima, Bürgerrechte und weltweite Gleichbehandlung.....	15
Europa zur Friedensmacht machen: Eine Pazifismusklausel in den EU-Vertrag aufnehmen!	18
Entwicklungspolitik auf Augenhöhe	20
Demokratische Gemeinschaften schützen - Rojava stärken!	22
Zum Wohlergehen aller: Ein soziales und nachhaltiges Wirtschaftssystem etablieren	24
Gerecht und effektiv - für eine neue Finanzpolitik!	27
Für mehr wirtschaftliche Versorgungssicherheit und Zukunftsfähigkeit!	29
Arzneimittel-Versorgung und Sicherheit europaweit gewährleisten!	30
Innovationsstandort Europa: Eine Vision für die Zukunft	32
Ein Europa, in dem Konzerne Verantwortung für Mensch, Umwelt und Tiere tragen.....	33
Menschen verbinden - europaweites Zugnetz!.....	35
Magnetschwebbahnen in die europäische Verkehrsplanung integrieren	36
Europäische Weltraumforschung - Internationale Teilhabe forcieren.....	37
Eine gerechte Sozial- und Gesundheitspolitik für alle!	39
Gender-Gap schließen!	40
Vier-Tage-Woche in ganz Europa - freitags gehört Mutti mir!.....	42
Kulturpolitik in Europa - Ein friedliches, solidarisches und freies Europa ist nur über eine europäische Kultur erreichbar!	44
Europäischen Denkmalschutz stärken - Mehr lebendige Denkmäler schaffen!	46
Vertrauen in die Institutionen stärken: mehr direkte Demokratie und Transparenz, weniger Industrielobbyismus	46

Ein Europa, das sich um die Förderung von Bildung kümmert	51
Hinweisgeberinnen (Whistleblower) und Pressefreiheit schützen	53
Künstliche Intelligenz - Forschung und Reglementierung!	54
Digitalisierung - Chancen nutzen, Herausforderungen meistern!	56
Recht auf Natur - Naturerfahrung als Grundrecht für alle!.....	57
UMWELT	59
Rechte der Natur etablieren	60
Klimaschutz jetzt!.....	61
Risiken reduzieren, Schäden vermeiden, Leben schützen: Klimafolgenanpassung ist notwendig.....	62
Agrarwende für Klima, Tiere und Menschen geht nur mit einer neuen EU- Agrarpolitik - ökologisch-pflanzenbasierte Agrarwende einleiten!	64
Europas Energie kommt aus Wind, Wasser und Sonne!.....	67
Echtes nachhaltiges Wirtschaften statt Greenwashing!.....	69
Plastikzeitalter und Vermüllung beenden!.....	70
Für ein europaweites Verbot von elektronischen Einweg-Zigaretten	73
Für Entsiegelungs- und Renaturierungsprogramme!	74
Moore schützen, Flächen wiedervernässen und Paludikultur massiv fördern	75
Meere schützen - eine zentrale europäische Herausforderung.....	78
Ausweitung und Veränderung der Naturschutzgebiete.....	79
Gentechnik kritisch betrachten!.....	81
Chemikalien-Grenzwerte.....	82
Glyphosat & Co. - auf biologische Alternativen setzen!	84
TIERE	86
Berücksichtigung von weitreichenden Folgen - Spezies- und Klima- Mainstreaming aufbauen!	87
Biodiversität retten - das rasanteste Artensterben der Erdgeschichte aufhalten!.....	87
Tierschutz als 18. Sustainable Development Goal (SDG) einführen	89
Tierschutz muss international durchgesetzt werden!	90
Tierrechte auf europäischer Ebene etablieren!.....	91
Tierschutzstandards in der EU & bei Ländern mit Beitrittsperspektive festlegen!	92
Beendigung des Tötens in rumänischen Tierheimen und bessere Kontrolle von EU-Steuergeldern	94

“Invasive” Tiere – schonende Populationskontrolle statt Jagd!	96
Für ein sofortiges Ende von (Trophäen)jagd und Wilderei	97
Schluss mit der Ausbeutung der Meere – Fischerei einstellen!	98
Massentierhaltung sofort beenden und das Leiden von Milliarden Tieren stoppen	100
Tiertransporte beenden!.....	102
Sport nur ohne Ausbeutung von Tieren!	103
Tierversuche – alternative Verfahren statt Tierqual!	106
Tierqual aus Tradition hat keine Berechtigung: Stierkampf, Gänsestopfleber etc. beenden	107
Unterhaltung geht auch ohne Tiere!.....	108
Für ein pelzfreies Europa!	109
Eine EU-Kommissarin für Tierschutz und Tierrechte.....	111

MENSCH

Menschenrechte - solidarisch und umfassend betrachten!

Die PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ tritt zur Europawahl an, um eine Politik zu fördern, in deren Mittelpunkt der Mensch steht. Wir sind überzeugt, dass der Schutz und die Förderung der Menschenrechte die Grundlage für eine gerechte und nachhaltige Gesellschaft bilden.

Die Europäische Union muss eine aktive Rolle bei der Förderung und dem Schutz der Menschenrechte spielen. Wir setzen uns für die Stärkung internationaler Partnerschaften zur Bekämpfung globaler Herausforderungen wie Armut, Diskriminierung, Verfolgung, Folter und Unterdrückung ein.

Angesichts der rasanten Entwicklungen im digitalen Bereich setzen wir uns dafür ein, dass die Menschenrechte auch online geschützt werden. Datenschutz, Meinungsfreiheit sowie der Schutz vor Überwachung sind Grundprinzipien, die auch in der digitalen Welt gewahrt bleiben müssen.

Wir fordern eine humane und solidarische Asyl- und Migrationspolitik. Wir wollen die Stärkung gemeinsamer europäischer Asylstandards fördern und setzen uns für eine menschenwürdige Behandlung von Asylsuchenden und Migrantinnen ein.

Diskriminierung aufgrund des Geschlechts, der ethnischen Herkunft, der Religion, der sexuellen Orientierung oder einer Behinderung darf in unserer Gesellschaft keinen Platz haben. Die Europäische Union muss sich verstärkt für die Gleichberechtigung aller Menschen einsetzen und Diskriminierung in all ihren Formen und Facetten bekämpfen.

Unsere Partei setzt sich für eine sozial gerechte Politik ein, die den Wohlstand gerecht verteilt. Wir fordern Maßnahmen zur Armutsbekämpfung, faire Löhne und Arbeitsbedingungen sowie Zugang zu Bildung und Gesundheitsversorgung für alle.

Der Schutz der Umwelt ist ein Menschenrecht. Die PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ setzt sich für eine nachhaltige Politik ein, die die

Umwelt schützt und den Menschen eine gesunde Lebensgrundlage sichert. Dazu gehören für uns der Einsatz erneuerbarer Energien, der Erhalt der Artenvielfalt sowie der verantwortungsvolle Umgang mit Ressourcen.

Wir fordern eine stärkere Beteiligung der Bürgerinnen an politischen Entscheidungsprozessen. Transparenz und Offenheit müssen Grundprinzipien unserer Politik sein, um das Vertrauen der Menschen in die Demokratie zu stärken.

Wir stehen für eine Politik, die die Menschenrechte in den Mittelpunkt stellt. Wir setzen uns dafür ein, dass die Europäische Union eine Vorreiterrolle bei der Förderung von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität einnimmt.

Diversität – gemeinsam Vielfalt leben!

Wir wollen ein Europa der Gleichberechtigung, Menschenrechte, Toleranz und Diversität. Die Würde eines jeden Menschen muss unantastbar bleiben und der Wert eines Menschen ist stets gleich viel wert. Unabhängig von geschlechtlicher, sexueller oder romantischer Identität, unabhängig von Herkunft oder Migrationshintergrund, unabhängig von Religion oder Weltanschauung, unabhängig von Aussehen, körperlichen Merkmalen oder von Einschränkungen und unabhängig von ökonomischen Verhältnissen ist jeder Mensch in seinen Rechten, Chancen und individuellen Lebensentwürfen gleichzubehandeln.

Dass jeder Mensch individuell anders ist, ist eine große Stärke unserer Gesellschaft. Wir lehnen faschistoide, undemokratische und menschenverachtende Gesellschaftssysteme kategorisch ab. Wir sind davon überzeugt, dass nicht das Recht des Stärkeren gelten darf und setzen uns stets für die Belange der Schwächeren und politisch Stimmlosen ein. Verletzen Mitgliedstaaten grundlegende Menschenrechte, so müssen entsprechende Maßnahmen, wie das Zurückhalten von EU-Geldern, ergriffen werden.

Wir kämpfen für eine Welt ohne Vorurteile, in der jeder Mensch sein volles Potenzial in Beruf, Bildung und im täglichen Miteinander frei entfalten kann. In dem Europa, das uns vorschwebt, steht niemand mehr am Rand. Dafür braucht es nicht nur einheitliche Antidiskriminierungsgesetze, sondern auch niederschwellige, kostenlose und öffentliche Angebote für gesellschaftliche Teilhabe. Jede hat das Recht, am gesellschaftlichen Leben zu partizipieren und dessen Bedingungen mitzugestalten. Um dieses Ziel zu erreichen, muss ein entsprechender gesetzlicher Rahmen geschaffen werden. Dafür setzen wir uns ein! Wir setzen uns zudem für Völkerverständigung in einer Welt des Miteinanders ein, mit dem Bewusstsein, dass unsere Normen und Wertevorstellungen im globalen Kontext nicht das Maß aller Dinge sind.

Herzensangelegenheit LGBTQIA+ in Europa und weltweit: Schutz, Aufklärung und Gleichberechtigung

Um die Gleichstellung und Nichtdiskriminierung der LGBTQIA+Community auf europäischer Ebene zu erreichen, brauchen wir ein ganzheitliches Konzept, das verschiedene Aspekte wie Bildung, soziale Sensibilisierung, politisches Engagement, aber auch rechtliche Maßnahmen beinhaltet. Wir setzen uns ein für einen Rechtsrahmen ein, der die Diskriminierung von geschlechtlicher Identität sowie sexueller Orientierung in allen EU-Mitgliedstaaten unterbindet und unter Strafe stellt.

Wir fordern Gesetze gegen die Diskriminierung von LGBTQIA+Menschen am Arbeitsplatz, gegen Diskriminierung im Bildungssystem und gegen Diskriminierung beim Zugang zu Dienstleistungen. Zudem wollen wir LGBTQIA+Menschen europaweit vor Hassverbrechen schützen. Dafür braucht es in allen Mitgliedstaaten starke Gesetze und angemessene Strafen gegen Hassverbrechen und Gewalttaten.

Wir setzen uns dafür ein, die Akzeptanz und Sensibilisierung von LGBTQIA+Themen zu fördern. Dazu braucht es Maßnahmen, mit denen die

Öffentlichkeit aufgeklärt werden kann. Deshalb machen wir uns stark für Kampagnen in Schulen, Medien sowie Werbekampagnen, mit denen wir Vorurteile und Stereotype abbauen wollen, um so ein tolerantes Klima zu schaffen.

Um die Akzeptanz von LGBTQIA+Themen in der Gesellschaft zu erhöhen und den Schutz von Betroffenen zu verbessern, sind Organisationen nötig, welche sich für die Community einsetzen. Wir fordern eine finanzielle Unterstützung solcher Organisationen. Diese finanziellen Mittel sollen dann in Aufklärungs- und Empowerment-Programme fließen sowie für Beratungsangebote und Forschungsprojekte genutzt werden.

Wir setzen uns für eine Gesundheitsversorgung ein, die für LGBTQIA+Menschen in der gesamten Europäischen Union diskriminierungsfrei zugänglich ist. Dafür sind spezialisierte Gesundheitsdienste, die auf Bedürfnisse und Anliegen der LGBTQIA+Community eingehen, erforderlich. Zudem werden Schulungen von Gesundheitsfachkräften benötigt, um eine angemessene Versorgung sicherzustellen.

Das Fördern von LGBTQIA+Kunst und -Kultur ist uns ein wichtiges Anliegen. Wir wollen kulturelle Veranstaltungen, Festivals und Ausstellungen fördern und die Vielfalt und Kreativität der Community feiern. Dies fördert die Sichtbarkeit von LGBTQIA+Künstlerinnen und ihren Werken. Die PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ setzt sich dafür ein, dass die Rechte und Bedürfnisse von LGBTQIA+Geflüchteten und -Asylsuchenden besonders berücksichtigt werden. Wir fordern Schutz vor Verfolgung aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder ihrer geschlechtlichen Identität und die Gewährleistung sicherer Aufnahmebedingungen.

Die Forschung und Datenverarbeitung für LGBTQIA+Rechte ist ein weiterer wichtiger Punkt. Wir unterstützen Studien und Erhebungen, die das Ausmaß von Diskriminierung und Gewalt gegen die Community aufzeigen, um fundierte politische Entscheidungen zu ermöglichen. Wir setzen uns zudem für die Anerkennung von nicht-binären Geschlechtsidentitäten und Intersex-Personen ein. Deshalb fordern wir die EU-weite Einführung von

rechtlichen Optionen zur Geschlechtsangabe, welche jenseits der traditionellen binären Vorstellungen liegen.

Wir haben die Vision einer Europäischen Union, in der alle Menschen, unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität, frei und ohne Diskriminierung leben können. Für diese Ziele setzen wir uns aktiv ein und kämpfen für die Rechte und Würde der LGBTQIA+Community. Der Schutz und die Förderung der Community sind uns eine Herzensangelegenheit.

Seenotrettungsprogramm: Das Mittelmeer darf kein Massengrab mehr sein

Die Würde des Menschen ist unantastbar - auch auf dem Mittelmeer, das als eine der tödlichsten Fluchtrouten gilt und auf dem seit 2014 bereits über 27.800 Menschen ihr Leben verloren. In der Hoffnung auf ein Leben in Freiheit, Frieden und Sicherheit, flüchten jährlich hunderttausende Menschen aus ihrer Heimat. Angesichts der zunehmenden Häufigkeit von Klimakatastrophen wird immer mehr Lebensraum unbewohnbar, was auch starken Einfluss auf die menschliche Bevölkerung und ihre Lebensgrundlage hat. Langfristig wird allein aus diesem Grund die Anzahl der flüchtenden Menschen steigen. Die Europäische Union muss ein Seenotrettungsprogramm einleiten und dabei alle Hilfsorganisationen und Küstenwachen einbinden. Denn jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit.

Die fehlende Koordination von Seenotrettungen ist der Hauptgrund für das Massengrab im Mittelmeer. Seenotfälle auf Fluchtrouten werden derzeit fast ausschließlich über die Notrufnummer "Alarm Phone" der Forschungsgesellschaft Flucht & Migration aus Berlin oder von zivilen Aufklärungsflugzeugen/Rettungsschiffen gemeldet. Es ist inakzeptabel, dass Notfälle im Landesinneren mit der 112 die zuständige Rettungsleitstelle erreichen, aber Anrufe aus dem zentralen Mittelmeer

ungehört bleiben. Das reine Ehrenamt kann und darf kein dauerhafter Ersatz für eine staatliche Meldebehörde bleiben.

Wir fordern daher eine durch die Europäische Union finanzierte, dauerhaft besetzte Notrufzentrale mit ausgebildetem Fachpersonal, welche alle Informationen zur Einleitung der Rettungsmaßnahmen bekannt gibt und zudem die Küstenwachen sowie rettende Organisationen unverzüglich über Seenotfälle informiert. Dazu ist ein effektives, flächendeckendes, auf europäischer Ebene koordiniertes Seenotrettungsprogramm vonnöten mit der Zielsetzung, Menschenleben zu schützen.

Hier müssen zu jeder Zeit ausreichend Schiffe zum Zweck der Seenotrettung eingesetzt werden können. Innerhalb dieser neu zu schaffenden Strukturen müssen Seenotrufe ohne Ausnahme zu jeder Zeit von ausgebildeten englischsprachigen Fachkräften beantwortet werden. Alle Arten von Seenotfällen müssen stets gemeldet werden, um Rettungsmaßnahmen einleiten zu können. Hierzu muss sichergestellt werden, dass alle Leitstellen, umliegende Schiffe und Flugzeuge die wichtigsten Informationen zum Vorfall erhalten. Jedes Schiff, welches gerettete Menschen an Bord hat, hat das Recht auf einen sicheren Hafen an nah gelegenen EU-Küstenländern.

Ein Europa der Menschlichkeit: Gemeinsam für eine faire Asyl- und Migrationspolitik

In einem Europa der Solidarität und des Mitgefühls engagiert sich die PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ dafür, dass die Achtung der Menschenrechte das zentrale Element in der Asyl- und Migrationspolitik bildet. Unser Bestreben ist ein aufgeschlossenes, verantwortungsbewusstes Europa, das Asylsuchenden und Migrantinnen mit Empathie und Vernunft begegnet. Statt Überwachung und Abschiebungen zu priorisieren, sollte die EU sichere und legale Wege für Geflüchtete einrichten und ihnen ein Leben in Würde ermöglichen. Wir plädieren für schnelle, transparente

Asylverfahren und fordern einheitliche europäische Standards sowie eine gerechte Verteilung von Asylsuchenden innerhalb der Europäischen Union.

Alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union müssen sich an der Aufnahme und Integration von Geflüchteten beteiligen, um die Belastung der Grenzländer zu mindern und fremdenfeindlichen Tendenzen entgegenzuwirken. Dazu gehört ein verpflichtender Solidaritätsmechanismus für eine faire Verteilung. Integration erfordert Anstrengungen sowohl von den Ankommenden als auch von der aufnehmenden Gesellschaft; daher befürworten wir EU-weite Integrationsprogramme, die Bildung, Sprachförderung und Arbeitsmarktintegration umfassen und den sozialen Zusammenhalt stärken.

Angesichts von globalen Herausforderungen wie Kriegen, Konflikten und dem Klimawandel setzt sich unsere Partei für eine EU-Strategie zur Bekämpfung von Fluchtursachen ein. Diese sollte Entwicklungszusammenarbeit, Friedensförderung und Klimaschutz beinhalten.

In der Arbeitsmigration sehen wir eine Chance für die Wirtschaft und die demografische Stabilität in Europa. Wir befürworten ein kontrolliertes Einwanderungssystem, das Fachkräfte anzieht und die Rechte von Arbeitsmigrantinnen schützt. Dabei ist negativen Folgen durch so genannten Brain Drain für die Herkunftsländer entgegenzuwirken. Wir wollen daher, dass Ausgleichszahlungen in Form von Zuschüssen für Bildung und Soziales an diese Staaten geleistet werden.

Unser Ziel ist ein Europa, das Brücken statt Mauern baut, Vielfalt wertschätzt und jedem Menschen ein Leben in Würde ermöglicht. Wir streben nach einem menschenfreundlichen, verantwortungsvollen Europa, das sich nicht hermetisch abriegelt und das für das Wohl aller seiner Bürgerinnen und Einwohnerinnen Sorge trägt.

Unsere Kernforderungen umfassen:

- die Sicherstellung des Rechts auf Schutz und Asyl zur Wahrung der Menschenwürde

- die Etablierung schneller und transparenter Asylverfahren mit EU-Standards
- einen verbindlichen Solidaritätsmechanismus für eine gerechte Lastenverteilung
- die Schaffung sicherer und legaler Wege für Schutzsuchende
- EU-weite Integrationsprogramme zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts
- eine EU-Strategie zur Bekämpfung von Fluchtursachen
- die Etablierung eines kontrollierten Einwanderungssystems, das die Rechte der Arbeitsmigrantinnen schützt

Europäische Außenpolitik im Einsatz für Frieden, Schutz von Umwelt und Klima, Bürgerrechte und weltweite Gleichbehandlung

Europäische Außenpolitik hat es im dritten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts mit einer sich verändernden Weltlage zu tun. Wir leben nicht mehr in der bipolar geprägten Weltordnung von einst. Mehrere Global Player – und die Europäische Union gehört angesichts ihrer Wirtschaftskraft dazu – befinden sich heute in Konkurrenz zueinander oder stehen einander gar in offener Gegnerschaft gegenüber. Bündnisse sind oftmals bloß taktischer Natur. Sie werden häufig schon nach kurzer Zeit wieder infrage gestellt und internationale Verträge vorzeitig gekündigt.

Trotz entgegengesetzter Verlautbarungen spielen die eigenen Interessen in der Außenpolitik fast aller Staaten die dominierende, die viel zitierten Werte hingegen eine eher untergeordnete Rolle. Dabei benötigt es in einer Zeit, die von Kriegen und Fluchtbewegungen gekennzeichnet ist, mehr Kräfte, die sich für Deeskalation, Kompromissfindung, Einhaltung von Menschenrechten und internationalen Standards einsetzen.

Leider herrscht in der Europäischen Union nicht immer Einigkeit über den gemeinsamen außenpolitischen Kurs. Gegenwärtig gilt aber noch immer das Einstimmigkeitsprinzip. Dieses sollte dringend durch die Anwendung von qualifizierten Mehrheitsentscheidungen abgelöst werden.

In unserer globalisierten Welt sind neue Themen in den Fokus der Außenpolitik gerückt, etwa Klima- und Umweltschutz, Katastrophenhilfe, weltweite Datensicherheit und der Schutz von Minderheiten. Nur in einer friedlichen Welt können diese Themen die Aufmerksamkeit erhalten, die sie dringend benötigen. Aber nicht nur deshalb sollte Frieden in der Prioritätenliste ganz oben stehen. Brüssel muss seine Bemühungen darauf konzentrieren, die Interessen unterschiedlicher Akteurinnen abzugleichen und auf ein multilaterales System hinzuwirken, in dem militärische Stärke zunehmend an Bedeutung verliert.

Die oft thematisierte "globale Verantwortung", die Europa zu übernehmen habe, sieht die PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ nicht in der direkten oder indirekten Beteiligung an ausländischen Militäraktionen. Vielmehr sollte diese Verantwortung durch die Einflussnahme auf politische Akteurinnen wahrgenommen werden, um friedliche, sozial und ökologisch ausbalancierte Problemlösungen herbeizuführen. Dies gilt für den Krieg in Nahost, für den Konflikt zwischen der Türkei und den syrischen sowie irakischen Kurdengebieten (siehe dazu auch das Kapitel zu Rojava), für den wieder aufgeheizten Konflikt im Kosovo und auch für den Krieg in der Ukraine.

Europäische Außenpolitik sollte sich messen lassen an ihren Bemühungen um Frieden, um Erhaltung der Lebensgrundlagen von Mensch und Tier sowie an ihren Anstrengungen die Lebensstandards in Armutsregionen anzuheben. Sie sollte sich messen lassen an ihrem Einsatz für Rechtsstaatlichkeit, Bürgerrechte und weltweite Gleichbehandlung ungeachtet von Geschlecht, Herkunft und weltanschaulicher/religiöser Überzeugung. Dies muss der unabänderliche Hintergrund bleiben, vor dem auch über wirtschaftliche Fragen, Handelsbeziehungen und Rohstofftransfer gesprochen wird.

Die USA sind noch immer die größte Hegemonialmacht der Welt, wobei ihre Stellung wirtschaftlich, militärisch und kulturell untermauert ist. Die Beziehungen zwischen Europa und den USA sind eng und vielfältig. Wir

wünschen uns die Fortführung guter Beziehungen und einen respektvollen Umgang miteinander auf Augenhöhe.

Allerdings halten wir es für legitim, unter Partnerinnen auch Kritik zu äußern, etwa am Festhalten der USA an der Todesstrafe, an den bekanntgewordenen Folterungen in Militärgefängnissen, an der Nicht-Ratifizierung des Internationalen Strafgerichtshofs oder dem Zahlungsstopp an die WHO. Wir müssen auch feststellen, dass die Ziele der europäischen Außenpolitik nicht immer mit denen der USA übereinstimmen.

Ungeachtet systemischer Differenzen wollen wir uns auch hinsichtlich schwieriger Partner wie China weiterhin für einen strukturierten Dialog einsetzen. Selbst starke Spannungen, welche gegenwärtig das Verhältnis zu Russland aufgrund des völkerrechtswidrigen Angriffskrieges bestimmen, dürfen nicht zu einem Abreißen diplomatischer Bemühungen führen. Nur eine regelbasierte Weltordnung ermöglicht es, für die globalen Probleme angemessene Lösungen zu finden, und daran ist fortdauernd zu arbeiten.

Zunehmend schwierig ist das Verhältnis der Europäischen Union zur Türkei. Die fortdauernden Bombardierungen kurdischer Gebiete in Syrien und im Irak, der diskriminierende Umgang mit der im eigenen Land lebenden kurdischen Bevölkerung, die offensichtlichen Demokratiedefizite, die Mitverantwortung für die Vertreibung der Armenierinnen aus Bergkarabach und das ambivalente Verhältnis zum russischen Angriffskrieg auf die Ukraine sind sehr belastend für die Beziehungen. Ein EU-Beitritt, dem wir vom Grundsatz her positiv gegenüber stehen, halten wir daher unter dem jetzigen Präsidenten für undenkbar.

Wir wünschen uns den weiteren Ausbau des politischen Dialogs und der Zusammenarbeit mit den Ländern Lateinamerikas. Gerade weil sich die Machtverhältnisse und die politischen Ausrichtungen in manchen Ländern häufiger ändern, ist eine Festigung bestimmter Grundprinzipien unabdingbar. Die Europäische Union sollte demokratische Defizite, Unterdrückung von Minderheiten und Umweltsünden in aller Deutlichkeit benennen, ohne eine bevormundende Rolle einzunehmen. Dem Mercosur-

Abkommen stehen wir - wie den meisten Freihandelsabkommen, die große Weltregionen betreffen - sehr kritisch gegenüber. Diese Abkommen mögen zu mehr Wachstum führen, doch sind die positiven Effekte auf die Bevölkerungen damit keineswegs gesichert. Andererseits befürchten wir durch diese Abkommen zahlreiche negative Auswirkungen für die Umwelt und eine grüne Energiewende.

Im Verhältnis zum afrikanischen Kontinent muss die Verantwortungsübernahme stärker ins Bewusstsein rücken angesichts der kolonialen und postkolonialen Ausbeutung, deren sich eine Reihe europäischer Länder schuldig gemacht haben. Vorrangige Ziele sollen ein nachhaltiger Wohlstand und die Sicherung des Friedens sein. Es ist die Aufgabe der Europäer, die Abhängigkeit afrikanischer Staaten von Importen zu reduzieren und ihnen bei der Klimafolgenanpassung zu helfen. Afrika ist Europas Nachbarin. Je besser es gelingt, den afrikanischen Kontinent zu stärken, desto besser werden wir als Nachbarinnen miteinander leben (s.a. das Kapitel "Entwicklungspolitik auf Augenhöhe").

Europa zur Friedensmacht machen: Eine Pazifismusklausel in den EU-Vertrag aufnehmen!

In vielen Regionen unserer Welt werden Werte wie freie Entfaltung der Persönlichkeit und Schutz von Minderheiten geringgeschätzt. Ein Menschenleben zählt mancherorts wenig - besonders wenn man einer Gruppe angehört, die marginalisiert und diskriminiert wird. Und leider ist für manche Staats- oder Regierungschefinnen Krieg auch heutzutage noch die bloße Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln.

Die PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ wünscht sich ein Europa, das mahnend und vermittelnd in der Welt auftritt, das nach allen Seiten deeskalierend wirkt und beharrlich auf die Bedrohungen für den Frieden, die Menschenrechte und das ökologische Gleichgewicht hinweist. Aber wir wünschen uns ausdrücklich kein Europa, das mit der Waffe am Gürtel in die Rolle des Weltpolizisten schlüpft.

Als Pazifistinnen nehmen wir die militaristische Rhetorik, die seit Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine auch in Äußerungen europäischer Politiker und in europäischen Medien hörbar wird, mit großer Besorgnis zur Kenntnis. Europa müsse sich wappnen und rüsten, heißt es. Europa dürfe nicht schon wieder zu spät zum Kampf um die neue Weltordnung kommen. Die Europäische Union müsse angesichts des brutalen Machtstrebens Russlands und Chinas fest an der Seite der Vereinigten Staaten stehen.

Obwohl wir die russische Aggression ohne Wenn und Aber verurteilen – der Dualismus ‚guter Westen – böser Osten‘ ist weit von der geschichtlichen Wahrheit entfernt. Man muss nicht an die koloniale Vergangenheit erinnern, um festzustellen, dass die Staaten Europas historisch viel Schuld auf sich geladen haben. Sogar in jüngster Zeit beteiligten sich europäische Staaten an militärischen Auseinandersetzungen. Obwohl offiziell stets der Schutz von Menschenrechten in den Vordergrund gestellt wurde, ging es immer auch darum, die eigenen wirtschaftlichen und strategischen Interessen durchzusetzen. Mitunter stellte das neu zugefügte Leid die vorgefundenen Missstände, die man bekämpfen wollte, sogar deutlich in den Schatten.

Mit Blick auf den gegenwärtigen Krieg müssen wir feststellen, dass Europa im Vorfeld jahrelang eine Ukraine-Politik betrieb, die stark von eigenen Interessen geleitet war, den russischen Standpunkt hingegen weitgehend ignorierte und zudem das Aggressionspotential des russischen Staates deutlich unterschätzte. Auch wurde sträflich versäumt, die beiderseitige Einhaltung des Minsker Abkommens sicherzustellen. Das alles ist selbstverständlich keine Rechtfertigung für den barbarischen russischen Angriffskrieg. Es sind jedoch Fehler, aus denen Europa und seine Politikerinnen lernen sollten.

Die PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ fordert eine Sicherheitspolitik, die größtmögliche Kooperation auf politischer Ebene in den Vordergrund stellt, anstatt auf Bedrohungspotentiale zu setzen. Allerdings dürfen solche Kooperationen nicht abermals mit starken ökonomischen Abhängigkeiten einhergehen, wie im Falle der russischen Gasimporte. Und sie dürfen erst

recht nicht mit einem Schweigen zu Menschenrechtsverletzungen verbunden sein.

Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) muss beim Krisenmanagement an Bedeutung gewinnen. Diese Organisation umfasst sowohl Staaten der NATO als auch der GUS (hier sind ein Großteil der Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion organisiert) sowie einige unabhängige Länder wie z. B. die Schweiz und Österreich. In der Vergangenheit hat die OSZE bewiesen, dass ein großes Potenzial zur Krisenprävention und -vermittlung vorhanden ist. Aber leider wird dieses kaum genutzt. Die leise Stimme der OSZE wird von den lauten Stimmen Russlands und der NATO allzu oft übertönt.

Unser Ziel ist, dass sich weder die NATO, noch die Europäische Union zu militärischen Global Player entwickeln, der ihre Interessen mit Hard Power, also der Androhung oder dem Einsatz von Gewalt, durchsetzen. Diese Globalstrategie lehnen wir ausdrücklich ab und stehen auch der Schaffung einer europäischen Armee skeptisch gegenüber. Vielmehr fordern wir eine Pazifismus-Klausel in den EU-Vertrag aufzunehmen, die die Union auf friedliche Konfliktlösung verpflichtet.

Entwicklungspolitik auf Augenhöhe

Europa trägt eine historische Verantwortung gegenüber den Ländern des globalen Südens, die während der Kolonialzeit unter rücksichtsloser Ausbeutung und menschenverachtender Drangsalierung zu leiden hatten. Auch nach Beendigung der Kolonialregime mischten sich europäische Regierungen noch häufig in bevormundender Weise in innere Angelegenheiten ein. Zudem leidet der globale Süden unter Umweltproblemen und Klimawandelfolgen, für die Europa eine große Mitverantwortung trägt.

Umso wichtiger ist es, dass sich die Staaten heute auf Augenhöhe begegnen und dass Beziehungen gepflegt werden, die nachhaltige Wertschöpfungsketten in Gang setzen und regionale Potenziale zu entfalten

helfen. Dabei sollten – stets im Dialog mit den Partnerregierungen – Armutsbekämpfung, Aufbau von Bildungs- und Gesundheitsstrukturen, Beseitigung von Diskriminierung sowie Umwelt-, Klima- und Tierschutz priorisierte Ziele sein.

Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten sind weltweit die wichtigsten Geberländer, obwohl sie im Durchschnitt noch weit von dem selbst gesetzten Ziel einer Entwicklungshilfe in Höhe von 0,7 % des Bruttonationaleinkommens entfernt liegen. Zudem wird unter dem Deckmantel der Entwicklungszusammenarbeit häufig eine knallharte Interessenpolitik betrieben, die darauf abzielt, der eigenen Wirtschaft neue Absatzmärkte und Rohstoffquellen zu erschließen. Dem möchte die PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ entgegenwirken.

Im Einzelnen sind unsere Forderungen:

- Respekt und Schutz der traditionellen Landnutzungsrechte der lokalen Bevölkerung
- Unterstützung von Kleinbäuerinnen beim Aufbau einer nachhaltigen und ökologischen Landwirtschaft, um die eigenständige Versorgung zu verbessern – immer unter Berücksichtigung tierrechtlicher Aspekte
- Förderung erneuerbarer Energien und die Optimierung der Energieeffizienz durch Investitionen und Technologietransfers
- Einhaltung menschenrechtlicher Standards bei allen entwicklungspolitischen Kooperationen, insbesondere mit Blick auf die Rechte von Frauen, da sie nach wie vor die Mehrheit derer darstellen, die in Armut leben
- Schutz der Rechte von Kindern, Jugendlichen und alten Menschen, von ethnischen, religiösen Minderheiten sowie von marginalisierten Gruppen wie Menschen mit Behinderungen, LGBTQIA+ -Menschen und Migrantinnen mit dem Ziel, dass jede ihr Recht verwirklichen kann, die eigene Identität frei auszuleben

- kein Druck auf die Länder des globalen Südens, Freihandelsabkommen zu unterzeichnen, denn die Gefahr ist zu groß, dass Billigimporte die lokalen Märkte überschwemmen
- Verteidigung der lokalen Bevölkerung gegenüber Großkonzernen, die riesige Landflächen aufkaufen, um für den eigenen Nahrungsmittel- oder Rohstoffbedarf anzubauen
- Verpflichtung europäischer Konzerne, soziale und demokratische Standards zu wahren und Ermöglichung, dass Menschen, die von der Verletzung solcher Standards betroffen sind, gegen Konzerne an deren Heimatstandorten gerichtlich vorgehen können
- Unterstützung der Länder des globalen Südens und besonders vulnerabler Bevölkerungsgruppen bei der Anpassung an den Klimawandel
- Fokussierung auf Risikoanalysen und den Aufbau von Frühwarnsystemen zur Vermeidung humanitärer Notlagen
- dringende Umsetzung der Zusage der Mitgliedstaaten, 0,7 % des jeweiligen Bruttonationaleinkommens für die Mittel der Entwicklungszusammenarbeit einzusetzen

Demokratische Gemeinschaften schützen - Rojava stärken!

Die Region Rojava, offiziell Autonome Administration von Nord- und Ostsyrien, ist eine selbstverwaltete Region im Norden und Nordosten Syriens. Die Region wurde nach dem Ausbruch des syrischen Bürgerkriegs im Jahr 2011 von kurdischen Kräften und ihren Verbündeten inmitten des Konflikts gegründet und wird seitdem regelmäßig von der Türkei angegriffen. Rojava und die Demokratische Föderation sind Beispiele für den Aufbau einer ökologischen, demokratischen und feministischen Gesellschaft. Das Ziel besteht darin, eine Gesellschaft zu schaffen, in der die Produktion von Gütern in Kooperativen und dezentral erfolgt, um den Bedürfnissen der Menschen und Umweltbelangen gerecht zu werden. Diese Form des demokratischen und ökologischen Lebens berücksichtigt

verschiedene Aspekte wie die Klimakrise, die Monokultur in der Landwirtschaft, Wasserknappheit und die Energieversorgung. Der Krieg, insbesondere des türkischen Staates, gegen Rojava ist eine humanitäre und ökologische Krise. Die Angriffe haben bereits Tausende von Menschen zur Flucht gezwungen und Städte und Dörfer in der Region zerstört. Die Naturzerstörung in diesem Krieg wird tiefe Auswirkungen auf die Ökosysteme in der Region haben und das Leben für die heutigen und kommenden Generationen erschweren.

Wir fordern die Anerkennung der Selbstverwaltung in Rojava und die Bemühungen der dortigen Bevölkerung, eine demokratische, inklusive und pluralistische Gesellschaft aufzubauen. Die internationale Gesellschaft muss die Selbstbestimmung der Region respektieren und unterstützen. Wir sehen in Rojava ein gesellschaftliches Modellprojekt, das von der Europäischen Union in besonderem Maße unterstützt werden muss.

Die lang anhaltenden Konflikte in dieser Region führen zu großem Leid. Wir setzen uns für eine dauerhafte Friedenslösung in der Region ein und fordern diplomatische Bemühungen zur Beendigung von Gewalt und zur Schaffung von Frieden. Zudem fordern wir humanitäre Unterstützung für die Zivilbevölkerung dieser Region, die am meisten unter den Auswirkungen des Konflikts leidet. Die Bereitstellung von Lebensmitteln und Medikamenten zählen dabei zu den wichtigsten Unterstützungsmöglichkeiten.

Die PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ fordert verstärkte diplomatische Anstrengungen, um den Dialog zwischen den Konfliktparteien in dieser Region zu fördern. Die Europäische Union muss bei der Förderung von Frieden und Stabilität in der Region eine aktive Rolle einnehmen. Wir fordern die Unterstützung von Menschen, die von dort aus nach Europa fliehen. Dies erfordert die Bereitstellung von sicheren Fluchtwegen und menschenwürdigen Aufnahmebedingungen.

Als Partei, die sich dem Schutz von Menschenrechten in besonderem Maße verpflichtet fühlt, wollen wir den Zugang zu Bildung und die Erhaltung der kulturellen Vielfalt in Rojava fördern. Wir halten dies für einen

entscheidenden Schritt für den Aufbau einer stabilen und blühenden Gesellschaft. Die PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ setzt sich entschlossen für Frieden, Gerechtigkeit und Stabilität in Rojava ein.

Zum Wohlergehen aller: Ein soziales und nachhaltiges Wirtschaftssystem etablieren

Als PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ stehen wir auf europäischer Ebene für die Einführung eines Wirtschaftssystems, welches sich nicht mehr ausschließlich über Indices wie Wachstum und Bruttoinlandsprodukt definiert, sondern sich an der Lebensqualität und Zufriedenheit seiner Bürgerinnen bemisst. Wir möchten auf Basis einer Postwachstumsökonomie eine sogenannte Suffizienzstrategie, also eine Strategie des maßvollen und nachhaltigen Konsumierens, entwickeln.

Eine nachhaltige und ausgewogene Entwicklung der Gesellschaft ist möglich, wenn neben der materiellen Bedürfnisbefriedigung den sozialen und kulturellen Belangen gleichermaßen Aufmerksamkeit geschenkt wird und sich die Politik an ethischen Maßstäben orientiert.

Dies verlangt nicht weniger als einen gesamtgesellschaftlichen Paradigmenwechsel: Die Beschränkung beim Konsumgüterkauf darf nicht als Rückschritt gewertet werden und für den Einzelnen keinen Statusverlust bedeuten. Der Fokus soll verlagert werden auf gesellschaftlichen Austausch, soziales Engagement, Kreativität, kulturelle Betätigung und Bildung. Gestärkt werden dabei die lokalen Wertschöpfungs- und Versorgungsstrukturen, während es bei den industriellen und global arbeitsteiligen Wertschöpfungsprozessen einen starken Rückgang geben wird. Auch das exorbitant angewachsene Geldvermögen muss drastisch reduziert werden, denn dieses wirkt tendenziell einem demokratischen Gemeinwesen und einer nachhaltigen Wirtschaftsweise entgegen.

Unsere Vision ist eine Zukunft, in der das Wohl aller Lebewesen und der Schutz unserer Umwelt an erster Stelle stehen. Die PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ glaubt fest daran, dass es an der Zeit ist, die Art und Weise, wie

wir Wirtschaft begreifen und betreiben, grundlegend zu überdenken. Dabei spielt die Idee der Postwachstumsökonomie eine zentrale Rolle. Es geht um eine Wirtschaft, die nicht auf stetigem materiellem Wachstum, sondern auf Nachhaltigkeit, Gerechtigkeit und Lebensqualität basiert.

Unser bisheriges Wirtschaftssystem ist auf grenzenloses Wachstum ausgelegt. Auf einem Planeten mit begrenzten Ressourcen ist dies jedoch schlicht nicht möglich. Wer etwas anderes anstrebt, nimmt die Zerstörung unseres Planeten billigend in Kauf. Wir möchten der Ausbeutung der Menschen, der Umwelt und der Tiere ein Ende setzen und ein nachhaltiges und soziales Wirtschaftssystem etablieren, das dem Wohle aller dient.

Die Fokussierung auf Wirtschaftswachstum hat uns in eine Situation gebracht, die von der Klimakrise, extremer Ressourcenverknappung, Vermüllung und Artensterben geprägt ist. Und die Ausbeutung von Tieren hat ein Maß angenommen, das jeder ethischen Beurteilung spottet. Zudem geht die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinander, was einer Gesellschaft niemals zuträglich ist.

Alle Versuche, ein sogenanntes grünes, sozialverträgliches, qualitatives Wachstum anzuregen, haben sich bisher als völlig unzureichend erwiesen. Die große Masse der aktiven Marktteilnehmer lässt sich von Profitinteressen und Konkurrenzdenken leiten. Der Staat kann und muss mehr regulieren, um diejenigen zu bremsen, die nicht bereit sind, Rücksicht zu nehmen. Er kann und muss mehr Anreize schaffen, um jenen Vorteile zu gewähren, die für eine emissionsarme, nachhaltige Ökonomie stehen. Aber all das wird nicht ausreichen, wenn das Paradigma ständigen Wachstums weiterhin vorherrschend ist.

Ein realistischer Blick auf unsere Zukunft zeigt, dass wir unsere Art zu leben und zu wirtschaften umgestalten müssen. Es geht darum, ein Gleichgewicht zu finden, in dem wir nicht mehr von der Erde nehmen, als sie uns geben kann. Zugleich müssen wir sicherstellen, dass alle das haben, was sie zum Leben brauchen, und dass Gerechtigkeit mehr als nur ein Wort ist. Diese Überlegung ist kein bloßer Wunschtraum, sondern eine klare Notwendigkeit, um den großen Herausforderungen unserer Zeit wie dem

Klimawandel und der wachsenden sozialen Ungleichheit wirksam zu begegnen.

Wir sollten Fortschritt nicht daran messen, wie viel wir produzieren oder konsumieren, sondern daran, wie gut es uns und unserer Umwelt geht. Hier sind die Schritte, die wir gehen müssen, um dorthin zu gelangen:

- Kreislaufwirtschaft statt Wegwerfgesellschaft: Ressourcen klug und sparsam nutzen und Produkte konsequent so gestalten, dass sie wiederverwendet oder kompostiert werden können
- die lokale Produktion und den lokalen Verbrauch fördern, um nicht nur unsere Umwelt zu schonen, sondern auch die Gemeinschaft vor Ort zu stärken
- Einführung eines EU-weiten bedingungslosen Grundeinkommens: für die Sicherheit aller, ein würdevolles Leben führen zu können - erst recht in einer Welt, die nicht ständig "wächst"
- Investitionen in grüne Energie und nachhaltige Technologien: Abkehr von fossilen Brennstoffen und Unterstützung von Innovationen, die unsere Welt besser machen
- Bildung und Bewusstsein für Nachhaltigkeit fördern: Bildung als Schlüssel, um zu verstehen, warum wir unseren Lebensstil ändern müssen und wie jede einzelne von uns dazu beitragen kann
- ausschließliche Berücksichtigung nachhaltiger und sozialer Unternehmen bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen und Subventionen; Vorteile wie vergünstigte Zinsen bei der Kreditvergabe
- ermäßigter Umsatzsteuersatz für klimafreundliche, tierleidfreie und fair produzierte Waren
- Gemeinwohl-Bilanzierung als mögliches Mittel, um die gewünschten Parameter in einem Punktesystem zu messen und ersichtlich zu machen, und dahingehende Verpflichtung von Ländern, Kommunen und Unternehmen
- Kennzeichnung mit dieser entsprechenden Punkteskala, um eine bewusste Kaufentscheidung für Verbraucherinnen zu erleichtern

Gerecht und effektiv - für eine neue Finanzpolitik!

Die Europäische Union braucht eine von Grund auf neu aufgestellte Finanzpolitik. Zum einen muss mehr Steueraufkommen generiert, zum anderen müssen die einzelstaatlichen Steuern harmonisiert und der Kampf gegen Steuerflucht und Niedrigsteuern aufgenommen werden.

Hierfür braucht es eine gemeinsame Steuerpolitik, die bei bestmöglicher Umsetzung viele Vorteile mit sich bringt. So können bürokratisch aufwändige Doppelbesteuerungen vermieden werden. In internationalen Verhandlungen ist die europäische Position gestärkt und die grenzüberschreitende Steuerkriminalität kann besser verfolgt werden.

Die Steuerharmonisierung soll insbesondere über eine einheitliche Körperschaftsteuer gewährleistet werden, die durch nationalstaatliche Steuersätze lediglich ergänzt werden kann. Somit gibt es keinen Abwärtswettbewerb um die günstigsten Steuern mehr, denn die europäische Körperschaftsteuer stellt den erlaubten Mindeststeuersatz dar, der unseren Vorstellungen nach mindestens dem heutigen Durchschnittssteuersatz entsprechen muss. Wir sehen einen Mindestkörperschaftsteuersatz von 20 % als erforderlich und realistisch an, der perspektivisch weiter angehoben werden muss.

Zudem muss die Europäische Union über mehr eigenes Steueraufkommen verfügen. Steuerarten, die vornehmlich an grenzüberschreitende Tatbestände anknüpfen, sind für EU-Steuern am besten geeignet. Neben Abgaben für Kunststoffabfälle, der Digitalabgabe und dem CO₂-Grenzausgleichssystem braucht es eine Finanztransaktionssteuer sowie Steuern auf stark umweltschädliche Mobilität und Industrien. Die Höhe der Finanztransaktionssteuer soll spezifisch anhand mehrerer Indikatoren festgelegt werden. So können bestimmte Transaktionen, die in besonderem Maße zu Finanzkrisen beitragen, höher besteuert werden. Eine EU-weit verpflichtende Übergewinnsteuer kann ebenfalls zu einem sozialen, ethischen und ökologischen Europa beitragen.

Die Europäische Union kann derzeit keine eigenen Steuern in nennenswertem Umfang erheben, weshalb die Mitgliedstaaten die Finanzierung übernehmen. Langfristig kann aber auch eine Reform sinnvoll sein, die die Europäische Union ermächtigt, sich durch eigene Steuern zu finanzieren. Denn solche direkt erhobenen EU-Steuern bedeuten auch mehr Transparenz und Akzeptanz für die europäische Haushaltspolitik.

Die nationalen Beiträge zum EU-Haushalt müssen angehoben werden, um die Herausforderungen in den Bereichen der Klimapolitik, der Wirtschafts- und Sozialharmonisierung, der Krisenresilienz sowie der Agrarwende zu finanzieren.

Verknüpft werden muss die EU-Steuerpolitik mit einer Geld- und Zentralbankpolitik, die noch stärker darauf ausgerichtet ist, Finanz- und Wirtschaftskrisen zu vermeiden beziehungsweise deren negative Folgen durch sozial-ökologisch wirksame Maßnahmen auszugleichen. Die Eigenkapitalanforderungen an Banken müssen erhöht und Stresstests ausgebaut werden. Bei künftigen Krisenfällen muss die Europäische Union durch gemeinsame Anleihen handlungsfähig sein, weshalb wir uns auch für eine Ausweitung von EU-Hilfsprogrammen und soziale Maßnahmen wie das EU-Kurzarbeiterinnengeld und eine EU-Arbeitslosenrückversicherung aussprechen.

Die Wirtschafts-, Kapitalmarkt- und Bankenunion muss ausgebaut werden. Jedoch müssen ökologisch-ethische Ziele bei jeder Maßnahme leitend werden, damit der Finanzsektor die übergeordneten gesellschaftlichen und politischen Transformationsziele effektiv mit unterstützt. Internationale Übereinkünfte im Kampf gegen Schattenbanken und Steuerflucht müssen dringend verhandelt werden und in Kraft treten. Investmentbereiche von Banken müssen strikt vom risikoarmen Bankgeschäft abgekoppelt werden.

Das aktuelle Greenwashing, wie bei der Taxonomie für Finanzprodukte, kritisieren wir scharf und fordern eine Neuausrichtung. Atomenergie und Erdgas sind nicht nachhaltig und daher dürfen Finanzspekulationen und Investitionen in diesen Bereichen kein Nachhaltigkeitslabel und keine

monetären Privilegien erhalten. Es braucht europaweit verlässliche, transparente und einheitliche Regularien für Finanzanlagen. Wir fordern eine abgestufte Taxonomie statt der bisherigen starren Kriterien und neben dem Kriterium der Biodiversität auch eine Ausweitung auf tierethische Belange.

Für mehr wirtschaftliche Versorgungssicherheit und Zukunftsfähigkeit!

Europas Wirtschaft muss umgebaut werden. Die Europäische Union muss sich verantwortlich dafür fühlen, dass sämtliche Wirtschaftsbereiche so aufgestellt sind, dass wir für künftige Krisen und Lieferschwierigkeiten gewappnet sind.

Der Angriffskrieg Russlands hat gezeigt, wie sehr bestimmte Produkte und Branchen auf einzelne Lieferländer angewiesen sind. Derselbe Grad von Abhängigkeit ist aber für viele Bereiche noch weitaus gravierender, als es bislang im öffentlichen Bewusstsein deutlich ist. So sind wir bei Medikamenten und Halbleitern von Ostasien abhängig und viele Rohstoffe gibt es gar nicht in Europa. Es gibt bereits Situationen, in denen Apotheken und Krankenhäuser kein Insulin oder keine Kindermedikamente ausreichend vorrätig hatten. Es muss daher darum gehen, dass zu keinem Zeitpunkt flächendeckend lebenswichtige Medikamente fehlen. Ein anderes Beispiel sind technische Komponenten für Computer, Handys, Elektroautos, Industriemaschinen oder Solaranlagen, bei denen Rohstoffe teilweise ausschließlich von außerhalb der Europäischen Union stammen.

In einer zunehmend unsicheren Welt nehmen die Risiken für Lieferengpässe immer weiter zu. Die europäische Wirtschaft und konkret das Leben von Menschen kann dann massiv beeinträchtigt werden. Die Europäische Union muss deshalb an der Diversifizierung der Handelspartnerschaften sowie an der Etablierung von empfindlichen Branchen innerhalb Europas mitwirken und diese gezielt fördern. Dafür braucht es massive und gemeinsame Investitionen sowie das Abrücken von

einseitig auf Dumpingpreise abzielenden Ausschreibungsvorgaben, die eine Hauptursache für Lieferengpässe bei Medikamenten sind.

Der Green Deal hält bislang nicht, was versprochen wurde. Zukunftsbranchen wachsen außerhalb der Europäischen Union stärker als hier. Die Handelspolitik ist weiterhin weder sozial noch ökologisch ausgerichtet. Daher muss die Europäische Union weit stärker als bisher den Wandel vorantreiben und den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen entsprechend vorbereiten.

Der Ausbau von erneuerbaren Energien, Speichertechnologien, Netzkapazitäten und Elektrifizierung sind elementar wichtig für unsere Zukunft, und Europa darf nicht noch weiter zurückfallen. Hierfür muss es gelingen, nicht nur die Energieerzeugung, sondern auch die Batterien und intelligente Speichersysteme in Europa zu produzieren. Mit demselben Engagement müssen zudem insbesondere die Baubranche und die Landwirtschaft so umstrukturiert werden, dass sie klimaneutral werden.

Derzeit werden fast alle zukunftsweisenden Technologien außerhalb Europas erfunden und entwickelt und es gibt einen dramatischen Brain-Drain von jungen Wissenschaftlerinnen und Gründerinnen, die sich innerhalb der Europäischen Union in ihren Möglichkeiten beschränkt sehen. Die Europäische Union muss bessere Rahmenbedingungen für nachhaltig-ethische Start-ups schaffen und entsprechende Förderbudgets weiter ausbauen. Hindernisse des Beihilferechts gilt es zu beseitigen und die Förderlandschaft so umzustrukturieren, dass sie leichter zugänglich ist für Gründerinnen.

Arzneimittel-Versorgung und Sicherheit europaweit gewährleisten!

Wir setzen uns für die Stärkung der Arzneimittelsicherheit und für eine zuverlässige Versorgung mit Medikamenten in Europa ein. Wir sind davon überzeugt, dass eine umfassende Politik notwendig ist, um die Gesundheit der Bevölkerung zu schützen.

Als Tierschutzpartei möchten wir unter anderem sicherstellen, dass alle Bürgerinnen Zugang zu benötigten Medikamenten haben. Mit Frühwarnsystemen und durch eine enge Zusammenarbeit mit Herstellerinnen, Apotheken und Gesundheitsbehörden möchten wir proaktiv Maßnahmen ergreifen, um Engpässe zu verhindern. Dazu fordern wir eine von Nicht-EU-Staaten unabhängigere lokale Produktion und Diversifizierung der Lieferketten von Arzneimitteln. Auch die Unterstützung von Generika trägt zur Kosteneffizienz bei und erhöht die Verfügbarkeit von lebenswichtigen Medikamenten.

Zudem wollen wir die Infrastruktur der Gesundheitsversorgung stärken. Insbesondere in ländlichen Gebieten sind Anreize zu schaffen, um den Zugang zu verbessern und die Beratung in Apotheken durch qualifiziertes Fachpersonal zu sichern. E-Rezepte, Telekonsultationen und digitale Plattformen zur Überwachung von Patienten tragen ebenfalls zu einer besseren Versorgung bei und sollten daher ausgebaut werden.

Um die Wirksamkeit, Qualität und Sicherheit von Medikamenten zu gewährleisten, brauchen wir verbesserte Zulassungsverfahren, in denen klinische Studien und Sicherheitsdaten einer rigorosen Prüfung unterzogen werden. Auch an dieser Stelle ist es uns wichtig zu betonen, dass wir eine tierversuchsfreie Forschung fordern. Im Gegensatz zu Tierversuchen können moderne Methoden wie Zellkulturen, Biochips und Computersimulationen verlässlichere und auf den Menschen übertragbare Ergebnisse liefern.

Die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Akteuren im Gesundheitswesen muss verbessert bzw. etabliert werden. Daher erachten wir die verstärkte Zusammenarbeit zwischen nationalen Arzneimittelbehörden und der Europäischen Arzneimittel-Agentur (EMA) als zwingend notwendig. Ebenfalls müssen gemeinsame Standards und der Austausch von Daten zwischen Ländern gefördert werden, um eine kohärente und effektive Überwachung sicherzustellen.

Hierzu strebt unsere Politik eine erhöhte Transparenz in Bezug auf Arzneimittelinformationen an. Dies beinhaltet die Offenlegung von Studienergebnissen, klinischen Prüfungen und Sicherheitsdaten. Dazu

müssen außerdem klare und verständliche Kommunikationskanäle geschaffen werden, um Risiken und Nutzen von Medikamenten transparent zu kommunizieren.

Arzneimittel müssen nach ihrer Markteinführung intensiver überwacht werden, indem Frühwarnsysteme für unerwünschte Arzneimittelwirkungen verbessert und erweitert werden. Auf Sicherheitsbedenken muss schnell reagiert werden. Um Arzneimittelfälschungen zu bekämpfen, müssen Maßnahmen wie die Einführung von Technologien zur Authentifizierung von Arzneimitteln und die Stärkung von Kontrollmechanismen entlang der Lieferkette ergriffen werden.

Innovationsstandort Europa: Eine Vision für die Zukunft

Europa steht an einem Wendepunkt. Mit dem Aufkommen einer neuen Ära von KI-Technologien, erneuerbaren Energiesystemen, Quantencomputing und anderen bahnbrechenden Innovationen haben wir die Chance, unser Erbe als Wiege der Aufklärung zu erneuern. Wissenschaft, Bildung und Fortschritt müssen auch künftig Prioritäten in der europäischen Politik sein! Um diese ambitionierte Vision zu verwirklichen, müssen wir den Innovationsstandort Europa nachdrücklich fördern und gleichzeitig eine kollaborative und integrative Innovationskultur pflegen, die unsere kollektiven Werte und Bestrebungen reflektiert.

Zuallererst müssen wir die Investitionen in Forschung und Entwicklung erheblich erhöhen, insbesondere in Schlüsselbereiche wie künstliche Intelligenz, erneuerbare Energietechnologien und Biotechnologie. Hierbei ist es essenziell, eine Balance zwischen staatlicher Förderung und privaten Investitionen zu finden, die Synergien schafft und Innovationen beschleunigt. Zudem müssen wir ein europaweites Netzwerk von Innovationszentren schaffen, das den Austausch von Wissen, Technologie und Talenten erleichtert. Sie sollten eng mit Universitäten, Forschungseinrichtungen und der Industrie verknüpft sein und als

Inkubatoren für Start-ups dienen. Politische Entscheidungsträgerinnen sollten die Idee des digitalen Binnenmarktes weiter vorantreiben, um Zusammenarbeit und Handel zwischen Unionsbürgerinnen zu erleichtern. Das bedeutet, regulatorische Hürden abzubauen und digitale Infrastrukturen auszubauen, die den freien Fluss von Daten und Ideen unterstützen.

Bildung und lebensbegleitendes Lernen müssen ebenfalls im Fokus stehen. Unsere Schulen und Hochschulen sollten darauf ausgerichtet sein, kritische Denkerinnen, kreative Problemlöserinnen und leidenschaftliche Innovatorinnen hervorzubringen. Schließlich brauchen wir eine kohärente Strategie in Hinsicht auf geistiges Eigentum, die sowohl Urheberinnen schützt als auch die offene Zusammenarbeit fördert.

Wenn die Europäische Union hier konkrete Schritte ergreift, stehen wir nicht nur an der Spitze technologischer Fortschritte, sondern gestalten auch aktiv unsere gemeinsame Zukunft. Abgesehen von technologischen Durchbrüchen kann Europa als Vorreiter für gesellschaftliche Innovationen in Bereichen wie Bildung, Gesundheitswesen, Umweltbewusstsein, sozialer Arbeitskultur und Inklusion fungieren. Unsere starke Tradition des sozialen Dialogs, unser Engagement für Menschenrechte und unser Streben nach Gerechtigkeit könnten den Weg für neue Modelle der Zusammenarbeit, Bildung und sozialen Wohlfahrt ebnen. Dieses neue Zeitalter der Innovation bietet Europa die Chance, erneut eine führende Rolle in der Welt zu übernehmen. Wir sollten diese Gelegenheit mit beiden Händen ergreifen.

Ein Europa, in dem Konzerne Verantwortung für Mensch, Umwelt und Tiere tragen

Die Europäische Union muss ihr Möglichstes tun, um Kinderarbeit, Zwangsarbeit, Sklaverei und Menschenhandel zu unterbinden. Hierfür braucht es ein wirkungsvolles europäisches Lieferkettengesetz, das sich auch auf kleinere Unternehmen und auf Zulieferbetriebe erstreckt und keine Schlupflöcher enthält. Es muss konkrete Vorgaben zur Haftung nach

Straf- und Zivilrecht enthalten, sodass sich Verstöße nicht rechnen. Die Fehler des deutschen Lieferkettengesetzes dürfen auf europäischer Ebene nicht noch einmal gemacht werden! Neben menschenrechtlichen und umweltbezogenen Mindeststandards sind auch weitreichende Arten- und Tierschutzstandards zu implementieren.

Zudem müssen Mechanismen greifen, damit kritische Handelsbeziehungen mit undemokratischen Regimen und Unternehmen, die für diese arbeiten, kontrolliert und notfalls eingestellt werden können. Wir dürfen uns nicht mitschuldig machen an Unterdrückung und Gewalt. Wir fordern einheitliche Regularien und ein geschlossenes Vorgehen der Mitgliedstaaten.

Die Macht großer Konzerne muss strenger reguliert werden als bisher. Auch die Marktwirtschaft funktioniert nur, wenn es einen gesunden Wettbewerb um neue Ideen und gute Produkte sowie Dienstleistungen gibt. Wir streben postwachstumsökonomische und gemeinwohlorientierte Wirtschaftsformen an, fordern aber auch Veränderungen innerhalb der marktwirtschaftlichen Realität. So brauchen wir nicht nur mehr Investitionen in sozial-ethische Start-ups, sondern auch aktives Vorgehen gegen zu große Marktmacht einzelner Konzerne, was auch als gelebte Unternehmenskultur innerhalb der Konzerne etabliert werden muss.

Wir unterstützen zudem Zertifizierungen nach der Gemeinwohl-Bilanz, die wir als gutes Beispiel für eine ethische Orientierung der Wirtschaft ansehen. Die Europäische Union kann dieses Modell übernehmen und eigene Zertifizierungen etablieren.

Die Sustainable Development Goals (SDGs) müssen die grundsätzlichen Leitplanken aller Entscheidungen in der Europäischen Union werden. Nicht Wirtschaftswachstum soll künftig leitend sein, sondern die Frage, ob es sozialen, ökologischen und ethischen Zielen dienen kann. Es braucht hierfür auch massive Investitionen in Forschung und Entwicklung, um die gesellschaftlich-ökonomischen Transitionsprozesse in unternehmerische Change-Prozesse zu überführen.

Freihandelsabkommen dürfen nicht zulasten von sozialen, ökologischen und ethischen Standards abgeschlossen werden. Wir lehnen Abkommen strikt ab, wenn sie Umweltzerstörung, Tierleid und Ausbeutung fördern, statt diese einzudämmen.

Die Europäische Union muss alles dafür tun, um Handel und Finanzspekulationen mit unethischen und unökologischen Gütern zu unterbinden. Umfassende Divestmentvorgaben (keine Investitionen und Geldanlagen in Zusammenhang mit unethischen und unökologischen Unternehmensaktivitäten) für staatliche und private Unternehmen sind zu erstellen und durchzusetzen. Herstellung und Dienstleistungen im Zusammenhang mit fossilen Energien sowie Atomkraft, Waffen, Naturzerstörung und Tierleid müssen reduziert und schnellstmöglich verboten werden.

Menschen verbinden - europaweites Zugnetz!

Schnelle Direktverbindungen zwischen den Metropolen Europas wären für viele Reisende ein Anreiz zum Umstieg vom Flugzeug auf die Bahn und ein wichtiger Schritt zur Klimaneutralität in Europa. Doch genau daran mangelt es noch. Seit Jahrzehnten hat die Bahn in den meisten EU-Mitgliedstaaten an Bedeutung verloren, da der Fokus auf Straße und Luftfahrt gelegt wurde. Jedoch würde eine effiziente und zuverlässige transeuropäische Bahn den Tourismus innerhalb Europas fördern, da Reisende bequem und umweltfreundlich verschiedene Länder und Regionen erkunden könnten, welche über die Erreichbarkeit mit dem Flugzeug hinausgehen. Dies stärkt den kulturellen Austausch und wirtschaftliche Aktivitäten. Durch ein gut ausgebautes Schienennetz wird sich zudem mehr Güterverkehr auf die Schiene verlagern, was zu einer Entlastung der Straßen führt. Weiterhin sorgt der Ausbau des Schienennetzes für die Schaffung neuer Arbeitsplätze und trägt damit zur Stärkung der europäischen Wirtschaft bei.

Unser Ziel ist es, ein effizientes, nachhaltiges und gut vernetztes Schienennetz in ganz Europa zu schaffen. Wir setzen uns für eine moderne, umweltfreundliche und bequeme Art des Reisens ein, welche die Bedürfnisse der Bürgerinnen sowie die Anforderungen an den Klimaschutz erfüllt.

Um dieses Ziel zu erreichen, fordern wir höhere Investitionen in die Schieneninfrastruktur. Dies beinhaltet neben dem Ausbau von Hochgeschwindigkeitsstrecken auch die Reaktivierung und Modernisierung von bestehenden Gleisen, die Schaffung von intermodalen Verknüpfungspunkten, barrierefreie Bahnhöfe und Züge sowie weitere Dienstleistungen, um die Mobilität für Menschen mit Behinderungen, ältere Menschen und Familien zu erleichtern.

Die Verbesserung und Ausweitung des europäischen Schienennetzes erfordert eine zentrale Planungs- und Koordinationsstelle, welche die Zusammenarbeit der Länder und Institutionen steuert. Wir setzen uns dafür ein, grenzüberschreitende Kooperationen zu stärken und gemeinsame Standards zu entwickeln, um einen nahtlosen und effizienten Schienenverkehr in ganz Europa zu gewährleisten.

Magnetschwebbahnen in die europäische Verkehrsplanung integrieren

Wir wünschen uns neue und kreative Ansätze in der europäischen Verkehrsplanung: so könnten über Magnetschwebbahnen realisierte Hochgeschwindigkeitsstrecken zwischen den Metropolen Europas die Reisezeiten zusätzlich verkürzen und gleichzeitig der Reisekomfort erhöht werden, womit eine wirkliche Alternative zum Flugverkehr entstehen würde. Der Transrapid war einst Inbegriff deutscher Spitzentechnologie – aktuell erlebt die Magnetschwebbahn-Technik in der Volksrepublik China einen Durchbruch. So sollen Passagiere der neuen Bahngeneration den Angaben zufolge mit einer Höchstgeschwindigkeit von 600 km/h von Shanghai aus innerhalb von zweieinhalb Stunden die mehr als 1200 Kilometer entfernte

Hauptstadt Peking erreichen. Derartige Angebote auf europäischem Boden könnten dabei mehr Schienenkapazität für den Güterverkehr ermöglichen und sollen in keiner Konkurrenz zum schienengebundenen ÖPNV stehen, weswegen ein Einsatz vor allem im EU-weiten Fernverkehr fokussiert werden sollte.

In diesem Zusammenhang stellen wir folgende Forderungen auf:

- die Förderung von weiterer Forschung zu dieser Technologie an europäischen Hochschulen
- die Konzipierung von neuen Hochgeschwindigkeits-Fernstrecken zwischen europäischen Metropolen als Alternative zum innereuropäischen Flugverkehr
- die ausschließliche Nutzung regenerativer Energien durch direkte Mitplanung von Photovoltaik-Flächen in die Streckenführung
- die Prüfung der Verwendung einer europaweit höheren Kerosin-Besteuerung zur Finanzierung der erforderlichen Investitionen

Europäische Weltraumforschung - Internationale Teilhabe forcieren

Im Jahr 2021 verabschiedeten der Rat und das Europäische Parlament eine Verordnung zur Aufstellung des neuen europäischen Weltraumprogramms für Zeit bis 2027. Darin enthalten sind u. a. das Galileo Satellitennavigationssystem, das Erdbeobachtungssystem Copernicus und EGNOS als System zur Übertragung sicherheitskritischer Dienste für die Navigation an Land, auf dem Wasser und in der Luft. Der europäische Einsatz im Weltraum erweitert die Grenzen von Wissenschaft und Forschung und schafft durch den Einsatz hoch entwickelter Messinstrumente die Grundlage, um beispielsweise den Klimawandel zu verfolgen, eine bessere Vorwarnung bei Naturkatastrophen zu ermöglichen und durch exakte Positionsangaben auch den Einsatz von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln zu minimieren.

In den vergangenen Jahrzehnten wurde der technologische Fortschritt im All stets durch Tierleid vorbereitet und begleitet. Was mit dem Rhesusaffen Albert II. als erstem Säugetier im All im Jahr 1949 und der gescheiterten Rückkehr aus gut 130 Kilometern Höhe aufgrund eines nicht öffnenden Fallschirms begann, setzte sich nahtlos mit der Hündin Laika fort, welche als erstes Tier in der Erdumlaufbahn nach rund sieben Stunden verstarb. Ursprünglich geplant war es, sie zehn Tage nach dem Start durch vergiftetes Futter einzuschläfern. Leider stellt dies keine rein historische Betrachtung dar. Im Jahr 2013 verkündete die iranische Regierung, erfolgreich einen Affen ins All geschossen zu haben; dem sollen eine Ratte, Schildkröten und Insekten vorangegangen sein. Kämpften in den 1950ern Jahren noch die Sowjetunion und die USA um eine weltweite Vormachtstellung und Anerkennung durch ihre Raumfahrtprogramme, so streben in jüngerer Zeit viele andere Länder gen Weltraum – Pläne, die vermutlich noch Folgen für viele Tierschicksale mit sich bringen werden.

Aber neben Tierleid birgt die Raumfahrt auch große Nachteile für das Klima. So warnen Forscherinnen der TU Braunschweig davor, dass Partikel und Gase von Raketenkörpern und Satellitentrümmern nach Wiedereintritt in alle Schichten der Atmosphäre gelangen – auch in die Stratosphäre mit der Ozonschicht, die die Erde vor UV-Strahlung schützt. Fachleute erwarten eine enorme Steigerung der Klimabelastung auch durch den aufkommenden Weltraumtourismus, den Firmen wie SpaceX, Blue Origin und Virgin Galactic anbieten. Forscherinnen des University College in London haben errechnet, dass drei Jahre Weltraumtourismus ausreichen können, um doppelt so viele klimaschädliche Emissionen zu erzeugen wie sämtliche bisherige wissenschaftliche Weltraummissionen zusammen.

Durch die stetig steigenden Aktivitäten in der Erdumlaufbahn nimmt aber auch das Ausmaß an Satelliten und Weltraumabfall stetig zu, was zu einer Überfrachtung des Weltraums führt, die die Sicherheit der Weltraumressourcen der Europäischen Union und der Mitgliedstaaten gefährdet. Seit den 1960er Jahren sind im Rahmen von rund 6.200 Starts über 13.100 Satelliten in die Umlaufbahn gebracht worden, von denen aktuell 5.800 in Betrieb sind. Auch im All ist Lichtverschmutzung ein Thema. So

haben Forscherinnen ermittelt, dass künstliche Objekte wie beispielsweise die Starlink-Satelliten für den Internetzugang in einer niedrigen Erdumlaufbahn den Nachthimmel um etwa zehn Prozent aufgehellt haben. Dies ist so stark, dass man nirgends mehr von einem ungetrübten Blick ins All sprechen kann. Dass neben dem Unternehmen SpaceX mit seinen geplanten 42.000 Satelliten auch andere Anbieterinnen ähnliche Pläne haben, verlangt nach einer dringenden Intervention durch die Politik.

Im Rahmen eines neuen Weltraumprogramms ab 2028 werden wir im Europäischen Parlament darauf hinwirken, dass dies mit einem vollständigen Verzicht auf Tierversuche einhergehen muss und dass die Bemühungen, wiederverwendbare Komponenten einzusetzen, intensiviert werden. Auch ein vollständiges Verbot jeglicher touristischer Nutzung des Weltraums muss darin verankert werden, denn dies darf kein neues Prestigeprojekt für Superreiche werden. Die von der Europäischen Union im Jahr 2022 erlassenen Maßnahmen zum Weltraumverkehrsmanagement und zur Stärkung der Fähigkeiten der Europäischen Union zur Weltraumüberwachung müssen intensiviert und weiter ausgebaut werden, sodass schlüssige Konzepte zur „Entmüllung“ entwickelt werden können. Weiter muss die internationale Kooperation vorangetrieben werden, um Nicht-EU-Staaten die Partizipation an Errungenschaften der europäischen Weltraumforschung und die Teilhabe an zukünftigen Missionen zu ermöglichen; gerade in der äußerst klimaschädlichen Weltraumforschung müssen Synergien international genutzt werden.

Eine gerechte Sozial- und Gesundheitspolitik für alle!

Die Grundstrukturen der Europäischen Union werden durch den Vertrag von Lissabon geprägt. Mit diesem verfolgt sie die Ziele ihres Gesundheitsprogramms und verpflichtet sich, einen hohen Gesundheitsschutz sicherzustellen. Diesen Zielen schließen wir uns vollumfänglich an.

Der Gesundheitsschutz wird allerdings nicht ausreichend durchgesetzt, wodurch bestimmte Risikofaktoren weiterhin die europäische Bevölkerung belasten. Dazu zählen vor allem der Einsatz von gesundheitsschädlichen Pestiziden auf den Äckern und von Antibiotika in der Tierhaltung. Eine bio-vegane Landwirtschaft kann für eine Verminderung des großflächigen Einsatzes gesundheitsschädlicher Stoffe in unseren Lebensmitteln sorgen und sollte deshalb gefördert werden. Europa braucht sowohl eine saubere Umwelt als auch eine starke Sozialpolitik, damit die Gesundheit der Bevölkerung sichergestellt werden kann.

In der Europäischen Union sind derzeit ca. 49 Mio. Menschen von Armut bedroht, davon ca. 14 Mio. allein in Deutschland. Hier bedarf es einer gerechten Verteilung von Ressourcen, damit sich alle gesunde Lebensmittel leisten können. Die gezielte Unterstützung von ökonomisch schwächeren und benachteiligten Personen ist der Schlüssel für eine funktionierende Gesellschaft. Vor allem der steigenden Anzahl der von Armut betroffenen Kinder muss durch die Europäische Union entgegengesteuert werden.

Maßnahmen hierfür wären die Einrichtung und Förderung eines europäischen Bildungssystems, welches gleiche Chancen für alle ermöglicht und einheitliche Abschlüsse bietet. Dazu müssen der Arbeitsmarkt angepasst, hohe europäische Standards im Arbeitsrecht etabliert und ein EU-Mindestlohn eingeführt werden. Dabei müssen stets der Einklang von Beruf und Familie und die finanzielle Sicherheit für die Zukunft gewährleistet werden. Wir fordern die Ausweitung europäischer Sozialgesetze als Grundlage für Absicherung und vollumfängliche Gesundheit.

Gender-Gap schließen!

Leider gibt es in unserer heutigen Gesellschaft noch immer eine geschlechtsspezifische Ungleichheit. Diese Diskrepanzen treten in verschiedenen Lebensbereichen auf, darunter Bildung, Arbeitsmarkt, Einkommen, politische Vertretung und Gesundheitsversorgung.

So werden z. B. Sicherheitssysteme in Autos auf den Durchschnittsmann angepasst (Gender Data Gap). Auch werden Diagnostik und medizinische Behandlungen von Krankheiten größtenteils an Männern erforscht und darauf basierend in medizinischen Fachbüchern vermittelt (Gender Health Gap). Frauen werden oft noch für die gleiche Arbeit schlechter bezahlt (Gender Pay Gap) und durch veraltete patriarchalische Strukturen bei Aufstiegschancen in Führungspositionen weniger berücksichtigt (Gender Leadership Gap). Auch sind Frauen z. B. in der Politik unterrepräsentiert und in Entscheidungsprozesse wie z. B. die Stadtplanung weniger eingebunden. Dies führt dazu, dass ihre Perspektiven und Bedürfnisse nicht angemessen berücksichtigt werden. Zudem führen traditionelle Geschlechterrollen häufig zu einer ungleichen Verteilung von Hausarbeit, Kinderbetreuung und familiären Verpflichtungen (Gender Care Gap, Gender Pay Gap und Gender Pension Gap).

Das Schließen der sogenannten Gender-Gap (Geschlechterkluft) ist ein wichtiger Schritt hin zu einer gerechteren und inklusiveren Gesellschaft. Hierbei ist wichtig, die geschlechtsspezifischen Unterschiede und Ungleichheiten anzuerkennen und Maßnahmen zu ergreifen, um gleiche Chancen und Rechte für Menschen unabhängig von ihrem Geschlecht sicherzustellen.

Für die Geschlechtergleichstellung in Politik, Wirtschaft, Bildung, Forschung, Medizin und Gesellschaft fordern wir:

- gleiches Gehalt für gleiche Leistung
- Offenlegung und Begründung von Gehaltsunterschieden in betrieblichen Statistiken
- Frauenquote in Konzern-Führungspositionen und bei politischen Vertretungen
- Bekämpfung von Altersarmut (u. a. durch Förderung von Bildungsprogrammen zur finanziellen Bildung und Vorsorge)
- Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie
- Ausbau und Finanzierung der Kinder-, Kranken- und Altersbetreuung (ambulante Pflege, Pflegeheime)

- Angebot und Finanzierung von Schulungen, um Männer mehr in die Erziehung und die Elternzeit einzubinden
- mehr Aufmerksamkeit für das Thema der mentalen Auslastung
- die Aufschlüsselung wissenschaftlicher Studien nach Geschlecht und die Wiederholung älterer Studien
- Einbeziehung des Hormonzyklus in medizinische Studien
- Verpflichtung von Gendermedizin im Grundstudium Medizin und Pharmazie (als Voraussetzung für Forschungsgelder)
- geschlechtergerechte und inklusive Gestaltung der städtischen Umgebung
- Berücksichtigung von weiblichen Perspektiven und Bedürfnissen bei Planungen (z. B. bei Fragen des Sicherheitsempfindens)

Die PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ ist sich bewusst, dass einige der genannten Forderungen auf Kommunal-, Landes- oder Bundesebene umzusetzen sind, aber auch überzeugt, dass Entscheidungen auf europäischer Ebene sowie europäische Förderprogramme bzw. Fördergelder und europaweite Aufklärungskampagnen direkten und indirekten Einfluss nehmen können. Zudem können gewisse Rahmenbedingungen als Voraussetzung für den Erhalt von Forschungsgeldern und Subventionen gesetzt werden.

Vier-Tage-Woche in ganz Europa - freitags gehört Mutti mir!

Nach europäischem Arbeitsrecht ist es maximal erlaubt, 48 Stunden in der Woche zu arbeiten. Die Arbeit nimmt bei vielen Menschen den größten Teil der Zeit und Energie in Anspruch, und das Privatleben kommt oftmals zu kurz. Daher breitet sich ein neuer Arbeitstrend immer weiter aus: die Vier-Tage-Woche. Pilotprojekte, großflächige Experimente und wissenschaftliche Forschungen stellen die Sinnhaftigkeit aktueller Arbeitsbedingungen in Frage und belegen: Es muss sich etwas ändern. Unter den aktuellen arbeitsrechtlichen Bedingungen leiden vielfach

Gesundheit und Produktivität der Menschen. Deswegen orientieren sich viele Länder in Europa an dem neuen Konzept.

Die Grundidee hinter der Vier-Tage-Woche bedeutet nicht immer: gleiches Gehalt für weniger Arbeitszeit bei gleicher Leistung. Man kann beispielsweise die gleiche Wochenarbeitszeit auch auf weniger Tage aufteilen. In einigen Pilotprojekten wurde dagegen die Wochenarbeitszeit im Ganzen reduziert. Alle Planungen auf EU-Ebene sollten auf Produktivitätsgewinne durch Arbeitszeitreduktion abzielen und Überlastungen durch eine Verlängerung der täglichen Arbeitszeit vermeiden.

Durch die Verringerung der Arbeitstage kann auf Seiten der Mitarbeiterinnen eine bessere Work-Life-Balance hergestellt werden. Die Menschen haben mehr Zeit für ihr Privatleben, vor allem wenn sich die Arbeitszeit insgesamt verkürzt. In Belgien haben zwar Arbeitnehmerinnen ein Wahlrecht auf eine Vier-Tage-Woche, allerdings ohne Arbeitszeitverkürzung. Ein Ziel der Einführung dieses Rechts war es, die Arbeitslosenquote zu senken. Eine hohe Arbeitsintensität und -dauer kann (wie in Japan) zu Krankheiten, höheren Suizidraten und Todesfällen durch Überarbeitung führen; Arbeit und Privatleben verlangen eine gesunde Ausbalancierung. Dies zeigt das bislang größte Experiment zur Wirkung von Arbeitszeitreduktion in Island, wo Stress und Burnouts signifikant zurückgingen. In Japan konnte Microsoft mit einer Drei-Tage-Woche sogar eine Erhöhung der Effizienz von 40 % bilanzieren.

Wir fordern daher, dass in der Europäischen Union weitere wissenschaftlich begleitete Projekte durchgeführt werden. Die Europäische Union sollte sich an der Finanzierung solcher langfristigen Studien beteiligen, weil es bereits vielversprechende Anhaltspunkte für positive Folgen für die Gesundheit der Arbeitnehmerinnen und Produktivitätsgewinne gibt. Die Studien müssen branchen- und staatspezifische Besonderheiten berücksichtigen, denn Verwaltung, Logistik, Industrie oder Dienstleistungen weisen in den Ländern

verschiedene Merkmale auf. Anstehende Projekte sind also in allen EU-Mitgliedstaaten zu befürworten und zu fördern.

So wie Arbeitnehmerinnen vielfach den Ort ihrer Arbeit (Betriebsstätte oder Home-Office) wählen können, sollten sie auch über die zeitliche Aufteilung ihrer Arbeit möglichst frei entscheiden können. Bei einer Arbeitszeitreduktion darf es bei gleicher Leistung in weniger Zeit keinesfalls zu Lohnkürzungen kommen.

Kulturpolitik in Europa – Ein friedliches, solidarisches und freies Europa ist nur über eine europäische Kultur erreichbar!

Europa braucht eine lebendige, den Kontinent umspannende Kulturszene. Zum einen schafft Kultur Identität, weil sie auf die gemeinsamen europäischen Traditionen und Werte verweist, die es ja zweifellos gibt, die aber im Bewusstsein der meisten Europäerinnen zu wenig verankert sind.

Zum anderen hinterfragt Kultur den normativen Konsens einer Gesellschaft, ironisiert ihn, zeigt Alternativen auf. Auch dieser Aspekt ist von enormer Wichtigkeit, denn wie jede moderne Gesellschaft kann sich auch die europäische nur dynamisch am Leben erhalten. Sie braucht den stetigen Prozess des Reflektierens und Veränderns.

Gegenwärtig erleben wir in ganz Europa Polarisierungen mit starken rechten Bewegungen, die homophob, chauvinistisch und ausländerfeindlich auftreten. Mit ihrem eindimensionalen Weltbild stehen sie der Europäischen Union skeptisch bis ablehnend gegenüber. Nötig ist eine Kultur, die hierauf in europäischer Dimension antwortet.

Die Grundlagen für ein europäisches Kulturverständnis müssen in der frühkindlichen Bildung und in der Schule gelegt werden: Es braucht eine stärkere Förderung von Fremdsprachenkenntnissen, denn ohne sprachliche Verständigung muss kulturelle Vermittlung scheitern. Und mindestens

ebenso wichtig ist ein Verständnis dafür, dass Humanismus und Reformation, die Revolution von 1789, die Etablierung des Frauenwahlrechts europäische Ereignisse sind.

Grundsätzlich sollte die Begegnung mit Kultur so früh wie irgend möglich erfolgen. Wir treten dafür ein, dass Kinder bereits im Kindergarten auf spielerische Weise mit Musik, Theater und bildender Kunst in Berührung kommen und dass sich diese künstlerisch-musische Beschäftigung durch die gesamte Schulzeit fortsetzt. Denn wo Kreativität gefördert wird, wird auch Toleranz und Verantwortung vorangetrieben, damit aus jungen Menschen reife Mitglieder einer Gesellschaft werden.

Wir wünschen uns Plätze, Institutionen und Events, die europaweit Symbolkraft entfalten. Wir wünschen uns aber auch eine viel stärkere Vernetzung im Bereich der freien Künste. Die Programme, die es bereits gibt, müssen besser kommuniziert und die bürokratischen Hürden der Antragstellung so weit wie möglich beseitigt werden. Darüber hinaus braucht es Programme, die darauf angelegt sind, künstlerisch Tätige aus mehr als nur aus zwei Ländern zusammenzuführen.

Obwohl künstlerisch Tätige in Deutschland nicht selten in prekären Verhältnissen leben, ist ihre soziale Situation dennoch besser als die ihrer Kolleginnen in vielen anderen europäischen Ländern. Wir unterstützen daher alle Bestrebungen, Honorar-Untergrenzen für Kulturschaffende festzulegen und soziale Absicherungen zu schaffen, beispielsweise durch die Etablierung des Modells der deutschen Künstlersozialkasse im europäischen Ausland.

Die PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ sieht in der Stärkung unserer gemeinsamen Kultur nicht nur die Zukunft eines vereinten Europas, sondern auch das Potenzial, um ein tolerantes, verständnisvolles und kreatives Miteinander zu gewährleisten. Kultur schafft Einheit in der Vielfalt: eine lebendige Symphonie, die uns alle inspirieren und voranbringen kann.

Europäischen Denkmalschutz stärken – Mehr lebendige Denkmäler schaffen!

Ob mittelalterliche Burg in Irland, Tempel in Griechenland oder Industriekultur im Ruhrgebiet, die Erhaltung des kulturellen Erbes ist ein länderübergreifender gesellschaftlicher Auftrag. Über den Schutz und die Pflege hinaus sollten Denkmäler aller Art den Menschen als lebendig und zugänglich präsentiert werden. Dafür müssen Zuständigkeiten und wissenschaftliche, architektonische und kunsthistorische Kompetenzen auf allen Ebenen vereinheitlicht und gebündelt werden. Baudenkmäler aller Art dürfen nicht zum Spielball wirtschaftlicher oder politischer Interessen werden. Eigentümerinnen sollten dabei unabhängig von ihrem Status (z. B. Kirche, Verein, Kommune oder Privatperson) einheitlich bei Rechten, Pflichten und der Vergabe von Förderungen behandelt werden. Im Hinblick auf den Klimaschutz sind in allen Mitgliedstaaten zu starre Vorgaben beim Denkmalschutz zu lockern. Denn oftmals behindern sie den Einsatz erneuerbarer Energien und eine Wärmedämmung bzw. Isolierung.

Paneuropäische Leuchtturmprojekte wie die Via Molina, die eine europäische Kulturstraße der historischen Wind- und Wassermühlen mit aktuell drei festen Mitgliedern (Dänemark, die Niederlande sowie Deutschland) und einem guten Dutzend assoziierter Länder schaffen will, sind dabei besonders förderungswürdig. Projekte dieser Art schaffen eine Verbindung zwischen diesen Ländern auf der Basis eines gemeinsamen kulturellen Erbes und sind prädestiniert dafür, mit gelebter Geschichte einen Brückenschlag zwischen der Vergangenheit und aktuellen europäischen Herausforderungen in der Energiewende zu schaffen.

Vertrauen in die Institutionen stärken: mehr direkte Demokratie und Transparenz, weniger Industrielobbyismus

Wir setzen uns für eine demokratische Europäische Union ein, in der die Menschen in politische Entscheidungen einbezogen werden. Ihre Zukunft

ist nur dann sicher, wenn sie Akzeptanz findet und größtmögliches Vertrauen in ihre Institutionen besteht. Das ist leider immer weniger der Fall, was auch an der Konstruktion der Europäischen Union liegt. So kommen wichtige Gesetze nicht auf den Weg, weil einzelne Mitgliedstaaten sie blockieren oder sie nicht zuständig ist. Viele Gesetze werden ohne Beteiligung der legislativen Gremien, sondern in Trilogen auf der exekutiven Ebene verhandelt.

Besonders democratieschädlich wird es, wenn die Regierungen der Mitgliedstaaten immer wieder der Europäischen Union die Schuld an politischen Entscheidungen oder Missständen geben, obwohl gerade nicht sie, sondern die nationalen Regierungen verantwortlich sind. Aufgelöst werden kann dies nur durch eine transparente und umfassende Strukturreform.

Wir möchten die Europäische Union handlungsfähiger machen und in Verantwortung bringen. Hierfür muss das Mehrheitsprinzip ohne Vetomacht einzelner Mitgliedstaaten konsequent gelten und das Europäische Parlament echte legislative Macht erhalten. Dafür braucht es Mut, denn es bedeutet auch eine Entmachtung der nationalstaatlichen Regierungen. Denn gerade in einer globalisierten Welt braucht es mutige und große Schritte, klug organisierte und einander überwachende Gremien sowie Menschen, die für grenzüberschreitende Lösungen mit Herz und Verstand kämpfen.

Noch immer hat das EU-Parlament nicht in allen politischen Bereichen echte Möglichkeiten zur Mitentscheidung. So kann es in der Wettbewerbs- sowie Außenpolitik einfach übergangen werden. Wir fordern, dass sämtliche politische Entscheidungen der Europäischen Union nach denselben Verfahren getroffen werden. Das Parlament muss berechtigt sein, Gesetzgebungsverfahren zu initiieren, statt wie bisher lediglich die EU-Kommission dazu auffordern zu dürfen.

Die Tendenz, dass sich vorwiegend in den Trilogen zwischen Rat, Kommission und Parlament geeinigt wird, hat Vorteile in Hinsicht auf die Effizienz, aber auch gravierende Nachteile. So werden die eigentlichen

parlamentarischen Gremien ausgehebelt und die Öffentlichkeit hat den Eindruck eines Machtzentrums, das von Hinterzimmerpolitik und Intransparenz geprägt ist. Wir fordern eine Abkehr von dieser Praxis, sodass das Image der Europäischen Union verbessert werden kann und Entscheidungen dort getroffen werden, wo die parlamentarische Arbeit hingehört: in den Ausschüssen. Dafür ist es notwendig, diese zu vergrößern, die Anzahl der Mitarbeitenden je Fraktion zu erhöhen und die Ausschüsse mit Verhandlungsvollmachten auszustatten.

Wichtig ist es, die Transparenz-Bestrebungen in Brüssel weiter voranzutreiben. Das bisherige Transparenz-Register ist zu unverbindlich. Wir fordern strenge und einheitliche Transparenzregeln für das Parlament, die Kommission und für den Rat. Wir sind überzeugt, dass die Ausweitung der direkten Demokratie und eine Verbesserung der Transparenz zu einer stärkeren Identifikation mit dem europäischen Gedanken führt und das gemeinsame Agieren aller Europäerinnen über nationalstaatliche Grenzen hinweg fördert.

Lobbyismus ist zentraler Bestandteil jeder politischen Entscheidungsfindung, denn hierdurch fließen branchen- und fachspezifische Expertise in die Gesetzgebung mit ein. Wir möchten aber, dass NGOs maßgeblich einbezogen werden statt der bisherigen Dominanz der Wirtschaftsvertretungen. Hierfür braucht es klare Regelungen, die über Lobbyregister hinausgehen. An jedem Gesetzgebungsprozess müssen nachweislich anerkannte Organisationen, die sich für Soziales, Demokratieförderung, Bildung, Menschenrechte, Verbraucherinnenschutz, Tierschutz und Umweltschutz einsetzen, stets mehr als die Hälfte der teilnehmenden Lobby-Vertretungen bei sämtlichen Anhörungen ausmachen.

Wir fordern eine eigenständige europäische Regierung, die direkt von den EU-Institutionen vorgeschlagen, gewählt und ernannt wird, und nicht wie bisher als Europäische Kommission von den Regierungen der Mitgliedstaaten abhängig ist. Als zweite Kammer muss ein neuer "Rat der Regionen" als Nachfolge des Rats der Europäischen Union geschaffen

werden. Die Europäischen Verträge sind für diese Reform anzupassen, was eine große Herausforderung darstellt. Wir sind aber davon überzeugt, dass die Europäische Union auf diese Weise an Identifikationskraft und Handlungsfähigkeit gewinnt, was in einer globalisierten Zukunft entscheidend sein wird.

Mit dem Rat der Regionen werden die regionalen und lokalen Interessen vertreten und ein wichtiges Element der Machtverschränkung von unten etabliert. Die kommunalen und föderalen Instanzen der Mitgliedstaaten entsenden ihre Vertretungen in den Rat der Regionen, um so bürgerinnennah wie möglich Einfluss nehmen zu können, wenn in der Europäischen Union Entscheidungen getroffen werden. Der Rat der Regionen benötigt neben dem Parlament und der Exekutive gleichrangige Kompetenzen. Diese Kompetenzen sollen insbesondere die Belange der Kommunen, Regionen und föderalen Ebenen betreffen, ohne politische Entscheidungen für die gesamte Europäische Union blockieren zu können. Wenn diese zweite Kammer als Nachfolge für den Rat gestärkt wird, sehen wir sehr gute Chancen dafür, dass die Europäische Union langfristig an Akzeptanz im Inneren gewinnt und infolgedessen globale Vorbildwirkung für Demokratie, Ethik und Nachhaltigkeit entfalten kann.

Mit nationalen Volksbefragungen hat die Europäische Union leidvolle Erfahrungen gemacht. Immer wieder wurde mit viel Populismus versucht, die europäische Integration zum Stoppen zu bringen. Doch wir sind der Ansicht: Gerade deshalb sollte die direkte Demokratie auf europäischer Ebene gestärkt werden, denn direkte Demokratie baut Vertrauen auf. Die Bürgerinnen spüren: Hier handelt kein bürokratisches Monstrum über unsere Köpfe hinweg, sondern wir selbst können die Europäische Union mitgestalten und wichtige Weichenstellungen vornehmen. Und auf gesamteuropäischer Ebene können populistische Volksverführer viel weniger ausrichten als auf nationalstaatlicher Ebene.

Schon jetzt existieren Instrumente der Bürgerinnenbeteiligung: Seit 2021 werden zufällig geloste Bürgerinnenversammlungen auch in der Europäischen Union aktiv genutzt, damit sich die Meinungs- und

Ideenvielfalt abbilden kann. Außerdem besteht die Möglichkeit, Petitionen ans Europäische Parlament zu stellen. Bereits seit Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon existiert die Europäische Bürgerinneninitiative (EBI); mit ihr können Bürgerinnen die Europäische Kommission auffordern, zu einem bestimmten Thema aktiv zu werden. Leider ist die EBI mit enormem bürokratischem und finanziellem Aufwand verbunden, und eine verbindliche Einflussnahme auf politische Entscheidungen geht von ihr nicht aus. Oftmals zeigen sich Initiatoren frustriert ob der wahrgenommenen Folgenlosigkeit.

Wir fordern daher eine Reform der Bürgerinnenbeteiligung. Es darf nicht sein, dass über eine Million Menschen grundlegende Veränderungen über europäische Bürgerinitiativen wollen, aber die Kommission daraufhin nicht tätig wird. Es muss eine Form der Verbindlichkeit geschaffen werden, sodass der Wille der Menschen, der als Bürgerinneninitiative zum Ausdruck kommt, nicht länger ignoriert werden kann. Direktdemokratische Beteiligungsformen haben immer Vor- und Nachteile, aber wir sehen langfristig das Potenzial, dass die Menschen in der Europäischen Union die politische Ebene finden, die ihre Interessen am besten vertritt. Es braucht daher neben Wahlen auch weitere Abstimmungsmöglichkeiten mit unterschiedlichen Graden an Verbindlichkeit.

Ein weiterer Baustein für eine zukunftsfähige EU-Struktur ist ein reformiertes Wahlrecht. Hierfür müssen die europaweiten Parteien gestärkt werden, die über transnationale Listen gewählt werden können. Nationale Parteien sollen gar nicht mehr auf dem Stimmzettel stehen und nicht mehr die Wahlkämpfe in den Mitgliedstaaten bestreiten können. Ein vereintes Europa braucht ein einheitliches Wahlrecht, bei dem alle Wahlberechtigten das gleiche Stimmgewicht für dieselben europaweiten Listen haben. Das Spitzenkandidatinnenprinzip hat zudem Schaden erlitten, weshalb es notwendig ist, es im Sinne einer fundierten Wahlentscheidung verbindlicher zu regeln.

Wir fordern auch einen deutlichen Abbau der Ressourcenverschwendung. Wir möchten weg von der Pendelei zwischen den Standorten der EU-

Institutionen und eine sichere, flexible, bürgerinnen- sowie arbeitnehmerinnenfreundliche Digitalisierung. Straßburg kann nicht länger als Sitz des Parlaments fungieren, obwohl die Abgeordneten die meiste Arbeitszeit in Brüssel verbringen, wo auch die Kommission und die meisten anderen wichtigen Institutionen und Organisationen ihren Sitz haben.

Die Europäische Union soll weiter ausgebaut werden. Unser Ideal ist ein föderaler europäischer Bundesstaat, in dem das Subsidiaritätsprinzip gilt. Wir setzen uns für die Erweiterung um weitere Mitglieder und den Wiedereintritt von Großbritannien und Nordirland ein. Dies lässt sich nur realisieren, wenn die Europäische Union mehr Demokratie und Föderalismus gewährt, zugleich aber eine wichtigere Rolle in der Welt einnimmt und verstärkt bilaterale Abkommen eingeht.

Die Europäische Union benötigt zudem eine Verfassung, in der die grundlegenden Strukturen, Prinzipien und Werte verankert sind. In dieser Verfassung müssen die demokratischen, rechtsstaatlichen, menschenrechtlichen, sozialen, ökologischen und ethischen Grundlagen als unveränderliche Grundpfeiler europäischer Politik enthalten sein. Der Verfassungsgebungsprozess ist durch aktive Bürgerinnenbeteiligung in allen Regionen der Europäischen Union einzuleiten und durch eine europaweite Abstimmung zu legitimieren.

Ein Europa, das sich um die Förderung von Bildung kümmert

Bildung ist weit mehr als nur ein Mittel zur Wissensvermittlung; sie ist ein Schlüssel für persönliches Wachstum, gesellschaftlichen Wandel und nachhaltige Entwicklung. Unser Ansatz für ein bildungsorientiertes Europa konzentriert sich darauf, die individuellen Anforderungen jeder Einzelnen zu berücksichtigen und das Prinzip des lebenslangen Lernens als ein universelles Recht zu etablieren. Wir streben danach, ein Bildungssystem zu schaffen, das jedem Menschen die Möglichkeit gibt, sein eigenes

Potenzial zu entdecken und aktiv zum gesellschaftlichen Leben beizutragen.

Wir setzen uns dafür ein, innovative Lehrmethoden zu unterstützen. Konzepte wie Blended Learning, welche die Anerkennung von informell erworbenen Fähigkeiten einschließen, sollen auf individuelle Bedürfnisse und verschiedene Lebensphasen abgestimmt sein. Bildung sollte ein universell zugängliches Recht sein, kein exklusives Privileg. Unser Ziel ist eine Bildungslandschaft, die Barrieren abbaut und individuelle Förderung in den Vordergrund stellt. Dies soll allen Menschen gleiche Bildungschancen eröffnen. Freier Zugang zu Wissen und die Förderung von Open Educational Resources (freie Lern- und Lehrmaterialien mit einer offenen Lizenz) sind hierfür unerlässlich, um Wissen für alle zugänglich zu machen.

In einer Ära, in der Fehlinformationen weit verbreitet sind, ist es entscheidend, kritisches Denken und die Fähigkeit zur Bewertung von Informationen zu fördern. Daher ist es wichtig, die Qualität von Wissen und Bildungsressourcen kontinuierlich zu überprüfen und zu verbessern.

Die finanzielle Aufwertung des Bildungsbereichs ist eine Investition in unsere gemeinsame Zukunft. Wir verpflichten uns, den Bildungssektor umfassend zu unterstützen und qualitativ hochwertige Bildung für alle Bürgerinnen der Europäischen Union und darüber hinaus zu gewährleisten. Dies schließt die finanzielle Förderung von Bildungseinrichtungen auf allen Ebenen ein, von der frühkindlichen Erziehung bis hin zu Universitäten.

Die Europäische Union muss noch weit stärker das Bildungsbudget ausbauen. Derzeit wird nur ein Bruchteil des EU-Haushalts für diesen Bereich verwendet. Dabei sind insbesondere Austauschprogramme und Auslandsaufenthalte von elementarer Bedeutung und tragen zur Etablierung einer europäischen Identität für ganze Generationen bei.

Abschließend lassen sich folgende politische Forderungen formulieren:

- lebenslanges Lernen als Grundrecht etablieren: Förderung des Zugangs zu Bildung für Menschen aller Altersgruppen

- innovative Lehrmethoden fördern: Unterstützung von Blended Learning und Anerkennung informell erworbener Kompetenzen
- barrierefreie und inklusive Bildung für alle: Abbau von Hindernissen und individuelle Förderung zur Gewährleistung gleicher Bildungschancen
- freien Zugang zu Bildungsressourcen sicherstellen: Förderung von Open Educational Resources, um Wissen allen zugänglich zu machen
- die Förderung kritischen Denkens: Entwicklung von Kompetenzen zur Unterscheidung von verlässlichen Informationen und Falschmeldungen oder Halbwahrheiten
- finanzielle Stärkung des Bildungssektors: Ausbau der finanziellen Unterstützung für Bildungseinrichtungen auf allen Ebenen
- die Weiterentwicklung der internationalen Anerkennung von Bildungsabschlüssen, insbesondere bezüglich von Abschlüssen aus Drittländern
- eine deutliche Anhebung des Bildungsbudgets im EU-Haushalt

Hinweisgeberinnen (Whistleblower) und Pressefreiheit schützen

Um die Bevölkerung aufzuklären, den öffentlichen Diskurs zu ermöglichen, die Demokratie und geltendes Recht zu schützen, sind wir auf Hinweisgeberinnen und Journalistinnen angewiesen, welche Missstände, Fehler und Verbrechen von Unternehmen, Organisationen und auch Regierungen aufdecken. Das Beschaffen und Veröffentlichen solcher sensibler Informationen liegt im öffentlichen Interesse und zählt zu den Kernaufgaben des Journalismus.

Der Fall des Julian Assange, um nur ein tragisches bekanntes Beispiel von vielen zu nennen, zeigt eindrücklich, wie mit massiven Diffamierungskampagnen und menschenrechtswidrigen Mitteln sowie drakonischen Strafen versucht wird, zukünftige Hinweisgeberinnen und Journalistinnen abzuschrecken, nach den gesellschaftlichen Werten,

Rechten und ihren Aufgaben als Journalistinnen zu handeln. Daher möchten wir auf europäischer Ebene ein Bewusstsein für die Bedeutung von Whistleblowing schaffen und Journalistinnen und Hinweisgeberinnen durch Gesetze, europäische Außenpolitik, Asyl und Sanktionen vor Repressionen schützen. Die Pressefreiheit muss verteidigt und auch international zur Solidarität mit Hinweisgeberinnen aufgerufen werden. Hierzu möchten wir auch die Einrichtung von unabhängigen Ombudsstellen und Bereitstellung sicherer und vertraulicher Whistleblowerinnen-Meldeplattformen unterstützen. EU-Gelder müssen zurückgehalten werden, wenn Mitgliedstaaten Menschenrechte oder die Pressefreiheit systematisch verletzen.

Die PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ steht für eine transparente Informationskultur und Aufklärung. Hinweisgeberinnen und Journalistinnen müssen sich auf die Rechtsstaatlichkeit und Solidarität der gesamten Europäischen Union verlassen können.

Künstliche Intelligenz - Forschung und Reglementierung!

Künstliche Intelligenz (KI) ist auf dem Vormarsch: Sie hat in der gegenwärtigen Ära des technologischen Fortschritts eine Schlüsselrolle eingenommen, die eine Vielzahl von Chancen und Herausforderungen in unserem sozialen Gefüge aufwirft. In Bereichen wie Medizin, Bildung, Verkehr und Wirtschaft entfaltet sie ihr Potenzial und ermöglicht innovative Lösungen für komplexe Herausforderungen. Die KI-basierte Analyse von medizinischen Daten verbessert die Diagnosegenauigkeit, intelligente Bildungstechnologien individualisieren Lernprozesse, autonome Fahrzeuge erhöhen die Verkehrssicherheit und intelligente Algorithmen revolutionieren die Effizienz in der Wirtschaft.

Die rasante Entwicklung von KI bringt nicht nur Fortschritt, sondern auch ernsthafte Risiken mit sich. Eine der wesentlichen Gefahren liegt in der unkontrollierten Verbreitung von autonom agierenden KI-Systemen. Diese

Systeme können potenziell Entscheidungen treffen, die nicht im Einklang mit unseren menschlichen Werten und unserer Ethik stehen. Beispiele dafür reichen von diskriminierenden Algorithmen in der Personalabteilung bis hin zu autonomen Waffensystemen, die außer Kontrolle geraten könnten. Insbesondere die Gefahren und Chancen der Künstlichen Allgemeinen Intelligenz (AGI) und die gefährlichen Vernichtungspotenziale bei Kriegswaffen sind zu erforschen.

Ein weiteres bedeutsames Risiko ist der Datenschutz. Die Verarbeitung großer Mengen persönlicher Daten durch KI-Algorithmen birgt die Gefahr von Missbrauch und Verletzungen der Privatsphäre. Wenn diese Informationen in falsche Hände geraten und für manipulative Zwecke genutzt werden, kann dies erhebliche gesellschaftliche Konsequenzen haben. Es besteht auch die Gefahr von Arbeitsplatzverlusten durch Automatisierung und den Einsatz von Robotern. Während KI viele Möglichkeiten zur Effizienzsteigerung bietet, könnte das auch zu strukturellen Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt führen, was wiederum soziale Ungleichheiten verstärken könnte. Problematisch ist weiterhin der immense Energieverbrauch von KI-Systemen, insbesondere von großen Rechenzentren. Dieser Energiehunger stellt auch eine Belastung für unsere Ressourcen dar. Um den Energieverbrauch von KI greifbar zu machen: Das Training eines Spracherkennungsmodells für nur eine Stunde kann so viel Energie verbrauchen wie ein durchschnittliches Auto auf einer 240 Kilometer langen Fahrt.

Es ist daher von höchster Bedeutung, die Entwicklung und Nutzung mit einem bewussten und vorsichtigen Ansatz zu steuern. Hier muss die Europäische Union gemeinsame Forschungseinrichtungen etablieren und fördern. Aber auch KI-Start-Ups, die ethisch-ökologische Zielstellungen erfüllen, sind durch öffentliche Gelder zu fördern, sodass sich in Europa entsprechend Wissen und Anwendung entwickelt. Um die Potenziale verantwortungsbewusst zu nutzen und die Risiken zu minimieren, schlagen wir folgende Maßnahmen und Reglementierungen vor:

- finanzielle Unterstützung von Forschung und Entwicklung im Bereich energieeffizienter KI-Technologien, um den Energieverbrauch zu minimieren
- Standards für den Einsatz von KI-Systemen zur Wahrung ethischer Grundsätze
- enge Zusammenarbeit mit anderen Ländern und internationalen Organisationen, um globale Standards für KI-Forschung und -Anwendung zu entwickeln
- Investitionen in Bildung und Qualifizierung, um sicherzustellen, dass die Gesellschaft die Möglichkeiten und Herausforderungen von KI versteht und bewältigen kann
- klare Haftungsregelungen, um die Verantwortlichkeit bei möglichen Schäden durch KI-Anwendungen zu klären und den Schutz der Verbraucherinnen zu gewährleisten

Digitalisierung - Chancen nutzen, Herausforderungen meistern!

Die Digitalisierung der Gesellschaft nimmt immer weiter zu und stellt alle vor ganz neue Herausforderungen. Es ist daher dringend in Forschung und Entwicklung zu investieren, um auch potenzielle Risiken absehbar zu machen und um frühzeitig gegenzusteuern.

Europaweit sind die digitalen Prozesse in Wirtschaft und Verwaltung stärker auszuschöpfen. Dies dient sowohl der Effizienz als auch ökologischen Zielen. Allerdings werden die Anforderungen an Datenschutz und Datensicherheit immer größer, da Cyberkriminelle ihren technischen Vorsprung ausnutzen und ganze Verwaltungen und Betriebe lahmlegen können. Hier braucht es europäische Kraftanstrengungen und eine forcierte Zusammenarbeit, um Schritt halten zu können.

Arbeitnehmerinnen müssen ein Recht auf Home-Office erhalten. Zugleich müssen persönliche Begegnungen weiterhin möglich bleiben, insbesondere in Bereichen wie der Pflege, in denen der menschliche Kontakt nicht

vernachlässigt werden darf. Aber auch im Bildungs- und Erziehungsbereich gibt es negative Auswirkungen. Der Schulalltag darf nicht durch Digitalisierung derart verändert werden, dass die Schülerinnen unter Konzentrationsstörungen, Sucht, Mobbing und Vereinsamung leiden. Vielmehr muss die Schule auch frühzeitig und umfassend über Risiken und Gefahren im Internet aufklären.

Um die Digitalisierung auszubauen und alle damit zusammenhängenden Herausforderungen in der Bildung, in der inneren Sicherheit, in der Arbeit (Industrie 4.0), bei den Auswirkungen der KI, bei den Bürgerinnenrechten (E-Government, Transparenz, Sicherheit) zu koordinieren, ist die Schaffung einer selbstständigen EU-Kommissarin für Digitalisierung sinnvoll.

Zur digitalen Sicherheit gehört, dass Gesetzesverstöße im Netz wirksam verhindert und geahndet werden und hierfür die internationale Zusammenarbeit ausgeweitet wird. Vorwiegend stellen Hate Speech, Fake News und Deepfakes (Hasssprache, Falschmeldungen und gefälschte Ton-/Bildaufnahmen) große Gefahren für unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt dar, weshalb hier Unternehmen schneller Löschungen durchführen müssen und es internationaler gesetzlicher Vorgaben bedarf.

Digitale Währungen bringen weitere Herausforderungen mit sich. Sie sind oft mit Kriminalität und Umweltzerstörung verknüpft. Hier sind innovative Lösungen auf europäischer Ebene zu fördern, die ethischen Ansprüchen genügen, öffentlicher Mitbestimmung unterliegen und zugleich möglichst viele Vorteile von digitalen Techniken nutzen.

Recht auf Natur – Naturerfahrung als Grundrecht für alle!

Der Mensch hat ein Grundbedürfnis nach Natur; sie tut ihm gut. Der positive Einfluss von Natur auf die Psyche ist wissenschaftlich belegt. Trotzdem werden Naturerlebnisse in den Ländern der EU immer schwieriger. Die Nutzung von Feld, Wald und Gewässern und ihre Beeinträchtigungen

durch Verkehr und Landwirtschaft machen das Erleben von Wildnis und Wildtieren praktisch unmöglich.

Mit Natur muss nicht immer Urwald gemeint sein. Auch forstwirtschaftlich genutzte Flächen können bei naturnaher Bewirtschaftung Naturerlebnisse ermöglichen. Und selbst innerstädtisch sind sich selbst überlassene, nicht ökonomisch genutzte Flächen sinnvoll. Gerade Kinder brauchen solche freien Flächen. Gleichwohl sind ungenutzte stadtnahe oder städtische Flächen als Erfahrungsort für Kinder in den letzten Jahrzehnten um 75 % geschrumpft. Wir fordern ein Grundrecht auf Natur für alle Menschen, das bei politischen Entscheidungen geachtet und geschützt werden muss.

UMWELT

Rechte der Natur etablieren

Die Natur ist Lebensraum und Lebensgrundlage aller Lebewesen. Ohne Natur gibt es keine saubere Luft, kein Wasser und keine Nahrung. Keine der bestehenden Naturschutzbestimmungen scheint jedoch die Natur für heutige und zukünftige Generationen ausreichend zu schützen. Weltweit nimmt zwar die Zahl der Vorschriften und Gesetze zum Schutz der Natur und der Tiere zu. Da diese allerdings oft zu schwach sind oder nicht eingehalten werden, verschlechtern sich Natur und Lebensbedingungen für Tiere, ärmere Menschen und Ökosysteme weiterhin rapide. Weltweit sind eine Million Pflanzen- und Tierarten vom Aussterben bedroht. Auch für den Klimaschutz besonders wichtige (Ur-)Wälder werden weiterhin vernichtet und Böden sowie Gewässer mit Chemikalien aus Abwässern dauerhaft vergiftet.

Die PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ möchte dem unzureichenden Naturschutz ein Ende setzen, indem sie der Natur grundlegende Rechte als Rechtssubjekt einräumt. Hiermit soll die Natur vor schädlichen menschlichen Aktivitäten wie der Umweltverschmutzung, dem Raubbau an natürlichen Ressourcen und der Zerstörung von Ökosystemen geschützt werden. Durch die Anerkennung der Rechte der Natur als Rechtssubjekt wird die Möglichkeit geschaffen, dass Menschen und Organisationen zukünftig im Namen der Natur auftreten und ihre Interessen vor Gericht vertreten können. Dies stärkt die Position der Natur und ermöglicht eine wirksamere Vertretung ihrer Belange. Des Weiteren erhoffen wir uns, dass die Anerkennung der Rechte der Natur als Rechtssubjekt zu einer Bewusstseinsbildung beiträgt und einen Wertewandel in Bezug auf die Beziehung zwischen Mensch, Tier, Natur und unseren empfindlichen Ökosystemen als Lebensraum und Lebensgrundlage aller Lebewesen fördert.

Unsere Forderungen:

- ein europaweit einheitliches Naturschutzgesetz
- der Natur grundlegende Rechte als Rechtssubjekt einräumen

- eine Naturkonsultation für die Rechte der Natur als Dialog zwischen Rechtswissenschaftlerinnen, Wissenschaftlerinnen, Naturverbänden und Bürgerinnen etablieren
- strengere Auflagen und Kontrollen für Unternehmen
- die Förderung einer konsequenten Verfolgung von Umweltstraftaten mit einem europaweit einheitlichen und hohen Strafmaß
- die Förderung von Sensibilisierung und Aufklärungsarbeit zum Thema Umweltschutz

Klimaschutz jetzt!

Klimaschutz ist eines der drängendsten Themen unserer Zeit und steht im Mittelpunkt unseres Wahlprogramms für die EU-Wahlen. Als PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ verstehen wir Klimaschutz als eine Aufgabe, die entschiedenes und vor allem sofortiges Handeln erfordert. Unser Ziel ist es, den Übergang zu einer nachhaltigen, kohlenstoffarmen Gesellschaft zu beschleunigen und gleichzeitig die natürlichen Lebensgrundlagen zu bewahren.

Aktuelle Herausforderungen im Bereich des Klimaschutzes sind vielfältig und global. Der stetige Anstieg der Treibhausgasemissionen, die fortschreitende Erderwärmung und die damit einhergehenden extremen Wetterereignisse zeigen, dass wir am Scheideweg stehen. Wir müssen unsere Wirtschafts-, Verkehrs- und Energiepolitik grundlegend überdenken und neu ausrichten.

Besonders dringliche Handlungsfelder sind die Energieerzeugung, die Mobilität, die Landwirtschaft und die Industrie. Der Ausbau erneuerbarer Energien muss beschleunigt, der Energieverbrauch reduziert und die Energieeffizienz gesteigert werden. Im Bereich der Mobilität setzen wir uns für eine Verkehrswende ein, die den öffentlichen Nahverkehr stärkt und den Individualverkehr reduziert. In der Landwirtschaft muss der Fokus auf nachhaltige und ressourcenschonende Methoden gelegt werden, die zugleich tierrechtlichen Forderungen entsprechen. Die Industrie muss

durch innovative Technologien und strenge Umweltstandards zum Klimaschutz beitragen.

Wir stellen folgende politische Forderungen auf:

- die Beschleunigung der Energiewende: Konsequenter Ausbau erneuerbarer Energien und Schließung der letzten Kohlekraftwerke in der EU
- die Förderung nachhaltiger Mobilität: Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, Förderung von Fahrrad- und Fußverkehr sowie Investitionen in emissionsarme Fahrzeugtechnologien
- die Unterstützung klimafreundlicher Landwirtschaft: Förderung ökologischer Landwirtschaft, nachhaltiger Anbaumethoden und insbesondere tierleidfreier Agrarbetriebe
- Strenge Umweltstandards für die Industrie: die Einführung von CO₂-Abgaben und Förderung von umweltfreundlichen Technologien in der Industrie
- die Erhöhung der Energieeffizienz: Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz in Gebäuden und bei der Produktion
- die Stärkung der Klimaforschung und -bildung: Investitionen in Forschung und Bildungsprogramme, um innovative Lösungen zu entwickeln und das Bewusstsein für Klimaschutz zu stärken
- Unser Engagement für den Klimaschutz ist tief verwurzelt mit dem Wunsch, eine lebenswerte Zukunft für alle Lebewesen und kommende Generationen zu sichern. Wir sind überzeugt, dass durch vereinte Anstrengungen auf europäischer Ebene signifikante Fortschritte im globalen Kampf gegen den menschengemachten Klimawandel erzielt werden können.

Risiken reduzieren, Schäden vermeiden, Leben schützen: Klimafolgenanpassung ist notwendig

Die Klimakatastrophe kündigt sich derzeit durch steigende Temperaturen und häufigere Extremwetterereignisse an. Wir müssen alles

tun, um sofort den Ausstoß von Treibhausgasen hin zur Klimaneutralität zu minimieren. Zugleich sind Maßnahmen zu ergreifen, um die Folgen der Klimaänderungen abzumildern. So kann konkret Leben geschützt werden.

Neben intensiven Aufklärungskampagnen zur Klimapolitik sind auch Informationen notwendig, wie man den gesundheitlichen Gefahren durch Extremwetter entgegensteuern kann. Insbesondere gefährdete Personengruppen müssen vor Hitze, Starkregen, Hochwasser und Trockenheit so geschützt werden, dass sie im Alltag Maßnahmen ergreifen können. Zudem muss Pflege- und Erziehungspersonal geschult werden, um beispielsweise bei Hitzewellen stets ausreichend Flüssigkeit zu verabreichen.

Das Konzept der Schwammstädte ist europaweit voranzutreiben. Die Versiegelung muss gestoppt und gleichzeitig mithilfe einer konsequenten Entsiegelungspolitik die Kanalisation von Wasser durch natürliches Versickern ersetzt werden. Multifunktionale Retentionsflächen (Flächen für Wasserspeicherung und -ableitung) sind öffentlich zu fördern und in der Raum- und Stadtplanung verpflichtend zu prüfen und, wo immer möglich, einzurichten.

Es sind vermehrt Schatten spendende Bäume, also vornehmlich großkronige Laubbäume, zu pflanzen, Grünflächen in den Städten auszuweiten und Trinkwasserspender aufzustellen. Wichtig sind auch europaweite Vorgaben zur Fassaden- und Dachbegrünung, da diese im Sommer kühlen und im Winter wärmen (und überdies zum Artenschutz beitragen). Bei Bauvorhaben sollten Materialien zum Einsatz kommen, die die geringstmögliche Klimaschädlichkeit aufweisen und zugleich im Sommer hitzeabweisend wirken. So muss insbesondere die Verwendung von Stahlbeton massiv reduziert werden. Keller müssen verstärkt gegen Überflutung geschützt werden.

Auf regionaler und lokaler Ebene sind verpflichtend Klimafolgeprognosen zu erstellen, sodass bei der Raum- und Stadtplanung künftige Extremwetterereignisse, der Anstieg des Meeresspiegels und steigende Temperaturen einbezogen werden. Es muss stets berücksichtigt werden,

dass Neubauten nicht dort genehmigt werden, wo voraussichtlich in einigen Jahrzehnten ein steigender Meeresspiegel Schäden anrichten wird. Hier müssen europaweite Vorgaben erstellt und durchgesetzt werden.

Gewässer jeglicher Art müssen so geschützt werden, dass Hitzeschäden weniger Auswirkungen haben. Algenblüte und Fischsterben sind bereits gravierende Probleme, die weit stärker als bislang bekämpft werden müssen. Zusätzlich muss es gelingen, dass der Anstieg der globalen Temperaturen nicht weitere Gefahren mit sich bringt. Das bedeutet konkret, dass ständige Untersuchungen der Gewässer vorgenommen, die Einleitungen von gefährlichen Stoffen strafrechtlich streng verfolgt werden und beispielsweise landwirtschaftliche Flächen größeren Abstand zu Gewässern aufweisen müssen.

Agrarwende für Klima, Tiere und Menschen geht nur mit einer neuen EU-Agrarpolitik - ökologisch-pflanzenbasierte Agrarwende einleiten!

Das Agrarbudget ist das größte Budget der Europäischen Union, höher als die Budgets für Wirtschaft, Soziales oder Bildung. Jedes Jahr werden über 60 Milliarden Euro dafür ausgegeben, die Landwirtschaft zu unterstützen. Dies hat seine Ursache in der Historie der Europäischen Union, die sich vor allem als die Wirtschaft stabilisierende Institution gründete. Insbesondere die ständig schwankenden Lebensmittelpreise und damit einhergehenden Unsicherheiten für die Landwirtinnen und Verbraucherinnen sollten aufgefangen werden. Was einst als sinnvoll erachtet wurde, hat sich jedoch als Treiber für umweltzerstörende und tierquälerische Praktiken der Agrarindustrie herausgestellt. Denn die Europäische Union wollte auch global wettbewerbsfähig sein und die Lebensmittelpreise reduzieren. Leidtragend waren dabei Umwelt und Tiere - sie wurden und werden ausgebeutet und leiden täglich millionenfach.

Mittlerweile reift die Erkenntnis, dass die Agrarindustrie das Klima schädigt. Studien gehen davon aus, dass sie zu rund 30 % am Ausstoß von

Treibhausgasen beteiligt ist. Es kommt eine Menge zusammen: das Methan der Rinder, die Abholzung der Regenwälder für den Anbau von Tierfutter, das Trockenlegen von Mooren für Ackerflächen, der Transport von Futter, Tieren und Fleisch, die Produktion von Dünger.

Hinzu kommt die Beteiligung am Artensterben. Denn Monokulturen, Überdüngung, Zucht und Pestizide führen zur Dezimierung der Wildtiere und Wildpflanzen und zum Aussterben von ganzen Tier- und Pflanzenarten. Besonders deutlich wird dies auch bei den Wildbienen, deren Bestand abnimmt, während sie von Honigbienen verdrängt werden, die wiederum aufgrund ihrer genetischen Einschränkungen wenig Widerstandskraft gegen Krankheitserreger haben.

Die Agrarindustrie belastet auch unsere Gewässer. Die Ostsee gilt als eines der am stärksten verschmutzten Meere weltweit. Schuld sind neben Weltkriegsmunitionsresten vor allem die verschiedenen Einträge aus der Landwirtschaft – insbesondere Stickstoff, Phosphor und Schwermetalle. Dasselbe gilt für viele Binnengewässer Europas, die teilweise kippen oder stark an Artenvielfalt verloren haben.

Auch ökonomisch sind die EU-Agrarsubventionen eine Fehlsteuerung, denn sie haben in der Vergangenheit dafür gesorgt, dass große Betriebe und Konzerne übermäßig bevorteilt wurden, während immer mehr kleine Höfe aufgaben. Das Problem besteht weiter fort. Rund 80 % der Gelder gehen an nur 20 % der Agrarbetriebe, die dadurch zusätzlich zu ihren großen Gewinnen noch öffentliche Gelder erhalten. Ursache ist die Konstruktion der Agrarsubventionen, die immer noch zum großen Teil an Fläche und Tierzahl gekoppelt sind. Die zusätzlich abrufbaren Gelder für Tier- und Naturschutzmaßnahmen reichen auch nicht aus, um das Leid der Tiere zu mildern oder das Klima zu schützen.

Viele Bio-Landwirtinnen geben wegen des vergleichsweise deutlich stärkeren Kostendrucks auf und bio-vegane Landwirtinnen gibt es noch viel zu wenige. Die Europäische Union muss daher alle Subventionen streichen, die mit Tierleid und Klimaschäden in Verbindung stehen und die

verfügbaren Gelder für Umstiegsprogramme einsetzen. Dies ist das vorrangige Ziel der Agrarpolitik der PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ.

In den Gremien der Europäischen Union setzen sich aber vor allem Agrarlobbyistinnen und mit ihnen verbundene Politikerinnen durch. Ursache dafür ist vor allem, dass die Fraktionen Leute aus dem Agrarsektor in die wichtigen Gremien entsenden, da diese Fachkenntnisse aufweisen können und Vernetzungen besitzen. Leider nutzen sie all dies nicht im Sinne der Tiere, der Umwelt und der künftigen Generationen!

Die EU-Subventionen tragen zudem zur globalen Armut bei, indem Agrarprodukte exportiert werden und im Ausland die nicht-subventionierten lokalen Produkte verdrängen. Gerade in Ländern des globalen Südens zerstört dies die regionale landwirtschaftliche Produktion. Im Kampf um knappe Ressourcen müssen Menschen wegen Gewalt, Armut und Hunger flüchten – zumeist in die Slums der Großstädte. Einigen gelingt die Flucht nach Europa, wo sie wiederum mit Ausbeutung zu kämpfen haben, etwa auf den pestizidbelasteten Plantagen in südeuropäischen Ländern, wo sie keinen Mindestlohn erhalten und teilweise gar unter sklavereiähnlichen Bedingungen arbeiten.

Während weltweit hunderte Millionen Menschen hungern, werden zugleich Agrarflächen für Weiden und Tierfutter genutzt, anstatt den Welthunger direkt zu bekämpfen. Denn jede Kalorie aus Fleisch oder Milch benötigt ein Vielfaches an Kalorien in Form von Tierfutter. Auch die Nährwertbilanz ändert an diesem Missverhältnis wenig, da bei pflanzlicher Ernährung die Vielfalt, besonders in Hinsicht auf verschiedene Proteinquellen, ausschlaggebend ist. Ein Großteil der Weideflächen und des Ackerbaus für Tierfutter wäre völlig problemlos für pflanzlichen Lebensmittelanbau verwendbar. Das von der tierhaltenden Industrie gestreute Argument, Tierhaltung wäre notwendig, um die Flächen überhaupt nutzen zu können, ist falsch.

Die PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ setzt sich aus all diesen Gründen für eine umfassende Reform der EU-Agrarpolitik ein. Öffentliche Gelder aus dem Agrarbudget dürfen nur noch dafür verwendet werden, die

Natur und das Klima zu schützen, die Tieraussbeutung zu beenden, die Artenvielfalt zu retten, soziale Gerechtigkeit herzustellen und den Planeten zukunftsfähig zu machen!

Die PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ fordert eine Politik der Vereinbarkeit von Lebensmittelerzeugung und Klimaschutz, etwa durch den massiven Ausbau von Agri-Photovoltaik, die umfassende Förderung von Paludikultur und den sofortigen Verzicht auf die Methan erzeugende Rinderhaltung.

Europas Energie kommt aus Wind, Wasser und Sonne!

Ziel des European Green Deal ist die Netto-Treibhausgasneutralität der Europäischen Union bis zum Jahr 2050. Als Zwischenziel hat die Europäische Union Klimaziele formuliert, nach denen die Treibhausgasemissionen bis 2030 um mindestens 55 % gegenüber 1990 reduziert werden sollen.

Der Energiesektor, auf den mehr als 75 % der Treibhausgasemissionen in der Europäischen Union entfallen, ist der Bereich, in dem am schnellsten gehandelt werden muss. Dies hat auch das Europäische Parlament erkannt und mit der Novellierung der EU-Richtlinie für Erneuerbare Energien (RED III) das europäische Ausbauziel für grüne Energien bis 2030 von bisher 32 % auf bis zu 45 % angehoben. Dies bedeutet eine Verdoppelung des Anteils dieser Energieform gegenüber dem im Jahr 2021 erreichten Stand von rund 22 %.

Die PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ fordert, den Ausbau weiter zu beschleunigen und bis 2035 auf 100 % des Energiebedarfs aus erneuerbaren Energien zu decken. Eine schnellere Dekarbonisierung hilft nicht nur im Kampf gegen den Klimawandel, sondern die damit verbundene Angebotsausweitung senkt die Energiepreise und entlastet Bürgerinnen und Unternehmen finanziell.

Um diese Ziele zu erreichen, müssen die Genehmigungsverfahren über die RED III hinaus beschleunigt werden. Es ist jedoch nicht akzeptabel, dass in national festgelegten Vorranggebieten Umwelt- und Artenschutzprüfungen nur auf der Planungsebene durchgeführt werden müssen und eine zweite vertiefte Prüfung auf der Projektebene entfällt.

Kritisch sehen wir auch die Nutzung von Holz als erneuerbare Energie, da der Wald ein wichtiger CO₂-Speicher ist. Bäume sind zwar ein nachwachsender Rohstoff, aber der Wachstumszyklus der meisten in Europa heimischen Baumarten beträgt mindestens 60 bis 80 Jahre. Zudem steigt die Gefahr von Kahlschlägen, vor allem in Osteuropa. Kritisch sehen wir auch die Nutzung von Totholz zur Energiegewinnung, da dieses ein wichtiger Bestandteil des Ökosystems ist und daher im Wald verbleiben muss.

Großes Potenzial hingegen sehen wir für den Einsatz von Solarmodulen u. a. in bauwerkintegrierter Photovoltaik (BIPV), Solardachziegeln, Solarglas und solarem Straßenbelag. Bei BIPV sind die Module so konzipiert, dass sie sich nahtlos in die Gebäudearchitektur einfügen und sowohl ästhetisch ansprechend als auch funktional sind. Solardachziegel erfüllen die Funktion herkömmlicher Dachziegel mit integrierten Solarmodulen. Sie bieten die Möglichkeit, Energie zu erzeugen, ohne das optische Erscheinungsbild des Daches zu beeinträchtigen, was insbesondere bei denkmalgeschützten Gebäuden von Interesse ist. Ähnliches gilt für Solarglas, das als transparente oder halbtransparente Verglasung von Gebäuden eingesetzt werden kann. Bei solarem Straßenbelag werden Solarmodule in den Straßenbelag integriert, was vornehmlich für wenig beanspruchte Flächen wie PKW-Parkplätze oder Rad- und Gehwege genutzt werden kann. Die Forschungsmittel in diesen Bereichen müssen daher massiv aufgestockt werden.

Darüber hinaus muss dem Ausbau nationaler Stromnetze und Interkonnectoren (grenzüberschreitende Leitungen) Priorität eingeräumt werden, um die Energie vom Ort der Erzeugung zu den Verbrauchern zu transportieren. In diesem Zusammenhang spielt auch grüner Wasserstoff

eine wichtige Rolle. Neben seiner Verwendung als alternativer Kraftstoff und Rohstoff für die Industrie bietet er die Möglichkeit, Energie einfach zu speichern und zu transportieren.

Echtes nachhaltiges Wirtschaften statt Greenwashing!

Die Europäische Union hat im Zuge des laufenden Green Deals auch dem Greenwashing den Kampf angesagt. Darunter versteht man die Praxis von Unternehmen, sich durch bestimmte Handlungen oder Produkte als nachhaltiger und umweltbewusster darzustellen als sie sind.

Vor Kurzem legte die EU-Kommission einige Vorschläge vor, die in Zukunft zur europaweiten Norm werden sollen. Dazu gehören vielversprechende Regelungen, die die Verbraucherinnen befähigen würden, umweltfreundliche Entscheidungen treffen zu können. Problematisch ist allerdings, dass die angedachten Zertifizierungspflichten als "grün" oder "öko" beworbener Produkte gerade für kleine und mittlere Unternehmen einen hohen Kostenaufwand darstellen. Wenn Unternehmen vor zu hohe Hürden (Kosten und Verwaltungsaufwand) gestellt werden, um ein ökologisches und umweltfreundliches Produkt auch als solches anbieten zu dürfen, werden viele Unternehmen bei konventionellen, nicht umweltfreundlichen Produkten bleiben. Die gut gemeinte Regelung darf aber nicht zu einem Wettbewerbsnachteil für Unternehmen mit umweltfreundlichen Produkten und Dienstleistungen führen.

Der Kampf gegen Greenwashing ist wichtig, weil er dem Klima- und Verbraucherschutz zugleich dient. Für die Unternehmen muss Klimaschutz aber pragmatisch und einfach anzugehen sein und sich finanziell lohnen. Gerade kleinen und mittleren Unternehmen ist daher bei der Arbeit an einer besseren Umweltbilanz unter die Arme zu greifen. Öko-Label (analog zu den Vegan- und Vegetarisch-Labels im Lebensmittelbereich) können ein gutes und kostengünstiges Mittel gegen Greenwashing darstellen.

Wir befürworten den Vorstoß der EU-Kommission im Grundsatz, sind uns aber darüber im Klaren, dass es mehr Flexibilität und Modellierung benötigt. Der Kampf gegen Greenwashing muss unbedingt gefördert werden, da die Verbraucherinnen erkennen müssen, wo sie ihr Geld angesichts der Klimakrise wirklich in ökologisch sinnvoller Weise ausgeben können und wo ihnen dies nur vorgegaukelt wird. Entscheidend ist dabei, auf welche Weise dem Greenwashing entgegengetreten wird; die Zertifizierungskosten können gerade kleinere Unternehmen veranlassen, weniger in ökologische Produkte und Dienstleistungen zu investieren. Statt eine weitere Hürde für Unternehmen zu sein, muss Klimaschutz aber pragmatisch und einfach anzugehen sein und sich finanziell lohnen. Es gilt, weitere Subventionsprogramme zu fahren, um den Unternehmen bei der Arbeit an einer besseren Umweltbilanz unter die Arme zu greifen.

Plastikzeitalter und Vermüllung beenden!

Das Müllproblem ist eines der bedeutendsten Umweltprobleme unserer Zeit. In der Europäischen Union werden jedes Jahr 2,2 Milliarden Tonnen Abfall erzeugt. Plastikmüll steht aufgrund der Unmöglichkeit einer umweltverträglichen Beseitigung besonders im Fokus. 60 Millionen Tonnen Kunststoffe produzieren die Länder der Europäischen Union jährlich – eine schier unvorstellbare Menge.

Der größte Anteil – etwa 36 % – wird für Verpackungen eingesetzt. Das meiste davon ist Einweg. Nur rund 40 Prozent der Plastikabfälle werden werkstofflich, vor allem aber rohstofflich wiederverwertet. Und in diesen 40 % sind bereits die hochproblematischen Exporte in Nicht-EU-Länder eingerechnet, nämlich mehr als 1,1 Millionen Tonnen jährlich, die größtenteils in die Türkei, nach Malaysia, Indonesien und Vietnam verbracht werden. Tagtäglich verlassen über drei Millionen Kilogramm Plastikabfall die Europäische Union.

Der mit Abstand größte Teil der Plastikabfälle wird energetisch verwertet, was unter ökologischen Gesichtspunkten alles andere als sinnvoll ist. So

werden bei der Verbrennung von einer Tonne Kunststoff – neben anderen, zum Teil hochgiftigen Abgasen – 2,7 Tonnen CO₂ emittiert. Zudem bleiben pro Tonne etwa 300 Kilogramm Stäube und Schlacken übrig, die deponiert werden müssen. Ein im Verhältnis kleinerer, aber dennoch beträchtlicher Teil des Plastiks landet noch immer auf Deponien.

Das Schlimmste aber ist: Viel Plastik verbleibt einfach in der Umwelt. Es erstickt unsere Flüsse und Ozeane, ist für millionenfaches Tierleid verantwortlich, kontaminiert unsere Luft, unser Wasser, unser Erdreich und unsere Lebensmittel. Mit der viel zitierten Kreislaufwirtschaft hat das Plastikmanagement der Europäischen Union bisher wenig zu tun. Wir sind der Ansicht: Das Vermeiden von Abfällen ist die beste Strategie; daher wollen wir unnötige Verpackungen verbieten und das Verpackungsvolumen etwa bei Lebensmitteln auf das unbedingt Erforderliche beschränken.

Das Recyceln ist – mit großem Abstand zur Müllvermeidung – der zweitbeste Weg. Insbesondere das werkstoffliche Recyceln wollen wir fördern, indem wir Anreize für Hersteller schaffen, Kunststoffprodukte so zu designen, dass sie einfach zu recyceln sind. Diese Produkte müssen gegenüber nicht oder schwer recyclebaren Kunststoffen begünstigt werden. Hersteller hingegen, die auf Einweg setzen und schwarze oder besonders belastete Kunststoffe produzieren, werden zur Kasse gebeten.

Feste Quoten für recyclebare Kunststoffe (Rezyklat) sollen formuliert werden, deren Einhaltung streng zu überwachen ist. Um eine gute Qualität des Rezyklats zu garantieren, sind Pfandsysteme einzuführen, die ein sortenreines Sammeln der Kunststoffabfälle ermöglichen. Ein kontinuierlicher Anstieg dieser Quoten ist dabei anzustreben. Den Konsumenten möchten wir die Möglichkeit geben, sich anhand der Produktaufschrift zum Rezyklatanteil und zur Recyclingfähigkeit von Produkten zu informieren.

Plastik-Alternativen aus Stroh, Stärke, Zellulose oder Pilzmyzel sind grundsätzlich zu bevorzugen. Biologisch abbaubare Kunststoffe sollen aber nur dann gefördert werden, wenn sie auch tatsächlich kompostiert oder aber recycelt werden.

Mikroplastik in Kosmetika, in Zahnpasta, in Schwämmen und Wischlappen, in Fleece-Decken und Kleidung, in Kaugummis und in Waschmittel muss ebenso verboten werden wie Plastikfasern in Zigarettenfiltern. Da Plastik ein weltumspannendes Problem ist, soll die Europäische Union das in ihrer Macht Stehende tun, um auf ein globales Plastikmüllabkommen hinzuwirken. Dabei sind weltweite Verbote für bestimmte, besonders schädliche Kunststoffprodukte eine erste, unumgängliche Maßnahme. Plastikmüllexporte ins EU-Ausland sollen untersagt werden.

Ein ganz anders geartetes Problem als bei Plastik besteht bei Aluminium: Der Bauxitabbau ebenso wie die Aluminiumproduktion erfolgen häufig unter sehr schlechten sozialen Bedingungen und völlig unzureichenden Umweltstandards. Große Flächen an Regenwald fallen der Aluminiumgewinnung zum Opfer. Die Bevölkerung leidet z. B. unter der Beeinträchtigung des Grundwassers und der Luft. Da die Herstellung von Aluminiumverpackungen zudem einen besonders hohen Energieaufwand beansprucht und mit einem Anteil von drei Prozent an den direkten CO₂-Emissionen aus der Industrie zum Klimawandel enorm beiträgt, muss sichergestellt werden, dass das Recyclingsystem funktioniert. Darüber hinaus ist es unser Ziel, den Aluminiumverbrauch signifikant zu senken.

Die Entsorgung von Textilien ist ein Problem, für das es bisher nur unzureichende Lösungen gibt. Wenn Secondhand nicht mehr infrage kommt, bleibt nur Downcycling übrig. Doch selbst das wird oft durch unzureichende Kennzeichnung erschwert. Eine verbindliche Etikettierung oder Chippung, die eine Wiederverwertung erleichtern, muss verpflichtend werden. Die Verbringung von Altkleidern in andere Länder, insbesondere nach Afrika, darf nur dann erfolgen, wenn sie dort auch tatsächlich gebraucht und nicht bloß deponiert werden.

Auch im Textilbereich ist Vermeidung der Königsweg, denn die Herstellung von Kleidern frisst enorme Ressourcen und hat meist eine verheerende CO₂-Bilanz. „Billig hergestellt, kaum getragen, schwer recyclebar“ darf es nicht mehr geben. Entsprechend dem Verursacherprinzip

müssen die Textilhersteller hier viel stärker in die Pflicht genommen werden.

Ein weiteres Ziel muss die Verringerung der Lebensmittelverschwendung sein. Hier ist es wichtig, die komplette Kette vom Primärproduzenten bis zum Endverbraucher zu betrachten und das Optimierungspotential auszuschöpfen. Normierungen, die nicht der Lebensmittelsicherheit, dem Tierwohl und der ökologischen und sozialen Nachhaltigkeit, sondern ausschließlich der Ästhetik dienen, sind zu beseitigen.

Ein wesentlicher Aspekt im Zusammenhang von Abfallmanagement ist die Stärkung der Reparatur: Die Reparaturfreundlichkeit aller Produkte muss mithilfe gesetzlicher Bestimmungen erhöht werden. Dazu ist der Zugang zu Ersatzteilen über die gesamte Nutzungsdauer hinweg zu gewährleisten.

Ohne Frage: Die EU-Institutionen sehen sich im Abfallmanagement mit starken Lobbyinteressen konfrontiert, die gegen Vermeidungsziele, Mehrwegquoten, Verbote von Einwegverpackungen, Ersatzteilbereitstellung usw. Sturm laufen. Hier ist Standfestigkeit nötig, die wir besitzen und die wir auch von anderen einfordern.

Für ein europaweites Verbot von elektronischen Einweg-Zigaretten

Laut Zahlen der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) werden geschätzte fünf Millionen Einweg-E-Zigaretten, sogenannte Vapes, pro Monat allein in Deutschland geraucht, und das bei einem stetig steigenden Trend. Die Formen, die oft bunte Farben und Geschmacksrichtungen von „Strawberry Cheesecake“ bis zu „Zuckerwatte“, zielen im Marketing dabei vor allem auf junge Konsumentinnen. Ärztekammern appellieren immer häufiger für ein Verbot, da beim Erhitzen der Liquids Aerosole entstehen, die das Herz-Kreislauf-System schädigen und Atemwegserkrankungen oder Allergien auslösen können.

Die mit Aluminium und einer Lithium-Ionen-Batterie ausgestatteten Geräte können je nach Modell für rund 500 bis 600 Züge verwendet werden. Danach werden sie häufig nicht fachgerecht entsorgt und landen im herkömmlichen Hausmüll oder auch in der Natur, was zum Einen einen enormen Schaden für die Umwelt und zum Anderen eine Verschwendung von Ressourcen bedeutet. Einer Studie zufolge werden allein in Großbritannien jede Sekunde zwei Einweg-Vapes weggeworfen. Das darin enthaltene Lithium würde übers Jahr ausreichen, um etwa 1.200 Batterien für Elektroautos herzustellen.

Infolge eines Kompromisses zwischen Europäischem Parlament, Kommission und Rat im Trilogverfahren zur Batterieverordnung sollten Einweg-E-Zigaretten bis Ende 2026 vom Markt in der Europäischen Union verschwinden. Hier hat die Branche bereits erste Überlegungen verkündet, die Bedingungen der Batterieverordnung erfüllen zu wollen, indem sie ein Rücknahmesystem für die Einweg-E-Zigaretten aufbauen wollen. Wir treten an dieser Stelle für ein grundlegendes Verbot sowie kurzfristig umzusetzende Abgabebeschränkungen und höhere Besteuerung von Einweg-E-Zigaretten ein. Die geplanten Rückgabemöglichkeiten an Verkaufsstellen sehen wir hingegen nur als ein Feigenblatt der Industrie an, um diese lukrative Einnahmequelle nicht versiegen zu lassen.

Für Entsiegelungs- und Renaturierungsprogramme!

Die nutzbare Fläche Europas ist sehr begrenzt. Es ist wichtig, dass dieses kostbare Gut bestmöglich genutzt werden kann und so wenig Fläche wie möglich versiegelt und verbraucht wird. Dafür muss die bisherige Arbeit in diesem Bereich intensiviert und das Bewusstsein für eine umweltfreundliche Nutzung von Flächen gestärkt werden.

Eine steigende Versiegelung sorgt für eine Reduktion der Wasseraufnahmefähigkeit des Bodens sowie für eine Verschlechterung des Klimas. Immer häufigere Folgeereignisse des Klimawandels, etwa Stark- oder Dauerregen, treffen dadurch auf Gebiete, die immer weniger resistent

gegen solche Katastrophen sind. Außerdem sinkt mit steigendem Flächenverbrauch der Lebensraum wild lebender Tiere, wodurch die Zahl der gefährdeten Tierarten weiter zunimmt.

Damit wir Europa auch weiterhin lebenswert halten können, bedarf es strengerer Richtlinien im Baubereich, sodass Ausgleichsmaßnahmen in mindestens gleicher Wertigkeit gesetzlich verankert und auch dementsprechend kontrolliert werden. Dazu muss eine Höchstgrenze von Versiegelung für angemessene Bereiche verbindlich festgelegt werden, damit einem rücksichtslosen Flächenverbrauch effektiv entgegengewirkt werden kann. Die EU-Biodiversitätsstrategie muss um eine europäische Nachhaltigkeitsstrategie ergänzt werden. Darin sollte eine europäische Siedlungs-, Entsiegelungs- und Renaturierungsstrategie inkludiert sein, die eine nachhaltige Siedlungsentwicklung gewährleistet.

Ziel muss es sein, bestehende Siedlungs- und Verkehrsflächen besser zu nutzen, sodass der Bedarf weiterer Flächen reduziert werden kann. Gerade im Hinblick auf die Ernährung der EU-Bevölkerung muss darauf geachtet werden, dass wertvolle Ackerflächen erhalten bleiben und gleichzeitig ökologisch bewirtschaftet werden. Das Flächenverbrauchsziel der Europäischen Union muss außerdem dahingehend weiterentwickelt werden, dass keine weitere Versiegelung neuer Flächen stattfindet und gleichzeitig bereits vorhandene und versiegelte Flächen optimal genutzt werden. Dadurch kann die Umwelt geschont werden, ohne dass daraus Platzmangel für wertvollen Wohnraum resultiert. In vielen europäischen Städten werden zudem Baulücken-Kataster eingesetzt; dieses Werkzeug sollte ergänzend europaweit verpflichtend sein.

Moore schützen, Flächen wiedervernässen und Paludikultur massiv fördern

Etwa die Hälfte der europäischen Moore wurde bereits entwässert, in Deutschland gar 92 %. Dabei wurden enorme Mengen an klimaschädlichen Treibhausgasen freigesetzt: Ein Hektar entwässerten Moores entspricht der

Klimaschädlichkeit von 4,5 Erdumrundungen eines Verbrenner-PKW. Weltweit werden jeden einzelnen Tag mehr als 1.300 Hektar trockengelegt. Und der europäische Anteil der globalen Treibhausgasfreisetzungen durch Moorentwässerung ist beträchtlich.

Als wäre dies nicht bereits gravierend genug, kommt zu der Gewinnung von Torf die Flächennutzung nach der Entwässerung hinzu: Zumeist ist es die klimaschädliche Agrarindustrie mit ihrer Milch- und Fleischproduktion, die dann nochmal riesige Mengen an CO₂ und Methan ausstößt!

Neben Deutschland sind Finnland und Polen die Länder mit den meisten Emissionen aus der Entwässerung von Mooren innerhalb der Europäischen Union. Obwohl Moore derzeit nur 3 % der globalen Landfläche ausmachen, binden sie fast doppelt so viel CO₂ wie sämtliche Wälder der Erde! Die Relevanz der Moore ist also erheblich und wir können es positiv formulieren: Durch Wiedervernässung haben wir einen mächtigen Hebel an der Hand, um unsere Klimabilanz zu verbessern und die Klimakatastrophe aufzuhalten! Denn Wiedervernässung bindet auch wieder klimaschädliches CO₂. Ganz grundsätzlich können Moore zudem zur Artenvielfalt bei seltenen Pflanzen und Tieren beitragen.

Die Klimafolgekosten durch das Trockenlegen der Moore werden allein in Deutschland auf 7,2 Milliarden Euro jährlich geschätzt. Das entspricht der fast der Nettowertschöpfung der gesamten deutschen Landwirtschaft! Daher muss auch aus ökonomischer Sicht endlich eine vernünftige Moorpolitik gemacht werden. Jedes verlorene Jahr trägt massiv zur Klimakatastrophe bei und wird die Klimafolgekosten in unbezahlbare Höhen treiben. Zudem können Moore zur Kühlung von angrenzenden Wohngebieten beitragen, was in heißer werdenden Sommern Energiekosten spart.

Insbesondere in Südostasien werden Moore durch Moorbrände trockengelegt, was besonders klimaschädlich ist. Danach werden zumeist Plantagen für die Papier- und Ölgewinnung angelegt. Wir fordern den Stopp jeglicher Trockenlegung von Mooren sowie ein Ende des Torfabbaus und Handels mit Torfprodukten. Wir brauchen internationale Verträge zum

weltweiten Stopp der Entwässerung sowie gezielte Wiedervernässungsprogramme. Moorbrände und Produkte aus Moorbrand-Nachnutzungen müssen geächtet und bekämpft werden, ebenso wie das Brandrodren von Regenwäldern und den Produkten aus den Brandrodungen.

Die Europäische Union muss Wiedervernässung noch stärker finanziell fördern und Paludikultur (wirtschaftliche Nutzung von Mooren und vernässten Flächen) als besonders klimafreundliche Form der Landwirtschaft wirtschaftlich noch attraktiver machen. Wir fordern daher eine Umschichtung des Agrarbudgets hin zu Ökolandbau, pflanzenbasierter Lebensmittelproduktion und Paludikultur. Hier sind EU-Subventionen richtig angelegt, im Gegensatz zu tier- und umweltschädlicher Massentierhaltung, deren Förderung durch die Europäische Union wir im Gegenzug komplett streichen wollen.

Gefördert werden muss zudem die Etablierung von Wertschöpfungsketten aus Paludikultur: Baustoffe, Brennstoffe, Einstreu, Biogas, Fieberklee und Sonnentau als Arzneimittel, Torfersatz. Auch Lebensmittel können auf wiedervernässten Moorböden angebaut werden, etwa Moosbeeren, aber auch Kartoffeln, Mais und Gemüse.

Eine besonders innovative Idee ist die Kombination aus Wiedervernässung und Erzeugung von Strom aus Photovoltaik. Die Überdachung von nassen Flächen dient dann nicht nur der Energiegewinnung, sondern schützt den Boden wiederum vor Austrocknung. Es braucht großzügige Fördermittel für den Umstieg von Landwirtinnen, die ihre Tierhaltung aufgeben möchten und mittels Paludikultur oder anderen innovativen Ansätzen Wiedervernässung voranbringen wollen. Und wir brauchen ebenso die Ausweitung von Schutzgebieten, wo die Natur frei von Nutzung und Zerstörung ihren gesunden Zustand wahren kann.

Meere schützen – eine zentrale europäische Herausforderung

Das Ökosystem Meer ist die Grundlage des Lebens auf unserem Planeten. Es bietet nicht nur Heimat und Nahrungsgrundlage für zahlreiche Arten, auch der Mensch ist darin eingebunden und abhängig von einem funktionierenden System, z.B. von den klimatischen Bedingungen, die es beeinflusst. Doch dieses System droht zu kippen.

Es gibt viele verschiedene Faktoren, die dieses Ökosystem in nie dagewesenem Ausmaß bedrohen: die Überfischung der Meere durch die Plünderung der Fischereiindustrie, die zunehmende Vermüllung, z.B. durch Plastikmüll in den Gewässern durch Fischernetze, den Abrieb von Autoreifen oder die fortschreitende Erwärmung. Auch wenn bereits sinnvolle Maßnahmen wie das Sammeln von Plastikmüll in den Meeren eingesetzt werden, so ist es doch sinnvoller, dafür zu sorgen, dass er erst gar nicht dorthin gelangt. Zudem gibt es immer wieder neue Bedrohungen. Solch eine neue Bedrohung stellt das Ausbaggern des Meeresbodens, vornehmlich in Nord- und Ostsee zur Kies- und Sandgewinnung für die Herstellung von Beton, dar. Das Abtragen von Kies und Sand zerstört den natürlichen Lebensraum vieler Meeresorganismen, etwa des in Nord- und Ostsee beheimateten Schweinswals, aber auch vieler anderer Arten von Fischen, Muscheln und Krebstieren. Diese Form der Meeresausbeutung beeinträchtigt die gesamte Meeresbodenstruktur, die dortigen Lebensgemeinschaften und die ökologische Vielfalt. Auch spielen Kies und Sand eine wichtige Rolle bei der Bildung und Stabilisierung von Küsten und Stränden.

Eine weitere neue Bedrohung ergibt sich aus dem geplanten Manganknollenabbau. Dabei handelt es sich um knollenförmige Gebilde auf dem Meeresboden der Tiefsee, die wertvolle Metalle und seltene Erden enthalten. Der Abbau der Knollen führt zu einer direkten Zerstörung des Lebensraums zahlreicher Meereslebewesen. Die Regeneration dieses durch Licht- und Nährstoffmangel verlangsamten Lebensraums kann Jahrhunderte dauern. Aufgewirbelte Sedimente beeinträchtigen die

Kiemenfunktion bei Fischen, der mit dem Abbau verbundene Lärm und die Vibrationen stören empfindliche Meerestiere. Manganknollen spielen eine Rolle bei der Speicherung von Nährstoffen im Meeresboden. Zudem werden bei der Extraktion der Metalle giftige Chemikalien eingesetzt. Wir fordern, dass die europäischen Staaten (z.B. Norwegen) diese Plünderungspläne in ihren Hoheitsgebieten nicht forcieren.

Immer wieder kommt es zu verheerenden Umweltkatastrophen, weil Öl durch defekte Schiffstanks ins Meer gelangt, Hunderte von Kilometern Küste verseucht und Tausenden Meeres- und Strandlebewesen den Tod bringt. Die mit Öl überzogenen Strände werden unter immensen Kosten gereinigt, Tierschützer versuchen, das von Öl verklebte Gefieder der Seevögel zu reinigen. Auch gelangt immer wieder Paraffin, ein sich langsam abbauendes Erdölprodukt, durch die Schiffsreinigung als Rückstand bei Tankwaschungen ins Meer, was nicht gänzlich verboten ist.

Wir setzen uns in der Europäischen Union dafür ein, dass Meeresschutzzonen, auch weltweit, ausgeweitet werden. Nur so können der unverantwortliche Raubbau und die Zerstörung des Ökosystems Meer verhindert werden.

Ausweitung und Veränderung der Naturschutzgebiete

Die Europäische Union hat sich verpflichtet, bis 2030 mindestens 30 % ihrer Land- und Meeresflächen unter Schutz zu stellen. Obwohl Deutschland nach den Niederlanden, dem Vereinigten Königreich, Österreich und Polen auf Platz fünf der europäischen Länder mit den meisten Naturschutzgebieten steht, hinkt es bei der Qualität und der Fläche der geschützten Gebiete hinterher. Das liegt daran, dass diese unterschiedlichen Schutzgebiete nicht wirklich den Lebensraum der Arten und des Ökosystems schützen. Sie sind viel zu klein, nicht zusammenhängend und durch diese Insellage anfällig für die Beeinflussung durch ihre Umgebung, z.B. durch Entwässerung und das

Einbringen von Nähr- und Giftstoffen. Sie dürfen wirtschaftlich genutzt werden, sogar die Jagd ist dort erlaubt. Deutschland hält somit die Vorgaben der Natura-2000-Gebiete nicht ein, was zwei Vertragsverletzungsverfahren der Europäischen Union zur Folge hatte. Hier sollte stattdessen das vergleichsweise flächenmäßig kleine Luxemburg zum Vorbild genommen werden, das 75,9 % seiner Fläche als Naturschutzgebiet ausweist.

Als besonders sinnvoll für den Naturschutz könnten sich Nationalparks erweisen, die ausgedehnter sind und meistens der natürlichen Entwicklung überlassen bleiben. Diese besonders hervorstechenden Gebiete werden durch entsprechende Maßnahmen vor unerwünschten menschlichen Eingriffen und vor Umweltverschmutzung geschützt. Wenn auch die Definition eines Nationalparks nicht in allen Staaten einheitlich ist, so ist doch die Bedeutung für die Erholung und den „sanften Tourismus“ und das Bestreben, diese ursprünglichen, nicht durch menschlichen Eingriff veränderten Lebensräume für die Nachwelt zu erhalten, allen gemein.

Die PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ unterstützt die vielversprechende Möglichkeit, Naturschutz konsequent umzusetzen, die die Initiative Wildnis des Bundesamtes für Naturschutz anregt. Sie plädiert für reine Wildnisgebiete, die in Nationalparks gelegen sind und „ausreichend große, (weitgehend) unzerschnittene, nutzungsfreie Gebiete sind, die dazu dienen, einen von Menschen unbeeinflussten Ablauf natürlicher Prozesse dauerhaft zu gewährleisten“, also Lebensräume, die sich selbst überlassen werden. Für den Menschen würden diese nur unter strengen Regeln zugänglich sein. Diese Wildnisgebiete könnten ein ernsthaftes Bemühen sein, Naturschutz wirksam umzusetzen. So schafft es Finnland mit seiner „Wild Taiga“, einer von Menschen beinahe unberührten Region, sich diesem Konzept anzunähern. Die Natur dort eignet sich perfekt zum Beobachten und Fotografieren von Tieren in freier Wildbahn. Wir unterstützen diese Bemühungen und setzen uns für die Ausweitung solcher Gebiete in Europa und für echten Naturschutz ein.

Gentechnik kritisch betrachten!

Als Gentechnik werden Methoden bezeichnet, mit denen das Erbgut von Lebewesen gezielt künstlich verändert werden kann. Dazu zählen auch Bakterien, Viren und Pflanzen. Dabei werden Teile der DNA entfernt und durch veränderte DNA-Sequenzen ersetzt.

In vielen Bereichen wird Gentechnik bereits angewendet oder darin geforscht. Einsatzgebiete sind in der Medizin und Pharmazie, bei der Lebensmittelherstellung, in der Abfallwirtschaft, in Kläranlagen, bei Pflanzen und in der Landwirtschaft, in der Fischzucht und/oder bei der Herstellung von Chemikalien zu finden. Neben positiven Beispielen wie der Herstellung von Insulin bei Diabetes, der rechtzeitigen Erkennung von genetisch bedingten Erkrankungen und der Möglichkeit, Gene zu reparieren oder auch der Reinigung von Wasser, bestehen aber auch Risiken und Gefahren.

So ist mit dem größten Bereich die grüne Gentechnik vertreten, die sich mit Verfahren zur gentechnischen Veränderung von Pflanzen und dem Einsatz von Gentechnik in der Landwirtschaft befasst. Dabei sollen zum einen die Resistenz einer Pflanze gegen sogenannte "Schädlinge" erhöht oder eine bessere Widerstandskraft gegen Trockenheit oder Kälte entwickelt werden, um so die Ernteerträge zu steigern. Zum anderen sollen auch deren Produkte so verändert werden, dass sie verträglicher oder gesünder sind, nämlich dadurch, dass bestimmte Inhaltsstoffe entfernt oder hinzugefügt werden.

Befürchtet wird aber, dass sich derart veränderte Pflanzen in der Umwelt ausbreiten könnten, indem sie ihr verändertes Erbgut und damit die veränderten Eigenschaften an ihre unbehandelten Verwandten weitergeben. Ein hohes Ausbreitungspotential könnten Pflanzen haben, deren Pollen sich durch den Wind oder Insekten verbreiten. Welche Folgen dies für das Ökosystem und die Artenvielfalt hat, ist noch nicht abzusehen. Sie verdrängen möglicherweise wilde Arten, von denen aber wiederum andere Lebewesen abhängig sind.

So können gentechnisch veränderte Pflanzen einen insektiziden Wirkstoff gegen ihre Fraßfeinde bilden, schädigen aber möglicherweise auch andere Lebewesen, die damit in Berührung kommen. Wiederum sind durch den Wegfall von sogenannten "Schädlingen" diejenigen Arten benachteiligt, die sich davon ernähren.

Ein besonderes Augenmerk sei auf den Anbau von herbizidresistenten Pflanzen gerichtet. Diese sind gegenüber dem ausgebrachten Unkrautvernichtungsmittel resistent, d. h., es könnte ein Herbizid eingesetzt werden, welches außer dieser Pflanze alle anderen vernichtet. Unkrautbekämpfung steht immer im Widerspruch zur Erhaltung der Artenvielfalt. Für Lebewesen, die sich von bestimmten Pflanzen ernähren, erschöpft sich ihre Lebensgrundlage. Der einseitige Einsatz von Insektiziden oder Herbiziden führt häufig zu Resistenzen. Die PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ fordert daher alternative Methoden (beispielsweise die Fruchtfolge) oder den Einsatz moderner Techniken (etwa die Auslese befallener Pflanzen mittels Drohnenüberwachung) und akzeptiert Gentechnik nur dort, wo sie sinnvoll und notwendig ist. Sie darf nicht aus Bequemlichkeit eingesetzt und zur Gefahr für Leben und Gesundheit auf unserem Planeten werden.

Chemikalien-Grenzwerte

Die Freisetzung giftiger Chemikalien in die Umwelt stellt eine ernsthafte Bedrohung für das ökologische Gleichgewicht und die Ökosysteme dar. Sie können direkte toxische Effekte auf Pflanzen und Tiere haben, was zu Krankheiten, Fehlbildungen und einer verringerten Fortpflanzungsfähigkeit führen kann. Besonders gefährdete Arten können dadurch in ihrer Existenz bedroht sein. Dass sich diese giftigen Chemikalien in der Umwelt und in der Nahrungskette anreichern, ist ein weiteres Problem, da sie dadurch in größeren Mengen aufgenommen werden. Das Ausmaß des Schadens hängt von der Art der Chemikalie, dem Ort und den spezifischen Umweltbedingungen, unter denen sie freigesetzt werden, ab. Sie zerstören

die Biodiversität und somit die Lebensräume von Lebewesen, die von diesen speziellen Ökosystemen abhängig sind.

Wasserökosysteme sind durch ihren schnellen Eintrag (z.B. durch Regen) besonders anfällig für Verschmutzungen mit giftigen Chemikalien. Ihr Vorhandensein in Grundwasser, Bächen, Flüssen, Seen und Meeren kann verheerende Auswirkungen auf die dortigen Lebensräume haben. Fische und andere Wasserlebewesen können akute oder langfristige Gesundheitsschäden erleiden, was das ökologische Gleichgewicht dieser Gewässer gefährdet.

Die Verschmutzung des Bodens durch giftige Chemikalien ist ebenfalls ein gravierendes Problem. Sie beeinträchtigt nicht nur die dort lebenden Organismen, sondern birgt auch das Risiko der Kontamination der Nahrungskette. Pflanzen können Giftstoffe aufnehmen und an die Tiere, die sich von diesen Pflanzen ernähren, und deren Fressfeinde weitergeben.

Auch die Luftqualität leidet unter der Freisetzung giftiger Chemikalien. Sie trägt zu Atemwegserkrankungen bei Mensch und Tier bei und verschlechtert die allgemeine Gesundheit und Lebensqualität.

Um diesen Herausforderungen zu begegnen, müssen von der Europäischen Union geeignete Maßnahmen ergriffen werden, um die Freisetzung giftiger Chemikalien zu minimieren oder zu verhindern. Dazu gehören:

- die Einführung strengerer Vorschriften zur Begrenzung der Auswirkungen giftiger Chemikalien auf die Umwelt
- die Unterstützung von Forschung und Entwicklung in umweltschonenden und weniger schädlichen Technologien
- die Einrichtung eines umfassenden Überwachungssystems zur Kontrolle der Freisetzung giftiger Chemikalien in die Umwelt
- die Förderung des öffentlichen Bewusstseins für die Risiken und Auswirkungen giftiger Chemikalien
- die Zusammenarbeit mit globalen Partnern zur Reduzierung der Freisetzung giftiger Chemikalien weltweit

- die Bereitstellung von Ressourcen und die Unterstützung für Gemeinschaften, die von der Freisetzung giftiger Chemikalien betroffen sind
- die Verpflichtung, bereits kontaminierte Gebiete zu bereinigen und zu regenerieren
- die konsequente Ahndung und ein höheres Strafmaß einschließlich Schadensersatzleistungen bei Verstößen gegen Umweltschutzvorschriften

Glyphosat & Co. - auf biologische Alternativen setzen!

Obwohl der Wirkstoff Glyphosat, der in zahlreichen Unkrautvernichtern enthalten ist, als potenziell krebserregend eingestuft wird, hat die EU-Kommission dieses Pestizid für weitere zehn Jahre zugelassen. Die WHO und zahlreiche Umweltverbände warnen vor den Folgen des Einsatzes dieses hochgiftigen Unkrautvernichtungsmittels, welches eine erhebliche Gefahr für Mensch, Tier und Umwelt darstellt. Gegen den Bayer-Konzern mit seiner Gesellschaft Monsanto als Vertreiber laufen in den USA wegen Krebserkrankungen nach dem Einsatz von Glyphosat mehrere Verfahren. Glyphosat kann zudem nur in Verbindung mit gentechnisch verändertem Saatgut, wie z. B. von Monsanto, zum Einsatz kommen, das wiederum noch nicht absehbare Auswirkungen haben wird. Landwirte, die Glyphosat beziehen, geraten in Abhängigkeit, weil sie gezwungen sind, auch entsprechendes Saatgut zu kaufen.

In Deutschland hat das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR), das dem Ministerium für Landwirtschaft und Ernährung zugeordnet ist, die Aufgabe, die Sicherheit von Pflanzenschutzmitteln und Biozid-Produkten (Pestiziden) zu prüfen. Das sollte natürlich unabhängig geschehen, was aber nicht der Fall ist: vielmehr sind Interessenvertreter der Hersteller Mitglieder dieses Instituts. Deshalb ist die Unabhängigkeit des BfR infrage zu stellen.

Anstatt sich auf fundierte, wissenschaftliche Erkenntnisse zu stützen, kann es nur als schockierend empfunden werden, dass für Toxikologie-Tests noch immer Tierversuche herangezogen werden, anstatt Tests an menschlichen Zellen und intelligente kombinierte Teststrategien anzuwenden. Grausame, schmerzhaft Tierversuche, die durch die REACH-Verordnung für den Schutz der menschlichen Gesundheit und Umwelt sorgen sollen, machen Zulassungen von giftigen, fruchtschädigenden Substanzen möglich, wenn laut BfR „...der Hersteller nachweist, dass es zu seinem Produkt keine ungefährliche Alternative gibt, wenn der sozio-ökonomische Nutzen die Risiken überwiegt...“. So werden Millionen Verbraucher in trügerischer Sicherheit gehalten, die durch Ausnahmegenehmigungen zustande kommt, denen fragwürdige und offenbar auch manipulierte Tierversuche zugrunde liegen.

Die PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ fordert eine EU-weite, unabhängige Kontrollbehörde für die Zulassung von Pestiziden und die Abschaffung der REACH-Verordnung.

TIERE

Berücksichtigung von weitreichenden Folgen – Spezies- und Klima-Mainstreaming aufbauen!

Tierrechte und Klimafragen sind keine Spezialthemen, sondern können in nahezu allen Politikbereichen relevant werden. Wir fordern deshalb ein Spezies- und Klima-Mainstreaming: bei jedem Gesetz müssen dessen Auswirkungen auf Tiere und Klima berücksichtigt werden. Bislang geschieht dies nur in Fällen, wo diese Belange ganz offensichtlich berührt werden - beim Neubau einer Autobahn etwa muss eine Umweltverträglichkeitsprüfung stattfinden. Es gibt aber viele Gesetze, deren Folgen für Tiere und Klima nicht so klar auf der Hand liegen. So können im Baurecht oder im Vergaberecht tierliche Interessen berührt sein (zum Beispiel können Nistmöglichkeiten für Vögel oder Querungshilfen für Eichhörnchen bei öffentlichen Gebäuden eingeplant werden oder eben nicht). Im Arbeits- oder Steuerrecht können Regelungen zum Homeoffice Autofahrten vermindern und auf diese Weise Klimarelevanz erlangen. Und insbesondere im Land- und Forstwirtschaftssektor würde das Bewusstsein für die Tier- und Klimaauswirkungen von Gesetzesregelungen durch das Klima- und Spezies-Mainstreaming deutlich stärker ins Bewusstsein rücken.

Biodiversität retten – das rasanteste Artensterben der Erdgeschichte aufhalten!

Mit über acht Milliarden Menschen macht unsere Spezies immer noch einen vergleichsweise kleinen Teil des komplexen Gefüges des Lebens auf der Erde aus. In einer Welt, die insgesamt von mehreren Milliarden Arten und mehr als einer Trillion Lebewesen bevölkert wird, offenbart sich die unfassbare Vielfalt der Natur. Doch diese Vielfalt ist zunehmend bedroht. Unsere Lebensweise, geprägt von massiven Eingriffen in die Natur, der Zerstörung von Lebensräumen und unserer intensiven Landnutzung, führt dazu, dass das irdische Leben mit alarmierender Geschwindigkeit schwindet. Aktuell sind über eine Million Arten akut bedroht.

Warum sollten wir uns um den Schutz von Arten und die Erhaltung der Biodiversität bemühen? Die Antwort liegt in der engen Verflechtung aller Lebewesen auf unserem Planeten. Das Artensterben wirkt sich nicht nur auf einzelne Spezies aus, sondern hat weitreichende Konsequenzen für die gesamte Nahrungskette und die Ökosysteme. Unsere eigene Existenz hängt von der Intaktheit dieses komplexen Gefüges ab. Ein dramatischer Rückgang von Arten kann Kettenreaktionen auslösen, die das Gleichgewicht ganzer Ökosysteme destabilisieren.

Nicht nur die Nahrungskette, sondern auch entscheidende ökologische Prozesse wie die Bestäubung von Pflanzen durch Insekten und die Produktion von Sauerstoff durch verschiedene Organismen sind von einer intakten Biodiversität abhängig. Diese Dienstleistungen der Natur sind essenziell für unsere Lebensgrundlage. Der Verlust von Arten bedeutet somit nicht nur den Verlust von einzigartigen Lebewesen, sondern auch den Verlust grundlegender ökologischer Funktionen, die unsere Existenz sichern.

Ein weiterer Grund zur Sorge ist die Existenz von Kipppunkten in Ökosystemen. Diese sind kritische Schwellenwerte, deren Überschreiten zu nicht umkehrbaren Veränderungen führen kann. Das Artensterben kann solche Kipppunkte aktivieren, was zu abrupten und katastrophalen Veränderungen in der Natur führen würde.

In Anbetracht dieser Tatsachen wird deutlich, dass der Schutz von Arten und die Erhaltung der Biodiversität nicht nur ethisch geboten sind, sondern auch elementare Notwendigkeiten für die Stabilität und Nachhaltigkeit unseres Planeten darstellen.

Unsere Forderungen:

- die Förderung einer nachhaltigen Landwirtschaft, die sich auf pflanzenbasierte Anbau- und Bewirtschaftungsmethoden konzentriert
- die Förderung von ökologischen Anbaumethoden ohne den Einsatz von Pestiziden und naturschädlichen oder tierlichen

Düngemitteln sowie die Einführung von Fruchtfolgen und Agroforstsystemen (Bewuchs an Feldrändern etc.) zur Wahrung der Lebensraumvielfalt

- die Implementierung einer nachhaltigen Ernährungspolitik, die auf Fischerei verzichtet und stattdessen alternative, ressourcenschonende Proteinquellen fördert
- die Förderung von Bildungsprogrammen, um das Bewusstsein für Biodiversität zu stärken
- die Entwicklung einer Flächennutzungspolitik, die den Schutz und die Wiederherstellung von natürlichen Lebensräumen priorisiert
- die Implementierung einer Politik, die auf die Jagd verzichtet und stattdessen den Schutz gefährdeter Arten sowie die Wahrung des Gleichgewichts zwischen menschlichem Bedürfnis und dem Schutz der Biodiversität berücksichtigt
- die Förderung von ökologischen Vorrangflächen ohne Tierhaltung zur Wiederherstellung von natürlichen Lebensräumen und somit zur Wahrung der Vielfalt von Pflanzen- und Tierarten

Jeder Beitrag zum Erhalt der Vielfalt des Lebens ist somit ein Schritt in Richtung einer lebenswerteren Zukunft für uns alle.

Tierschutz als 18. Sustainable Development Goal (SDG) einführen

Die Vereinten Nationen (UN) verabschiedeten im Jahr 2015 die Agenda 2030 für eine nachhaltige Entwicklung. Sie bezieht sich im Wesentlichen auf 17 Ziele für eine nachhaltige Entwicklung, die sogenannten Sustainable Development Goals oder kurz: SDGs. Mit den SDGs wird eine nachhaltige Entwicklung betrachtet, die auf alle relevanten Dimensionen (Ökonomie, Ökologie und Soziales) und Ebenen (national, regional und lokal) ausgerichtet ist. Dazu dienen Ziele wie “Kein Hunger”, “Weniger Ungleichheit” oder “Nachhaltige/r Konsum und Produktion”.

Die SDGs sollen dabei weltweit Staaten, Unternehmen und zivilgesellschaftlichen Akteurinnen Orientierung für die Bewältigung der globalen Herausforderungen geben, vor denen die Staatengemeinschaft steht. Es geht primär darum, überall und für alle die natürlichen Lebensgrundlagen und unsere Erde besser zu schützen und generationsübergreifend die Chancen der Menschen auf ein Leben in Würde und Wohlstand zu wahren. Auf politischer Ebene stellen die Sustainable Development Goals den Handlungsrahmen für die Politik dar. So berichten jährlich Regierungsdelegationen vor dem High Level Political Forum der UN über die Fortschritte. In Deutschland gibt es seit 2016 die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie, die sich an den 17 Zielen orientiert, ebenso haben die meisten Bundesländer ihre eigene Nachhaltigkeitsstrategie entwickelt. Zudem richten immer mehr Kommunen ihren Handlungsrahmen für nachhaltige Stadtentwicklung an den 17 Zielen aus und brechen diese auf die lokale Ebene herunter.

Einen Schutz von Tieren vor Ausbeutung, Leiden oder gar Ausrottung sucht man in den globalen Zielen jedoch vergeblich. Das komplette Thema Tierschutz bzw. Tierrechte ist höchstens indirekt in den Punkten "Leben unter Wasser" und "Leben an Land" als Ziel zu finden. Wir fordern hier eine europäische Initiative, den Schutz der Tiere als eigenes 18. SDG aufzunehmen.

Tierschutz muss international durchgesetzt werden!

In Deutschland und der Europäischen Union wird der Tierschutz bislang politisch und juristisch nur halbherzig durchgesetzt. Gerade in der sogenannten Nutztierhaltung gibt es noch viele Handlungsfelder auf dem Weg zu der von uns geforderten ökologisch-pflanzlichen Landwirtschaft. Dagegen besteht im Bereich der Haustiere ein relativ breiter gesellschaftlicher Konsens, dass Tiere Gefühle haben, gar zur Familie gehören und dass ihnen nicht ohne Not Schaden zugefügt werden darf.

Dieser Konsens sollte zu einer stärkeren Einflussnahme der Europäischen Union auch in anderen Ländern und weltweit führen.

So ist es z. B. im Nachbarland Schweiz erlaubt, Haustiere wie Hunde und Katzen für den Eigenbedarf zu schlachten und zu essen, lediglich der Handel damit ist dort verboten. In den Schweizer Kantonen Bern, Luzern und Jura war Katzenfleisch und Fleisch von sogenannten Masthunden lange Zeit ein traditionelles Weihnachtsgericht in der ländlichen Bevölkerung. Laut Aussage von Tierschutzorganisationen gibt es 100 bis 200 regelmäßige Konsumentinnen. Die Dunkelziffer ist vermutlich aber sehr viel höher. In Deutschland ist es ebenfalls nicht verboten, Hunde- und Katzenfleisch zu essen. Das hier geltende Schlacht- und Einfuhrverbot macht einen Konsum jedoch praktisch unmöglich.

Wir setzen uns an dieser Stelle für ein Verzehrerbot von Hunde- und Katzenfleisch innerhalb der Europäischen Union und einen stärkeren Druck auf Nicht-EU-Staaten ein, diesem Beispiel zu folgen.

Tierrechte auf europäischer Ebene etablieren!

Es gibt inzwischen sehr viele europäische Richtlinien und zum Teil sogar Verordnungen, die sich auf den Schutz und die Haltung von Tieren beziehen. Warum also neben dem Tierschutz noch Tierrechte? Diese Vorgaben beruhen auf Artikel 13 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union, in dem die Tiere sogar explizit als ‚fühlende Wesen‘ genannt sind: „... tragen die Union und die Mitgliedstaaten den Erfordernissen des Wohlergehens der Tiere als fühlende Wesen in vollem Umfang Rechnung ...“.

Trotzdem ist es immer notwendig, dass europäische Richtlinien in nationalen Gesetzen ihre Umsetzung finden, da diese keinen direkt wirkenden Status innerhalb der Mitgliedstaaten haben. Hinzu kommt, dass einige gesetzliche Regelungen auf europäischer Ebene strengere nationale Gesetzgebungen sogar verhindern, da diese dann gegen europäisches Recht verstoßen würden. Oftmals beziehen sich die Gründe dann auf wirtschaftliche Aspekte, wie beispielsweise Wettbewerbsnachteile für

einzelne Unternehmen. Dadurch entsteht nach wie vor viel Tierleid, welches sich durch sämtliche Bereiche zieht (Tierversuche, Tiere als Lebensmittel, Tiertransporte, Trophäenjagd und viele mehr). Denn nicht nur, dass die Richtlinien allein schon im Hinblick auf Tierschutz noch viel Spielraum zur Ausbeutung der Tiere lassen, auch deren Umsetzung in den einzelnen Ländern ist oftmals noch weniger im Sinne der Tiere.

Und auch die Verordnungen, die es gibt und die mit ihrem direkt wirkenden Charakter leichter von den Mitgliedstaaten einzufordern sind, sind bei weitem nicht ausreichend, um tatsächlich Tierqual zu verhindern.

Um hier grundlegend etwas zu verändern, müssen wir die Betrachtungsweise vollständig überdenken. Denn es darf grundsätzlich kein Leid der Tiere mehr gegen wirtschaftliche Interessen ausgespielt werden. Um das zu erreichen, müssen wir auch auf europäischer Ebene den Schritt vom Tierschutz hin zu Tierrechten gehen. Hierzu müsste der Vertrag über die Europäische Union überarbeitet und entsprechend erweitert werden. Da dies nur durch einen Konvent der Staats- und Regierungschefinnen der Mitgliedstaaten zur Überarbeitung der Verträge der Europäischen Union erfolgen kann, ist es umso wichtiger, dass ein starkes Zeichen von Seiten des Europäischen Parlaments an alle Mitgliedstaaten gesendet wird! Für diese zentrale Änderung braucht es die Zusammenarbeit auf EU- und Länderebene. Bisher gab es hierfür wenig bis keine Sprecherinnen. Aber diese Veränderungen sind möglich und werden ihre Auswirkungen in allen Ländern der Europäischen Union sichtbar und für die Tiere spürbar machen. Es ist an der Zeit, diese Stimme auf EU-Ebene zu erheben.

Tierschutzstandards in der EU & bei Ländern mit Beitrittsperspektive festlegen!

Auslandstierschutz ist ein in Deutschland häufig kontrovers diskutiertes Thema. Es ist richtig, dass es in Deutschland bereits eine große Anzahl von Tieren gibt, die in Tierheimen oder Pflegestellen auf ein neues Zuhause

warten. Dennoch müssen wir festhalten, dass in- und außerhalb der Europäischen Union weite Teile der Bevölkerung Tiere oftmals nicht als fühlende Lebewesen wahrnehmen. Dies führt in einigen Staaten dazu, dass viele Straßentiere unmittelbar vom Tode bedroht sind. Tierfängerinnen sammeln dort Tiere ein, die, wenn sie nicht innerhalb einer „Schonfrist“ von einigen Wochen abgeholt oder vermittelt werden, einfach getötet werden. In einigen anderen Ländern gibt es teilweise gar keine Tierheime. Unerwünschte Hunde (und andere Tiere) werden erschlagen, vergiftet oder man entledigt sich ihrer auf tierschutzwidrige Art und Weise. Tierschutz hört für unsere Partei nicht an Ländergrenzen auf!

Gerade nach dem Heimtier-Hoch während der Corona-Pandemie und der kurz darauffolgenden Abgabewelle vieler unüberlegt angeschaffter Tiere warten viele dieser Hunde und Katzen immer noch in Tierheimen. Sie werden häufig abgegeben, weil sie aus Sicht ihrer ehemaligen Halterinnen „nicht funktionieren“ und zu diesem Zeitpunkt oft schlecht mit Artgenossen sozialisiert sind. Kaum erfolgte, aber notwendig gewesene Hundeschulbesuche, das Flegelalter oder schwerwiegende Krankheiten und die daraus resultierenden hohen Behandlungskosten sind häufig Gründe dafür, warum die Tiere abgegeben werden und eine Vermittlung schwierig ist. Viele deutsche Tierheime und Tierschutzvereine nehmen auch Hunde aus dem Auslandstierschutz auf, weil diese in der Regel gut vermittelbar sind und Besucherinnen ins Tierheim locken. Manchmal finden auch schwer vermittelbare Hunde ein neues Zuhause.

Diese Haustier-Migration sollte jedoch ausschließlich in Kooperation eingetragener und anerkannter Tierschutzvereine im In- und Ausland durchgeführt werden dürfen und immer Teil von Kastrations-, Bildungs- und Aufklärungskampagnen im Ursprungsland sein. Unseriöse Organisationen kaufen häufig Auslandstiere auf und verkaufen sie dann an Tierversuchseinrichtungen. Diese Praktiken müssen dringend unterbunden werden.

EU-Institutionen und Entscheidungsträgerinnen sollten innerhalb der Europäischen Union und auch in Gesprächen mit Staaten, die einen Beitritt

erwägen, darauf hinarbeiten, Tierschutzstandards endlich auf ein einheitliches Niveau zu heben. Die letzten noch vorhandenen Tötungsstationen sind zu schließen sowie dort tätige Tierschutzvereine zu unterstützen.

Beendigung des Tötens in rumänischen Tierheimen und bessere Kontrolle von EU-Steuergeldern

In vielen rumänischen Tierheimen und Tötungsstationen, aber auch in vielen anderen europäischen Ländern, werden heimatlose Hunde unter grausamen Bedingungen gehalten und getötet. Dies verstößt nicht nur gegen das Wohl der Tiere, sondern auch gegen EU-Richtlinien und -Verordnungen. Nach dem Unfalltod eines vierjährigen Jungen in Bukarest durch vermeintliche Straßenhunde wurde im September 2013 das Gesetz zur Euthanasie der Straßen- und Tierheimhunde vom rumänischen Parlament verabschiedet. Dieses Gesetz erlaubt es, Hunde nach Ablauf von 14 Tagen zu töten. Dies steht im eklatanten Gegensatz zu den klaren Richtlinien und Verordnungen innerhalb der Europäischen Union zum Tierschutz, die von den Mitgliedstaaten eingehalten werden müssen.

Rumänische Gemeinden zahlen mittlerweile pro gefangenem Hund zwischen 150 und 300 €, sodass wenig Interesse besteht, diese lukrative und stetig wachsende Einnahmequelle versiegen zu lassen. Die Population der Straßenhunde steigt seit zehn Jahren jedoch stetig an – trotz der Tötungen. Und diese Tötungen erfolgen oftmals nicht nach geltendem Tierschutzrecht, sondern es dominieren Methoden wie Erschlagen, Vergiften, Verbrennen und das Spritzen von Luft in die Adern. Viele der Gelder für dieses Millionen-Business fließen allerdings in die Korruption und andere dunkle Kanäle. Trotz Angebote vieler Tierschutzvereine, öffentliche Shelter zu betreiben, werden diese nie in Betracht gezogen. Die Verträge werden immer wieder an private Reinigungsfirmen vergeben und Klagen über mehrere Jahre hinausgezögert.

Es ist entscheidend, sicherzustellen, dass die für Tiermanagement bereitgestellten EU-Gelder gemäß ihrem ursprünglichen Zweck verwendet werden – nämlich für Kastration, Versorgung und Bildungskampagnen. Die sich darauf beziehende EU-Verordnung betont die Zweckbindung der Mittel für die ländliche Entwicklung, zu der auch der Tierschutz gehört. Diese Gelder sollten aber nicht für das Töten, sondern für nachhaltige Lösungen eingesetzt werden.

Dass es anders geht, zeigen zahlreiche positive Beispiele: In Pitesti konnte der Bestand der Straßenhunde im Zeitraum von 2007 bis 2013 durch Kastrationen von 30.000 auf 4.000 reduziert werden. In Odessa konnte beispielsweise der Bestand von Straßenhunden innerhalb von 15 Jahren von 80.000 auf 4.000 reduziert werden.

Unsere Forderungen:

- bessere Kontrollen der Kennzeichnungspflicht mittels Transponder aller Hunde und Registrierung im nationalen RECS-System
- die Einhaltung der EU-Tierschutz-Grundverordnung in Rumänien und allen weiteren Ländern innerhalb der Europäischen Union oder mit Beitrittsperspektive, welche insbesondere auch die Bedeutung der Kastration und Sterilisation zur Kontrolle der Tierpopulation betont
- der Umbau bestehender Tötungs- in Kastrationszentren, sowie umfangreiche Schulungen der Mitarbeiterinnen
- bessere Hygienestandards und mehr Kontrollen in allen Einrichtungen sowie die Anschaffung und weitere Finanzierung von Kastrationsmobilen für ländliche Gegenden
- die Einrichtung von festen Futterstellen und die Umsetzung der Pflicht für Halterinnen, Kastrationen vornehmen zu lassen, sowie die Bezuschussung durch Kastrationsprogramme

“Invasive” Tiere – schonende Populationskontrolle statt Jagd!

Im Naturschutz gelten Tiere, die sich fernab von ihren ursprünglichen Gebieten neue Lebensräume erschließen und dabei unerwünschte Auswirkungen auf heimische Arten, Lebensgemeinschaften oder Biotops ausüben, als “invasiv”.

Sogenannte “invasive” Arten konkurrieren mit einheimischen Arten um Lebensräume und Ressourcen. Dabei haben sie manchmal einen Wettbewerbsvorteil, denn die heimischen Ökosysteme sind nicht an die invasiven Arten angepasst und können ihrer Ausbreitung oftmals nichts entgegensetzen, wodurch ihre Populationen in kurzer Zeit rasant ansteigen können. In den deutschen Medien sind Berichte über die Bejagung von Nutrias, Waschbären sowie Nil- und Kanadagänsen leider alltäglich. Die Problematik “invasiver” Arten ist aus Tierschutzsicht komplex. Zum einen ist es essenziell, den Schutz einheimischer Tierarten und Lebensräume sicherzustellen, da “invasive” Arten die Artenvielfalt verringern und damit zu einem Verlust der Biodiversität beitragen können.

Andererseits verdienen auch diese Arten Schutz und ein Recht auf Leben, vor allem vor dem Hintergrund, dass die meisten Arten durch menschliche Aktivitäten eingeschleppt sind. Die Tiere folgen lediglich ihrer Natur und sind nicht Schuld an ihrer “invasiven” Ausbreitung. Historisch gesehen begleitet die Einwanderung von Arten in neue Gebiete die Menschheit seit vielen Jahrhunderten. Durch die Schifffahrt, Landwirtschaft oder den Tierhandel wurden und werden immer wieder Tiere in neue Gebiete eingeführt.

Für Europa fordern wir, dass die Jagd auf invasive Tierarten in allen Ländern grundsätzlich untersagt wird. Ausschließlich schonende Methoden der Populationskontrolle ohne Einsatz von Tötungsmethoden sind anzuwenden. Gefragt ist eine Kombination aus aktiven und präventiven Maßnahmen.

Eine erfolgversprechende Populationskontrolle ist die Verabreichung von Kontrazeptiva, also Verhütungsmitteln für Wildtiere. Auch muss das Einfangen und Umsiedeln durch Lebendfallen ausgebaut werden. Durch Habitatsmanagement kann man Gebiete weniger attraktiv für unerwünschte Arten gestalten, ohne zu stark in die Landschaft einzugreifen. Diese Maßnahmen lassen sich sowohl für Nutrias als auch für Nil-, Kanada- und Graugans-Populationen anwenden. Eine effektive Methode der Populationskontrolle der Gänse ist zudem das Absammeln oder Austauschen ihrer Eier.

Es gibt eine Menge Möglichkeiten, die Problematik der "invasiven" Arten ohne Tötung anzugehen. Wichtig ist, dass die Vorgehensweisen immer von Bildungs- und Informationskampagnen begleitet werden, um die Öffentlichkeit für die Thematik zu sensibilisieren und die Populationskontrolle noch effektiver zu gestalten.

Für ein sofortiges Ende von (Trophäen)jagd und Wilderei

Wilderei ist ein dringendes Thema von globaler Bedeutung. Dieses skrupellose Vorgehen hat schwerwiegende Auswirkungen auf die Tierwelt und die Ökosysteme weltweit. Eine der besorgniserregendsten Konsequenzen der Wilderei sind der Rückgang und das Aussterben von Tierarten. Viele Wildtierpopulationen sind bereits stark dezimiert, und einige Arten stehen kurz vor der Ausrottung. Die Verluste an biologischer Vielfalt sind nicht nur bedauerlich, sondern auch alarmierend, da sie das fragile Gleichgewicht der Ökosysteme stören und deren negative Folgen sich auch auf die Menschen auswirken. Um dem Problem der Wilderei entgegenzuwirken, sind internationale Anstrengungen von entscheidender Bedeutung. Regierungen, Naturschutzorganisationen und die Zivilgesellschaft müssen zusammenarbeiten, um den teils illegalen Handel von Wildtieren zu bekämpfen.

Wir fordern daher strengere Gesetze und Strafen für Wilderei, eine verstärkte Überwachung von Wildtiergebieten und den Ausbau von Schutzzonen. Eine verstärkte Sensibilisierung der Öffentlichkeit über die Auswirkungen unseres Verhaltens gegenüber Tieren ist ebenfalls unerlässlich, um eine nachhaltige Veränderung herbeizuführen.

Trophäenjagden auf seltene und gefährdete Tierarten dürfen nicht länger legal sein oder geduldet werden. Für eine Reihe von Arten gibt es immer noch Ausnahmeregelungen (Jagdtrophäen als persönliches Eigentum). In Deutschland stellt das Bundesamt für Naturschutz (BfN) auf der Basis von Unbedenklichkeitsgutachten solche Genehmigungen aus. Diese Unbedenklichkeit wird allerdings im Einzelfall nicht geprüft. Deutschland ist weltweit nach den USA zweitgrößter Importeur solcher Trophäen. 15.000 Säugetiere geschützter Arten in Form von Jagdtrophäen gelangen jährlich in die Europäische Union. Es bedarf dringend einer EU-Artenschutzverordnung, angelehnt an das Washingtoner Artenschutzabkommen. Das Argument, nach welchem die Trophäenjagd die Situation der indigenen Bevölkerung verbessere, ist aus der Luft gegriffen. Die Jagdanbieterinnen sind oft aus dem europäischen Raum und selten aus der Region des Geschehens. Sie erwirtschaften laut ProWildlife auf Privatfarmen 92 % der Einnahmen. Es ist menschenverachtend, das Verbot der Trophäenjagd mit der Fortführung des Kolonialismus zu vergleichen, wenn tatsächlich gegenteilig die Trophäenjagd die Lebensgrundlage der indigenen Bevölkerung vernichtet.

Schluss mit der Ausbeutung der Meere – Fischerei einstellen!

Die weltweite Überfischung der Meere hat dramatische Ausmaße angenommen. Derzeit wird insbesondere vor den Küsten Europas zwei- bis dreimal mehr gefischt als es für einen nachhaltigen Fischbestand vorauszusetzen wäre. Aber die europäischen Flotten sind in allen Gewässern unterwegs und dezimieren die Fischbestände global. Die Fischereiindustrie Europas ist eine der größten weltweit, weshalb die EU-Gesetzgebung in

diesem Bereich besondere Bedeutung hat. Wir fordern ein Ende jeglicher Fischerei, denn sie bedeutet auch für jedes einzelne Lebewesen unvorstellbare Qualen.

Ein weiteres Problem sind die Aquakulturen, also Zuchtanlagen, in denen Millionen von Fischen und anderen Meereslebewesen unter entsetzlichen Bedingungen gehalten werden. Mittlerweile stammen 50 % aller verkauften Meerestiere aus Aquakulturen. Besonders problematisch ist hierbei, dass für das Futter wiederum Fischmehl aus Wildfischen verwendet wird. Es wird teilweise bis zu fünfmal mehr Wildfisch als Futter gefangen, als Fisch aus Aquakultur verkauft wird. Zudem werden Jungfische für die Aquakultur oft aus der freien Natur gefangen, sodass sie dem natürlichen Bestand nicht mehr zur Verfügung stehen. Aquakulturen tragen also insgesamt massiv zum Fischsterben bei. Und auch die angrenzende Umwelt leidet unter den Exkrementen und den Antibiotika, die – wie in jeder Massentierhaltung üblich – in Unmengen verabreicht werden, damit der Profit maximiert wird. Für die Tiere genauso wie für die Menschen sind solche Antibiotika aber äußerst riskant.

Die PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ lehnt Fischerei für jeglichen Zweck und mit jeglicher Methode ab. Es ist brutalste Tierquälerei, die sich durch nichts rechtfertigen lässt. Denn der Mensch kann ohne den Verzehr von Meerestieren leben. Für uns sind es fühlende Individuen, denen leider viel zu wenig Empathie entgegengebracht wird und die daher besonders unter menschlichen Grausamkeiten leiden müssen. Hinzu kommt der Aspekt der Zerstörung der natürlichen Lebensräume, welche zu Ungleichgewichten in der Natur und zu unvorhersehbaren Kipp-Punkten für die Biodiversität und das Klima führt.

Wir fordern daher als Sofortmaßnahme eine drastische Reduzierung der Fangquoten. Es muss sofort zu Beginn der Legislaturperiode ein Ausstiegsplan aus der Fischerei entwickelt werden, der ein schnellstmögliches Ende jeglicher Ausbeutung von Meerestieren zum Ziel hat. Dies darf sich nicht nur auf europäische Gewässer beschränken, sondern muss vielmehr so angelegt sein, dass sich EU-Mitgliedstaaten

auch in außereuropäischen Gewässern nicht mehr an Fischerei beteiligen, keine Importe tätigen und auf die internationale Staatengemeinschaft einwirken, die Fischerei deutlich zu reduzieren und mittelfristig zu beenden.

Der sogenannte Beifang macht derzeit unfassbare 25 % aus und betrifft immer wieder geschützte Fischarten. Der erlaubte Anteil muss als Sofortmaßnahme auf nahe Null gesenkt werden. Grundschieppnetze sind aufgrund des besonders hohen Anteils an Beifang sofort zu verbieten. Außerdem muss die Einfuhr von gefährdeten Fischarten in die Europäische Union konsequent verboten und unterbunden werden.

Das Budget des Meeres- und Fischereifonds beträgt über 6 Milliarden Euro. Die PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ fordert ein Ende jeglicher Subventionen für Tierqual und Naturzerstörung und stattdessen die Verwendung des Budgets für den Ausstieg aus der Fischerei. Es darf auch nicht länger vorrangig den Mitgliedstaaten überlassen werden, in welcher Weise sie den Fischfang subventionieren, denn es gibt vor Ort kaum politischen Willen für eine Reduzierung der Fischerei, geschweige denn für ein Ende dieser umweltschädlichen Tierqualindustrie.

Massentierhaltung sofort beenden und das Leiden von Milliarden Tieren stoppen

Die industrielle Tierhaltung sorgt in Europa für vielseitige Probleme. Wir fordern die Abschaffung der Massentierhaltung.

Im Vertrag von Lissabon wurden im Jahr 2009 Tiere als fühlende Lebewesen anerkannt. Doch noch immer widerspricht die tägliche Praxis dieser Anerkennung. Wirtschaftlichkeit und Profit stehen weiterhin vor dem Wohl der Tiere. Heutzutage ist Massentierhaltung in jeder industriellen Tierhaltung vertreten. So werden zum Beispiel auch Fische oder Zuchtienen in Massen gehalten, gequält und ausgebeutet. Das Leiden innerhalb der Betriebe ist für die Tiere immens. Immer wieder erhalten sie nicht genügend oder keine ärztliche Versorgung.

Um das Leiden der Tiere zu stoppen und der Erklärung durch den Vertrag von Lissabon endlich gerecht zu werden, muss ein vollständiger Umstieg zu pflanzlichen Lebensmitteln stattfinden.

Außerdem birgt der Konsum tierlicher Produkte zusätzliche Risiken in sich. Es können vor allem Krankheiten durch den stetigen Konsum tierlicher Produkte übertragen und verbreitet werden. Allein in Deutschland sind 2017 über 700 Tonnen Antibiotika in der landwirtschaftlichen Tierhaltung eingesetzt worden. Nicht nur Tiere, sondern auch Menschen leiden in und unter den Bedingungen in der Massentierhaltung. Die Arbeitsbedingungen sind in den Mast- und Schlachtbetrieben oft miserabel. Ein enormer Arbeitsdruck und der schlechte Umgang mit Tieren führen zu enormen psychischen Belastungen der Arbeitnehmerinnen. Viele Arbeiterinnen können nur noch unter Alkoholeinfluss ihre Arbeit erledigen. Den Betroffenen muss durch Förder- und Unterstützungsprogramme der Ausstieg aus der Branche möglich gemacht werden.

Gleichzeitig verursacht die Massentierhaltung enorme Schäden in unserer Umwelt. Die Gülle der Tiere führt zu einer Verseuchung unseres Grundwassers. Gerade der Nitratgehalt ist durch die Abfallprodukte der Tierhaltung oft über den gesetzlichen Grenzwerten.

Die (langen) Transportwege der Tiere führen zusätzlich zu einem hohen CO₂-Ausstoß. Der Herstellungsweg von tierlichen Produkten durchläuft mehrere Betriebsstätten. So liegen Aufzucht-, Mast-, Schlacht- und Verarbeitungsbetriebe sowie Verkaufsläden oft weit auseinander.

Um die Ernährung der Bevölkerung weiter zu gewährleisten, muss ein Wandel stattfinden. Die Massentierhaltung schadet nicht nur Tier, Mensch und Umwelt, sondern sorgt auch für Ressourcenverschwendung (z. B. Wasser, Flächen, Futtermittel). Für tierliche Produkte werden wesentlich mehr Rohstoffe verbraucht als für rein pflanzliche. Der Anbau von Futtermitteln muss umgestellt werden, sodass die gewonnenen Rohstoffe direkt durch den Menschen verzehrt werden können. Vor allem der Sojaanbau in riesigen Monokulturen in Südamerikas Regenwäldern zeigt, wie problematisch die Massentierhaltung geworden ist.

Für einen erfolgreichen Umstieg muss die Forschung, Entwicklung und Herstellung von gesunden alternativen pflanzlichen “Fleisch”-Produkten gefördert werden, wodurch die Branche wachsen und den aus der Tierhaltung scheidenden Arbeiterinnen neue Arbeitsplätze bieten kann.

Bis der Umstieg stattfinden kann, müssen mehr und strengere Kontrollen in den Tierhaltungsbetrieben vorgenommen werden. Für alle EU-Mitgliedstaaten soll eine stetige Videoüberwachung innerhalb der Betriebe verpflichtend sein, um jederzeit das Wohl der Tiere begutachten zu können. Stallplätze und der Bewegungsfreiraum der Tiere müssen um ein Vielfaches vergrößert werden. Auch Brandschutzvorgaben, die Katastrophen wie in Alt Tellin hätten verhindern können, müssen europaweit gesetzlich vorgeschrieben werden. Die Tiere müssen mit dem geringsten Leidensweg getötet werden. Es muss mehr in pflanzliche Alternativen investiert werden. Arbeiterinnen müssen umgeschult, Subventionen umverteilt werden. Es muss Aufklärung in der Bevölkerung betrieben und irreführende Werbung verboten werden.

Tiertransporte beenden!

Der Transport von lebenden Tieren ist gängige Praxis in der gesamten Tierindustrie. Auch hier sind finanzielle und wirtschaftliche Aspekte ausschlaggebend, die dazu führen, dass viele Tiere erst noch einen langen Weg zurücklegen müssen, ehe sie andernorts geschlachtet werden. Mit verheerenden Folgen für sie.

Ob zu Land per LKW oder zu Wasser per Schiff, für die Tiere bedeutet ein solcher Transport quer durch Europa, nach Übersee und auch bis nach China, einen tage- und wochenlangen Zustand in Angst und Schmerzen und endet mit einem grausamen Schicksal in den Ankunftsändern, in denen die Europäische Union keinerlei Einfluss mehr auf die Behandlung der Tiere hat. Hier gelten selbst ihre dürftigen Tierschutzgesetze nicht mehr, obwohl bereits der Europäische Gerichtshof feststellte, dass die Tierschutzpflicht beim Transport nicht an der Unionsgrenze endet. Oft ohne Wasser und mit

schlimmen Verletzungen werden die Tiere hierfür auf engstem Raum durch mehrere Länder befördert. Viele überleben diese Tortur nicht – dennoch scheint auch der „Verlust“ einkalkuliert und durch den geringen Kostenaufwand zu Lasten der Tiere immer noch profitabel. Denn nach wie vor fließen hohe Summen sowohl aus nationalen als auch EU-weiten Haushaltsplänen zur Unterstützung in diese Industrie.

Der aktuellen Gesetzeslage scheint es aufgrund fehlender Durchsetzung oftmals an Verbindlichkeit zu mangeln, denn selbst bestehende Regelungen werden umgangen und nicht geahndet. Es finden wenig bis keine Kontrollen statt und wenn, werden oftmals allerlei Gründe gefunden, die die Verstöße legitimieren sollen. Es braucht eine dringende Reform der EU-Tierschutztransportverordnung, um eine eindeutige und direkt geltende Rechtslage für alle Mitgliedsstaaten zu ermöglichen. Ein gutes Beispiel ist der Rechtsstreit in Baden-Württemberg um die Kälbertransporte. So verpflichtete der Verwaltungsgerichtshof in Mannheim das zuständige Veterinäramt zur Abfertigung eines Transportes trotz prekärer Bedingungen für die Tiere.

Daher ist es schon lange notwendig, ein klares „JA“ zum Stopp von Tiertransporten in außereuropäische Länder zu erwirken. Zudem muss umgehend dafür Sorge getragen werden, dass auch innerhalb der Europäischen Union die maximale Transportdauer nicht mehr wahllos überschritten wird und für die gesamte Transportdauer gilt, sodass Pausen und Wechsel nicht mehr herausgerechnet werden dürfen.

Der Handel mit fühlenden Lebewesen darf langfristig keine Zukunft mehr in einem gerechten und nachhaltigen Europa haben.

Sport nur ohne Ausbeutung von Tieren!

Sport entfaltet viele positive Wirkungen auf Menschen und die Gesellschaft. Sport ist gut für die Gesundheit und kann Menschen soziale Kontakte und Gemeinschaftsgefühle verschaffen. Beides ist wichtig in unseren modernen Gesellschaften, in denen das Leben vieler Menschen

häufig von Inaktivität (viel Sitzen, viel Liegen) und zunehmender Einsamkeit geprägt sind.

In den letzten Jahren treten neben diesen positiven aber auch immer mehr die negativen Wirkungen des Sports zutage. Hier sind zum einen die durch bestimmte Sportarten wie Rugby oder Eishockey entstehenden gesundheitlichen Schäden aufgrund von Gehirnerschütterungen zu nennen, oder auch die Langzeitfolgen von Doping oder Überbelastungen im Spitzensport. Zum anderen aber auch die durch den Breiten- und Spitzensport verursachten Klima- und Umweltschäden sowie Tierleid. Diese entstehen z.B. durch den hohen Flächenverbrauch und Einsatz von Insektiziden und Pestiziden bei Sportarten wie z.B. Golf. Oder die Landschafts- und Naturschäden und den hohen Wasser- und Energieverbrauch (Herstellung von Kunstschnee) für das alpine Skifahren.

Im Reitsport wird sowohl im Training als auch im Wettkampf das Tierwohl massiv gefährdet, während bei „Sportarten“ wie Jagen oder Angeln das Töten oder Verletzen von Tieren Hauptbestandteil des Sports ist. Für viele weitere Sportarten sind der hohe Energieverbrauch der Sportanlagen (z.B. Hallenbad im Winter, Eissporthalle im Sommer) und die weiten Fahrtwege, gerade auch im Profisport und dem damit zusammenhängenden Fantourismus aus Klima- und Umweltsucht problematisch. Besonders Sport-Großereignisse wie z.B. Olympiaden oder Fußballweltmeisterschaften sind nachgewiesenermaßen nicht nachhaltig, auch wenn die Veranstalter (IOC, FIFA) dies häufig gerne so darstellen. Um die Klima- und Umweltschäden durch Sport in Zukunft zu minimieren, fordern wir folgende Maßnahmen zur Umsetzung in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union:

Veranstaltungen des fossilen Motorsports (z.B. Formel 1, Deutsche Tourenwagen Meisterschaft) werden in Europa ab dem Jahr 2026 verboten. Die Durchführung solcher Veranstaltungen mit ihrem extrem hohen CO₂-Verbrauch ist nicht mehr zeitgemäß. Rennserien die auf Verbrennungsmotoren komplett verzichten (z.B. Formel E) werden

zugelassen, wenn der Strom zum Betrieb der Fahrzeuge zu 100% aus erneuerbaren Energien entsteht.

Sportarten die hohe Klima- und Umweltschäden verursachen wie alpines Skifahren auf Kunstschnee (hoher Energieverbrauch, hoher Wasserverbrauch, Schädigung der Ökosysteme) und Golf (hoher Flächenverbrauch, hoher Wasserverbrauch, häufiger Einsatz von Pestiziden, Insektiziden und Düngemitteln) dürfen nicht mehr wachsen. Für diese Sportarten werden ab sofort keine Genehmigung zum Bau weiterer Anlagen und Pisten mehr erteilt. Es wird überprüft ob bestehende Anlagen, die eine besonders klima- und umweltschädliche Wirkung entfalten, in den nächsten Jahren zurückgebaut werden müssen.

Profi-Sportarten die hohes Tierleid erzeugen (Reitsport, Jagen, Angeln) werden verboten. Leistungsorientierte Wettbewerbe im Amateur-Reitsport werden verboten. Beim Breitensport Reiten wird abgewogen zwischen dem Tierwohl und den positiven Wirkungen auf Menschen. Hierfür soll in naher Zukunft von der Europäischen Kommission ein Konzept erarbeitet werden.

Sport- und Erholungsangebote mit Tieren zu therapeutischen Zwecken (z.B. therapeutisches Reiten) müssen nachweisen, dass Tierwohl und positive Wirkungen auf Menschen in einem ausgewogenen Verhältnis zueinander stehen.

Bewerbungen zu Sportgroßereignisse wie Olympiaden und Weltmeisterschaften werden nur dann getätigt, wenn über einen Volksentscheid oder einem ähnlichen Verfahren die Mehrheit der Bevölkerung des sich bewerbenden Landes dafür ist.

Profisportarten müssen Anstrengungen unternehmen, den Ausstoß von Treibhausgasemissionen durch Reisetätigkeit stark zu minimieren. Für Reisen zu Trainingslagern/Auswärtsspielen/ Turnieren mit einer Distanz von unter 600 Kilometern (einfacher Weg) ist die Nutzung von Bussen oder Zügen vorgeschrieben.

Tierversuche – alternative Verfahren statt Tierqual!

Zweimal bereits wandten sich über eine Million EU-Bürgerinnen an die EU-Institutionen, um Tierversuche aus der Wissenschaft und der EU-Gesetzgebung zu verbannen. Am 2. November 2013 schloss die EU-Petition „Stop Vivisection“ mit 1,173 Millionen Stimmen, um Tierversuche für Kosmetika zu beenden. In den zehn Jahren seit diesem tatsächlich offiziell geltenden Bann wurde die Richtlinie jedoch aufgeweicht, was 2022 zu einer weiteren europäischen Bürgerinitiative führte: „Save Cruelty Free Cosmetics“ schloss mit 1,2 Millionen Stimmen. Enttäuschend bleibt der neueste Entschluss der EU-Kommission: Ein EU-weiter Ausstiegsplan aus Tierversuchen, der auch Industrieprodukte, Biozide und Arzneimittel umfasst und schrittweise den Missbrauch von Tieren für Forschung und Lehre reduzieren soll, wird zwar initiiert, die verlangte Durchsetzung des Verbotes von Tierversuchen für Kosmetika allerdings ignoriert. Eine tatsächliche Änderung der europäischen Chemikalien-Verordnung („REACH“) ist nicht in Sicht.

Von über 8,5 Millionen Tieren im Jahr 2019 bis zu den jüngst veröffentlichten „nur“ 7,9 Millionen empfindungsfähigen Lebewesen im Jahr 2020 fand innerhalb der Europäischen Union ein kaum erwähnenswerter Rückgang statt. 2021 waren es über 5,5 Millionen, alleine in Deutschland! Die PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ wird sich dafür einsetzen, dass sich die Anzahl gequälter und getöteter oder als unbrauchbar entsorgter Tiere nicht nur reduziert, sondern dass dieser sinnlose Missbrauch komplett eingestellt wird und dafür keinerlei Subventionen mehr gezahlt werden. Ausschließlich moderne, tierfreie Verfahren sollen stattdessen künftig gefördert werden.

Wir setzen uns dafür ein, dass Forschung aus reiner Neugierde an nicht-zustimmungsfähigen Lebewesen, die mit Gefangenschaft, belastenden Eingriffen, Tests und Tötung verbunden ist, europaweit verboten wird. In der Folge muss dann zusätzlich das deutsche Grundgesetz mit seinem tierschutzwidrigen Grundsatz der „Freiheit der Forschung“ dahingehend geändert werden.

Tierqual aus Tradition hat keine Berechtigung: Stierkampf, Gänsestopfleber etc. beenden

Der Stierkampf ist eine Praxis, die jeglicher Vorstellung von Mitgefühl, Empathie und Respekt für das Leben widerspricht. Ein ahnungsloses Tier muss für das Vergnügen und für die Unterhaltung von Menschen leiden und sterben. In einer fortschrittlichen Gesellschaft, die den Tierschutz und das Wohlergehen von Lebewesen schätzt, hat der Stierkampf keinen Platz mehr. Öffentliche Gelder und Subventionen dürfen nicht länger für die Förderung von Stierkampfveranstaltungen verwendet werden. Glücklicherweise gibt es Länder und Regionen, die den Stierkampf bereits verboten haben oder sich aktiv für ein Verbot einsetzen.

Tierqual zeigt sich aber auch auf europäischen Tellern: Erst 2022 wurde vom EU-Parlament ein Bericht an die EU-Kommission angenommen, der die Herstellung von Stopfleber, sogenanntem Foie gras, als nicht tierschutzwidrig einstuft. Bei der Stopfleberproduktion werden Gänse und teilweise auch Enten zwangsgefüttert, um eine krankhaft vergrößerte Leber zu erzeugen, die als Delikatesse gilt. Dazu wird ihnen mit einem Rohr Futterbrei direkt in den Magen gepumpt. Die Zwangsfütterung fügt ihnen große Schmerzen und Leiden zu, viele versterben bereits durch dabei erlittene Verletzungen in der Speiseröhre. Die Tiere werden zudem häufig in engen Ställen oder Einzelkäfigen gehalten, in denen sie sich nicht bewegen können. Zudem erleiden zwangsgefütterte Gänse aufgrund der hohen Futtermenge oft Hitzestress. Die Stopfmast ist bei uns in Deutschland verboten, allerdings ist der Import und Handel sowohl mit Fleisch als auch der Leber aus dieser tierquälerischen Mastform weiter erlaubt, sodass sich immer wieder Restaurants mit so einem Angebot schmücken. In anderen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, Frankreich, Bulgarien, Spanien, Belgien und Ungarn, ist sie sogar als Kulturgut geschützt. Wir sehen hier als kurzfristigen Schritt eine klare Deklaration, sodass sichtbar wird, aus welcher grausamen Haltung diese Produkte stammen und fordern als Folgeschritt ein EU-weites Verbot der "Foie gras"-Produktion.

Aber auch Froschschenkel stehen heute leider noch als vermeintliche Delikatesse auf den Speisekarten von einigen, größtenteils teuren asiatischen oder französischen, Restaurants. Jährlich werden unzählige Frösche in die Europäische Union importiert; sie gilt als Hauptabnehmer. Jedes Jahr aufs Neue steht Milliarden Fröschen der Lebendtransport von Asien nach Europa bevor: Über Tausende Kilometer müssen sie in engen, dunklen Kisten in kaltem, salzigem Wasser ausharren. Von mehr als 5000 bekannten Amphibienarten, zu denen Frösche und Kröten gehören, gelten bereits 32 % als in ihrem Bestand bedroht. Neben der Klimakrise gilt die Jagd als eine der Hauptursachen dafür. Wir stehen hier für ein komplettes europäisches Importverbot dieser Tiere und für Förderprogramme, um aus den Zuchtfarmen vor Ort Auswilderungsstationen zu machen.

Lasst uns gemeinsam dafür kämpfen, dass diese grausame Praxis und vermeintlichen "Delikatessen" endlich der Vergangenheit angehören und wir eine Welt schaffen, in der Tiere mit Respekt und Würde behandelt werden.

Unterhaltung geht auch ohne Tiere!

Delfinarien und Wildtierhaltung in Zoos können den natürlichen Lebensraum der Tiere gefährden und zur Dezimierung ihrer Populationen beitragen. Diese begrenzten Lebensbedingungen schränken natürliche Verhaltensweisen, wie ausgedehntes Schwimmen und Jagen, ein und führen zu Stress und Verhaltensauffälligkeiten.

Delfine und viele andere Wildtiere haben komplexe physiologische und psychologische Bedürfnisse, die in Gefangenschaft nicht erfüllt werden. Die künstlichen Umgebungen von Delfinarien, Aquarien und Wildgehegen können nicht die natürlichen Bedingungen des Ozeans oder anderer natürlicher Lebensräume nachbilden. Dies führt zu gesundheitlichen Problemen, da Tiere nicht die Möglichkeit haben, natürliche Verhaltensweisen auszuleben. Es werden Tiere in Zooanlagen gehalten, die

nicht den klimatischen Erfordernissen oder natürlichen Lebensräumen der Tiere entsprechen.

Es wird oft ein verzerrtes Bild von Wildtieren vermittelt, das nicht der Realität entspricht. So wird die Illusion geweckt, dass diese Tiere glücklich und gesund in Gefangenschaft leben, was die Notwendigkeit des Schutzes ihrer natürlichen Lebensräume und die Ablehnung von Tierhaltung infrage stellt. In Gefangenschaft sind Wild- und Meerestiere anfällig für Krankheiten und Verletzungen. Die Nähe zu anderen Tieren und das begrenzte Wasser führen zu einer erhöhten Ansteckungsgefahr.

Wir setzen uns europaweit für bessere Wege ein, Menschen über Tiere aufzuklären und zu begeistern, wie beispielsweise Dokumentarfilme oder virtuelle Erfahrungen. Anstatt Tiere in Zoos, Delfinarien oder Aquarien zu halten, könnten Ressourcen in den Schutz und die Rehabilitation von verletzten oder bedrohten Wild- und Meerestieren investiert werden. Auch die Schaffung von Schutzgebieten würde dazu beitragen, die natürlichen Lebensräume zu erhalten und zu schützen. Zoos können natürliche Lebensräume niemals darstellen, und wir haben nicht das Recht, Tiere für unsere Unterhaltung einzusperren.

Zudem treten wir für ein EU-weites Verbot von Wildtieren in Zirkussen ein, um das Leiden der Tiere in der Manege zu beenden. Eine in mehreren EU-Mitgliedstaaten durchgeführte Meinungsumfrage zeigt, dass 68 % der Europäerinnen diese Ansicht teilen. Aktuell lassen nur wenige Länder der Europäischen Union, darunter auch Deutschland, Wildtiere im Zirkus noch uneingeschränkt zu. Damit gehört es zu den traurigen Schlusslichtern im Tierschutz. In 30 Ländern, darunter 24 EU-Mitgliedstaaten, sind bereits bestimmte oder alle Tierarten in Zirkussen verboten.

Für ein pelzfreies Europa!

Sogenannte Pelztiere werden in winzigen Käfigen auf Farmen gehalten, fristen dort ein trauriges Dasein und werden dann meistens brutal getötet, denn die Tötungsmethoden werden so gewählt, dass das Fell keinen

Schaden nimmt. Was viele nicht wissen: Sogenannte Pelztiere sind nicht nur Nerze oder Marder, sondern auch oft Hunde oder Katzen. Und Echtpelz wird oft falsch oder gar nicht als solcher deklariert, sodass viele Verbraucherinnen getäuscht werden. Wir möchten die Pelzindustrie in der Europäischen Union verbieten, inkl. dem Import aus Nicht-EU-Ländern.

In vielen Ländern weltweit steigt das Bewusstsein für die Grausamkeiten hinter Pelz und es wird darauf reagiert. So verbot Israel als erstes Land der Welt im Jahr 2021 nicht nur Zuchtfarmen, sondern vor allem auch den Verkauf von Pelzen. Doch die meisten Länder streben lediglich ein Verbot der Pelztierzucht an, nicht jedoch ein Verkaufs- und Handelsverbot. Leider hat dies zur Folge, dass sich die Zuchtfarmen in andere Länder verlagern, in denen ein solches Zuchtverbot noch nicht herrscht, der Kauf und der Konsum aber nicht unterbunden werden. Dies sind in Europa vor allem die Länder Bulgarien, Spanien, Montenegro und Polen.

In Deutschland schloss die letzte Pelztierfarm im Jahr 2018, jedoch nicht, weil in Deutschland ein Zuchtverbot herrscht, sondern weil die Auflagen derart gestiegen waren, dass die "Produktion" nicht mehr lukrativ genug war. Nach wie vor gibt es in Deutschland weder ein Verkaufsverbot noch ein klares Zuchtverbot. Auf europäischer Ebene existiert seit 2009 nur ein generelles Einfuhrverbot von Robbenfellen, Hunde- und Katzenfellen und ein Handelsverbot mit diesen Pelzen. Darüber hinausgehende Regelungen finden auf der Ebene der Mitgliedstaaten statt. Sie sind sehr uneinheitlich und beziehen sich hauptsächlich auf die Zucht der Tiere.

Hinderlich ist ebenfalls die Anerkennung des WelFur-Programms als eine Self-Regulation- und Co-Regulation-Initiative von der Europäischen Kommission. Dies dient den Pelztierfarmen und dem Handel als Vorzeigeargument zur grundsätzlichen Praktizierung ihres Gewerbes. Die Umsetzung läuft seit 2017 auf den Pelztierfarmen in Europa, nachdem die Testphasen in den Jahren 2013 bis 2015 als erfolgreich abgeschlossen eingestuft worden sind. Nicht nur, dass die mangelnden Kontrollen eine hier vorgegebene "gute Haltung" nicht gewährleisten können, auch ist von der Tötungspraxis in den vorgegebenen Prinzipien nichts zu lesen. Neben der

tierschutzwidrigen Haltung spielt diese in der Pelzindustrie eine wesentliche Rolle, da der Pelz ja während des Ablebens des Tieres in einwandfreiem Zustand erhalten bleiben muss.

Um das Leid der Tiere endlich zu unterbinden, braucht es Regelungen, die für alle Mitgliedstaaten bindend sind und Verkaufs- sowie Handelsverbote beinhalten. Nur so kann auch der Import aus Nicht-EU-Ländern verhindert werden, wie zum Beispiel aus China, da dort die Geschäfte mit der Zucht und dem Handel von Pelzen blühen.

Eine EU-Kommissarin für Tierschutz und Tierrechte

Wir fordern einen eigenständigen Kommissionsposten und eine diesem zugeordnete, neu zu schaffende Generaldirektion für Tierschutz- und Tierrechtsangelegenheiten sowie einen eigenen Ausschuss des Europäischen Parlaments.

Die bisherige Unterordnung des Tierschutzes unter die verschiedenen Bereiche "Landwirtschaft und ländliche Entwicklung", "Fischerei und maritime Angelegenheiten", "Gesundheit und Lebensmittelsicherheit" und "Forschung, Wissenschaft und Innovation" führte bisher stets zu einer Bevorzugung der Tierausbeutungsindustrien und ihrer Prioritäten. So finden die Belange der vielen Milliarden nichtmenschlicher Tiere systematisch wenig bis gar keine Berücksichtigung. Die beiden Kommissionsbereiche "Umwelt" und "Klima" entfaltetten bislang ebenfalls wenig Ambitionen, den Tier- und Artenschutz ausreichend zu berücksichtigen.

Die vielen Europäischen Bürgerinitiativen für mehr Tierschutz, die eigentlich in konkretes Handeln der Kommission münden müssten, sind bislang auch weitestgehend im Sande verlaufen. Zudem sind die Industrielobbyeinflüsse stark verankert in den jeweiligen Ausschüssen und Direktionen. Dies muss aufgebrochen werden!

Ein Querschnittskommissariat für Tierschutz, das die politische Repräsentation der Tiere zum Auftrag hat, ist unabdingbar, um die gravierenden Fehlentwicklungen aufzuhalten. Die künftige Kommissarin, die zugehörige Generaldirektion und der entsprechende Ausschuss müssen dafür weitreichende Kompetenzen und Zuständigkeiten erhalten.

Die Tiere können sich nicht selbst politisch vertreten, also muss die Politik Wege schaffen, ihre Interessen durchzusetzen. Auch die Wählerinnen der Europäischen Union fordern in aktuellen Umfragen mehr Tierschutz. Also muss die systematisch bedingte Verhinderung der politischen Konsequenzen und Notwendigkeiten ebenso systematisch angegangen werden. Das Ziel europäischer und global wirksamer Politik muss es sein, endlich umfassende Rechte der Tiere um ihrer selbst Willen durchzusetzen und ihrer Ausbeutung ein Ende zu setzen.

Unser Wahlprogramm ist in die drei Bereiche Mensch, Umwelt und Tiere unterteilt. Die Reihenfolge stellt dabei keine Gewichtung dar, sondern zeigt, dass für uns alle drei Bereiche tief miteinander verwurzelt sind und mit gleicher Priorität behandelt werden.

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird auf die gleichzeitige Verwendung weiblicher und männlicher Sprachformen verzichtet und das generische Femininum verwendet. Männliche und andere Geschlechtsidentitäten werden dabei ausdrücklich mitgemeint. Grundsätzlich unterstützen und verwenden wir diskriminierungsfreie und gendergerechte Sprache.

Die Kapitel zur Konzernverantwortung und zur Tierausbeutung im Sport sind in gemeinsamer Erarbeitung mit der Klimaliste Deutschland erarbeitet worden. Wir bedanken uns sehr für die wundervolle Zusammenarbeit!

Beschlossen wurde das Europawahlprogramm auf dem 47. Bundesparteitag in Bad Hersfeld am 24./25. Februar 2024.